II Der Suhrkamp Verlag im Literaturaustausch

Lebensformen sind dynamische Gebilde. Sie sind, so Rahel Jaeggi, „Problemlösungsinstanzen", d. h. ihr Gelingen oder Misslingen misst sich „an ihrer Fähigkeit zur Lösung dieser sich (mit) ihnen stellenden Probleme".[529] Das Aushandeln von Problemkonstellationen und das Anpassen von Praktiken und mentalen Einstellungen der personellen Akteure ist also ein konstitutives Moment der Etablierung und Erhaltung einer Lebensform, die ich Jaeggi folgend als Praxiszusammenhang verstehe.[530] Jaeggi unterscheidet zwischen Problemen, die extern sind und extern bleiben, Problemen, die von außen gestellt sind, auf die eine Lebensform aber reagiert, und Problemen, die ihr inhärent sind – im Fall des Verlags zum Beispiel die Kalkulation von literarischem Wert und Verkäuflichkeit eines Texts.[531] Die beiden letzteren Fälle bezeichnet Jaeggi als „Lebensformprobleme"[532]. Als solche externen Lebensformprobleme, auf die der Verlag reagiert, fasse ich im Folgenden die deutsche Teilung, die Entwicklung der Literatur der DDR und den Literaturaustausch auf und zeige, welche Auswirkungen sie auf die Verlagspraxis hatten. Zumindest die Entwicklung der Literatur der DDR und der Literaturaustausch wurden im Lauf der Verlagsgeschichte der Verlagspraxis insofern inhärent, als sich die Existenz des Verlags darin begründet, Bücher zu verlegen, und ein erklärtes Ziel der Verlagspraxis war, zeitgenössische Literatur zu produzieren und zu verbreiten,[533] zu der potentiell auch die Literatur der DDR gehörte. Als westdeutscher Verlag ostdeutscher Autor:innen war Suhrkamp deshalb an der Entwicklung der Literatur der DDR beteiligt, ein Zusammenhang, der sich eher unter den Begriff ‚Literatur im geteilten Deutschland' fassen lässt.

Wie bereits erwähnt, werden Praktiken regelgeleitet und routinemäßig ausgeführt und sind mit Einstellungen und Orientierungen verbunden, die in einem interpretativen Zusammenhang stehen. Im Fall einer Störung oder Irritation der Handlungsroutine, d. h. wenn Praktiken problematisch werden, Abläufe unterbrochen sind oder deren Interpretationen von den personellen Akteuren in Frage gestellt werden, wird der Praxiszusammenhang allerdings auffällig.[534] Störungen, so Jaeggi, heben eine Praxis „über die Aufmerksamkeitsschwelle".[535] Zwischen

529 Jaeggi: Kritik von Lebensformen, S. 141.
530 Vgl. ebd., S. 130.
531 Vgl. ebd., S. 246 f.
532 Ebd., S. 247.
533 Vgl. Unseld: Peter Suhrkamp, S. 144.
534 Vgl. Jaeggi: Kritik von Lebensformen, S. 127.
535 Ebd., S. 129.

OpenAccess. © 2022 Anke Jaspers, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitung 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783110742756-007

Problemen als Aufgaben, die die Akteure einer Lebensform lösen,[536] und Problemen als Störungen, bei denen der Praxiszusammenhang in eine Krise geraten ist, gibt es einen graduellen Unterschied, der darin besteht, dass Handlungsroutinen, Einstellungen und Interpretationen erst bei Störungen „explizit und nachvollziehbar und damit gestaltbar und verhandelbar" werden.[537] Im Verlag wären demnach die routinemäßigen Handlungsabläufe des Bücher-machens eine ständig zu lösende Aufgabe, die generell unterhalb der Bewusstseinsschwelle bleibt. Nicht alle Akteure haben gleichermaßen an der Lebensform teil, nicht nur in Bezug auf die Abläufe im Verlag oder die unterschiedlichen Bindungsformen (vertraglich oder ideell, längerfristig oder projektbezogen, als Mitarbeiter:in, Autor:in, Berater:in etc.). Auch der interpretative Zusammenhang ist nicht allen personellen Akteuren gleichermaßen bewusst, bzw. der Praxiszusammenhang wird von den Akteuren unterschiedlich interpretiert. Im Rahmen dieser Komplexität des Verlags als Lebensform, einem Zusammenhang aus Praktiken, Akteuren, institutionellen Bedingungen, Einstellungen und Orientierungen, entsteht das Konflikt- und Störungspotential.

In der Beziehungsgeschichte zwischen ‚Suhrkamp und DDR' lassen sich anhand des Archivmaterials Störmomente ausmachen, aufgrund derer der Verlag veranlasst war, den Zusammenhang seiner Praktiken, Einstellungen und Orientierungen zu erklären, zu reevaluieren und zu manifestieren. Hierzu zählen unter anderem der Mauerbau, der sogenannte Aufstand der Lektoren, der als Krise angesehen werden kann, weil dabei die Lebensform an sich in Frage gestellt wurde, und die Umbruchphase zwischen Mauerfall und staatlicher Vereinigung. Die Praktiken, die der Verlag zur Lösung der Probleme entwickelte, und die Selbstreflexionen des Verlags haben sich vielfältig im Archiv und publizistisch niedergeschlagen. Neben Stellungnahmen von Lektor:innen und Autor:innen handelt es sich bei den meisten schriftlichen Überlieferungen um Äußerungen des Verlegers, der als Entscheidungsträger Richtlinien setzte und den Verlag nach außen vertrat.[538] Sein individuelles Handeln ist in diesem Sinn Teil der kollektiven Praxis.[539] An seinen Äußerungen lässt sich allerdings auch zeigen, wie Unseld den Literaturaustausch nutzte, um sein Image als Verleger zu prägen.

---

536 Jaeggi spricht von „Handlungshemmnissen", die selten dazu führen, „alle Praktiken und alle Aspekte einer Lebensform gleichzeitig explizit zu machen" (ebd., S. 130).

537 Ebd.

538 Wie Unseld den Verlag nach seinen eigenen Vorstellungen formte, veranschaulichen auch die Anekdoten des ehemaligen Suhrkamp-Lektors Rach, der z. B. ein Beuys-Plakat nicht im Verlag aufhängen durfte (vgl. Gespräch mit Rudolf Rach am 28. 03. 2014. Siehe Anhang, Gespräche, Nr. 1).

539 Vgl. Jaeggi: Kritik von Lebensformen, S. 77.

Anhand von Szenen der Verlagsgeschichte[540] und vor dem Hintergrund des Lebensform-Konzepts skizziere ich im ersten Kapitel, welche Einstellungen und Orientierungen mit den Verlagspraktiken im Literaturaustausch verknüpft waren. Der Verlag argumentierte, Ziel des Literaturaustauschs sei der Erhalt der deutschen ‚Kulturnation' sowie die Liberalisierung der DDR bzw. die Erziehung der Leserschaft in der DDR zu einem demokratischen Bewusstsein im Hinblick auf eine staatliche Vereinigung. Aus dieser Perspektive, so die These, konnte der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik im Jahr 1990 als positiver Effekt des Literaturaustauschs in die Selbstdarstellung des Verlags integriert werden. Deutlich wird, wie der Interpretationszusammenhang der Verlagspraxis in politisch-gesellschaftliche und kulturhistorische Diskurse eingebettet ist. Anhand der Erklärungen des Verlags im geteilten Deutschland zum Verhältnis von Staat und Nation, zu den Handlungsmöglichkeiten in einem totalitären Staat, zum aufklärerischen Potential von Literatur, zur Systemdifferenz zwischen beiden deutschen Staaten und zu den Modalitäten einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten lässt sich eine Diskursgeschichte der Verlagspraxis schreiben. Unseld positionierte sich darin mit einer Parallelisierung von biographischer und gesellschaftlicher Entwicklung als typisch westdeutscher Intellektueller.

Der deutsch-deutsche Literaturaustausch wurde mit hohem personellem, finanziellem und zeitlichem Aufwand betrieben: langwierige und unzuverlässige Postwege, nur selten die Möglichkeit zum persönlichen Gespräch, unter Zensurbedingungen entstandene Texte, die im Regelfall nur in textidentischen Ausgaben gedruckt und verbreitet werden durften, Streit mit Verlagen, kulturpolitische Restriktionen – warum also überhaupt Literatur der DDR verlegen? Diese Frage stellte sich der Verlag immer wieder. Sie dient als Ausgangspunkt des zweiten Kapitels, in dem ich beispielhaft zeige, welchen Nutzen der vom Verlag interpretierte Zusammenhang von Praktiken und Einstellungen im Literaturaustausch dem Verlag als Ganzem und Unseld als Verleger brachte.

Im dritten Kapitel verdeutliche ich daran anschließend das Zusammenspiel von Praktiken und Einstellungen beispielhaft an der Bewertung und Ablehnung des Manuskripts *Die Zickzackbrücke* von Volker Braun im Einigungsprozess. Hieran zeigt sich, in welchem Spannungsverhältnis von literarischen, ökonomischen, politischen und sozialen Faktoren die Verlagspraxis steht und wie sie in den Verlagsprozessen gegeneinander abgewogen werden.

Besonders prägnant zeigen sich diese Aushandlungsprozesse am Verhältnis des Verlags zur Leipziger Buchmesse, das ich im vierten Kapitel untersuche. Das

540 Die zentralen Dokumente der in diesem Teil vorgelegten Analysen sind im Anhang geordnet nach Textsorten wiedergegeben. Siehe Anhang, Dokumente.

Aufeinandertreffen internationaler Verlage und Akteure aus Ost und West auf dem Staatsgebiet der DDR bot kontinuierlich Anlass für Kooperationen und Konflikte, zu denen der Verlag Stellung nahm. Ziel der Untersuchung ist, den Wandel im Verhältnis des Verlags zur Messe zu skizzieren, über deren Funktion und Nutzen immer wieder diskutiert wurde. Die Periodisierung dieser Beziehungsgeschichte zeigt, dass sich durch den multiperspektivischen Ansatz meiner Untersuchung alternative Chronologien der Verlagsgeschichte ergeben. Allein das Jahr 1969 erweist sich ebenso wie in der Periodisierung nach Labels auch in der Messepraxis als Wendejahr. Denn die offizielle Interpretation der Messepraxis war auch ein Grund für die Auseinandersetzung mit dem Lektorat Ende der sechziger Jahre, weil Ziele proklamiert wurden, die in der Auffassung der Lektorate nicht den Prozessen und Praktiken des Verlags entsprachen. Dass die Kritik der bundesdeutschen Lektorate nicht nur den Suhrkamp Verlag, sondern viele andere Verlage erfasste,[541] deren Programm und Struktur sich ähnelten – Luchterhand, Rowohlt etc. – ist ein Indiz dafür, dass diese Verlage eine ähnliche Lebensform teilten, die durch die Entwicklungen im literarischen Feld in eine Krise geriet. Im Suhrkamp Verlag löste sich das Problem, indem die Kritiker:innen ihren eigenen Verlag – mit einer alternativen Lebensform – gründeten und Suhrkamp einige Praktiken transformierte oder adaptierte, vor allem aber den Interpretationszusammenhang seiner Verlagspraxis änderte.

Im fünften und letzten Kapitel zeige ich anhand von Szenen aus der Anfangsphase des Literaturaustauschs, dass die Verlagspraxis im geteilten Deutschland von einem ständigen Erfahrungs- und Lernprozess, von Irritationen und reflexiver Neubewertung begleitet war, die darin gründeten, dass Autor:innen und deren Werke aus verschiedenen Praxis- und Interpretationszusammenhängen kamen. Jaeggi unterscheidet zwischen Erfahrung als passiv-rezeptivem Vorgang und Lernen als „Erwerb von Kompetenzen, eine[m] Zugewinn an Wissen, der eine ‚dauerhafte Verhaltensänderung'" erwirkt.[542] Das Moment der Reflexion ist deshalb ein entscheidendes Kriterium für die funktionale Weiterentwicklung von Praktiken sowie das Gelingen oder Misslingen einer Lebensform. Ausgehend von einem Text, den Unseld 1956 über die Situation von Literatur und Kultur in der DDR verfasste und der sich als Typoskript im SUA erhalten hat, verdeutliche ich an Szenen aus den Verlagsbeziehungen zu Johnson, Bloch und Fries, inwiefern der Verlag „mit unerwarteten Bedingungen konfrontiert" war und in der Folge seine

541 Vgl. Schneider: Der unsichtbare Zweite, S. 265 ff.
542 Jaeggi: Kritik von Lebensformen, S. 323.

Wertungskriterien, Informationswege, seine Kommunikationspraktiken und die Assoziationspraxis adaptierte.[543]

1 Eine Diskursgeschichte der Verlagspraxis

Seit der Gründung des Suhrkamp Verlags bestanden Beziehungen nach Ostberlin, die ein kapitalbringendes deutsch-deutsches Programm ermöglichten. Die Verlagspraxis entsprach deshalb von Beginn an einem pragmatischen Zwei-Staaten-Modell, das Unseld seit den fünfziger Jahren auch öffentlich propagierte.[544] Neben den ökonomischen Möglichkeiten eines deutschsprachigen Lizenzmarkts – Mitdruck, Übernahme von Übersetzungen usw. –, also dem reinen Profitmotiv, spielten auch ideelle Motive eine Rolle im Engagement des Verlags. Der Verlag argumentierte im Literaturaustausch mit der Überlegenheit der westdeutschen Demokratie und dem Erhalt der ‚Kulturnation'. In diesem Verständnis von Literatur zeigt sich ein kulturelles Sendungs- und Aufklärungsbewusstsein.

An drei Störmomenten der Verlagspraxis – Mauerbau, der Aufstand der Lektoren im Kontext der politischen Ereignisse im Jahr 1968 sowie Mauerfall und Einigungsprozess – behandle ich im Folgenden die Erklärungen, Rechtfertigungen und Interpretationen der Verlagspraxis im geteilten Deutschland. Sie betten sich in (historische) Diskurse zur deutschen Nation und zum Verhältnis von Literatur und Gesellschaft sowie den Wendediskurs ein. Deutlich wird außerdem eine Ambivalenz zwischen den Auswirkungen der Verlagspraxis und ihrem vom Verlag proklamierten Interpretationsrahmen. Unseld lehnte die Teilung Deutschlands und auch die DDR aus kulturellen und politischen Gründen grundsätzlich ab. Er engagierte sich aber im Namen des Verlags für die Anerkennung der DDR und den Umgang mit ostdeutschen Autor:innen, um den Literaturaustausch zu ermöglichen, der wiederum als Mittel und Weg zur staatlichen Einigung gesehen wurde.[545] Unseld erschien der Öffentlichkeit in den sechziger Jahren als linker Verleger, weil die Verlagspraktiken vor allem in Bezug auf die DDR der bundesdeutschen Politik und Debatte voraus waren und sich seine Forderungen teilweise mit denen der Studentenbewegung überschnitten. Der Praxiszusammenhang des Verlags verdeutlicht aber, dass Unseld zwar pragmatisch und damit zeitweise fortschrittlich handelte, im gleichen Moment aber an konservativen Werten festhielt. Die Untersuchung der Szenen beginne ich

543 Ebd., S. 129.
544 Vgl. Kapitel 5.1.
545 Vgl. hierzu auch Kapitel 4.

aus diesem Grund mit einigen Bemerkungen zur intellektuellen Biographie Unselds und zu drei Faktoren, die seine Verlagspolitik prägten: sein Glaube an die Gesellschaftsordnung der BRD, sein Bildungsglauben und sein Verständnis von der gesellschaftlichen Verantwortung des Verlegers.

1.1 Wie Siegfried Unseld Verleger wurde

Karl Siegfried Unseld wurde am 28. September 1924 in Ulm geboren und von seinem protestantischen Vater und der katholischen Mutter interkonfessionell erzogen. Mit acht Jahren wurde er Mitglied des nationalsozialistischen Jungvolks, stieg dort 1942 zum Fähnleinführer und 1943 zum Stammführer auf. Sein Vater trat 1933 in die NSDAP und die SA ein, avancierte 1934 zum Scharführer und 1937 zum SA-Sturmführer, ein Jahr später zum SA-Obersturmführer. Unselds neben Suhrkamp-Lektor Fellinger bislang einziger Biograph Peter Michalzik nimmt an, dass der Vater auch in die Reichspogromnacht in der Region um Ulm verwickelt war.[546] Fellingers Zusammenstellung von Bildern und Texten aus dem Leben Unselds belegt zumindest eine Beteiligung des Vaters an den Brandlegungen der Synagogen in Laupheim und Buchau in der Umgebung von Ulm.[547] Den Recherchen Michalziks zufolge hat Unseld sich nur wenig über seinen Vater geäußert.[548] Bekannt ist allerdings, dass er viel gelesen haben soll. Tatsächlich, so stellt Michalzik fest, sind alle Jugenderinnerungen Unselds mit Lektüreerfahrungen verbunden: „Lesen begriff er [...] vor allem als eine Begegnung mit sich selbst, ein Identifikationsangebot."[549]

Nach einem Notabitur 1942 ließ Unseld sich zum Marinefunker ausbilden. Seinen Militärdienst absolvierte er unter anderem auf der Krim, in Athen und auf der Insel Syra in der Ägäis.[550] Bei Kriegsende war er Teil eines Funktrupps unter Admiral Karl Dönitz in Flensburg. Zu Unselds Kriegserzählungen gehört, wie er bei der Evakuierung von Sewastopol (Krim) im Mai 1944 als einziger Überlebender schwimmend dem Angriff der Russen entkommen ist.[551] Immer wieder dokumentiert seither die Verlagschronik Unselds morgendliches Schwimmen. Zu-

546 Vgl. Michalzik: Unseld, S. 36.

547 Vgl. Fellinger/Reiner (Hg.): Siegfried Unseld, S. 26.

548 Bekannt ist bislang nur die Aussage Unselds, sein Vater sei ein „großer Leser" gewesen (Michalzik: Unseld, S. 19).

549 Ebd., S. 29.

550 Zu Unselds Stationen im Zweiten Weltkrieg vgl. Fellinger/Reiner (Hg.): Siegfried Unseld, S. 18.

551 Vgl. Michalzik: Unseld, S. 38 f und Fellinger/Reiner (Hg.): Siegfried Unseld, S. 18 – 21.

sammen mit seiner jährlichen Sommerkur in der Klinik Dr. Otto Buchinger in Überlingen am Bodensee (heute Klinik Buchinger-Wilhelmi) wirken diese Erwähnungen wie Bestätigungen und Bedingungen seiner Leistungsfähigkeit als Verleger. Mit dem Schwimmen als Symbol für sein Dasein und Handeln konnte er später nicht nur den Zufall seines Überlebens und eine Kontinuität seiner Biographie belegen, so Michalzik, sondern auch die Fähigkeit auf sich allein gestellt, als souveräner Verleger zu „überleben".[552] Sein Leben stellt er so als eine Reihe von Zufällen dar, die sich schließlich zu einem sinnvollen Ganzen fügten.[553] Das beginnt bereits mit seinen sportlichen Leistungen in der Schule: „Leibesübungen: sehr gut".[554] Was zunächst als die sportliche Begabung eines Jugendlichen begann, so der Eindruck, verbindet sich eindrucksvoll und bedeutungsträchtig mit dem Überleben im Krieg und entwickelt sich zur Erfolgsstrategie der Person und des Verlegers Unseld. Ein anderes Beispiel für diese Art der Sinnstiftung: Seine Prägung im Nationalsozialismus setzt Unseld in seinen biographischen Schriften mit der Lektüre von Rilke sowie chinesischen Weisheiten aus dem Insel Verlag parallel, womit er seine spätere Auseinandersetzung mit dem Werk Hesses sowie den Erwerb des Insel Verlags vorausdeutet und aus der Retrospektive begründet.[555] Auch die mehrfache Wiederholung des Umstands, dass er im gleichen Fähnlein wie Hans Scholl gewesen sei, antizipiert bereits seine Wandlung vom jugendbewegten Scharführer zum kritisch-intellektuellen und engagierten Verleger.[556]

Den Beginn seiner „eigentlichen Biographie" datierte Unseld auf das Jahr 1946,[557] in dem er nach Ulm zurückkehrte und in der Vorbereitung auf ein reguläres Abitur im Deutschunterricht bei Eugen Zeller Leben und Werk Hesses kennenlernte: „‚Wir müssen von vorn anfangen[]'", zitiert Unseld in seinen Erinnerungen an die erste Begegnung mit Hesses Werk aus *Zarathustras Wiederkehr*, „[d]as war auch mein Gefühl und meine Erfahrung des Jahres 1946. Freilich, wie das zu bewerkstelligen sei, wußte ich nicht. So erhoffte ich mir von der Lektüre des Werkes Hesses Rat und Aufschluß."[558] Mit seinem Schweigen über die Jugendjahre, der Proklamation einer ‚Stunde Null' seiner Biographie nach 1945 und dem gleichzeitigen Anknüpfen an das, was Krieg und Nationalsozialismus un-

552 Michalzik: Unseld, S. 236.
553 Vgl. ebd., S. 47 ff.
554 Fellinger/Reiner (Hg.): Siegfried Unseld, S. 13.
555 Vgl. Michalzik: Unseld, S. 27 f.
556 Vgl. ebd.
557 Ebd., S. 19.
558 Siegfried Unseld: Meine erste Begegnung. In: S.U.: Begegnungen mit Hermann Hesse. Frankfurt a. M. 1975, S. 13–19, hier S. 17.

terbrochen hatten, kann Unseld, so urteilt auch Michalzik, noch zur Generation der Flakhelfer gezählt werden, die nach 1945 ein Bewusstsein dafür entwickelte, am Aufbau des Staats und an der Umsetzung und Verteidigung einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft mitzuwirken.[559] Unselds kurze Erzählung belegt außerdem sein Verständnis von Literatur als bewusstseinsveränderndes Mittel und Quelle der Inspiration für das eigene Handeln. Hierin, so meine These, begründet sich sowohl seine Hesse-Faszination als auch sein Interesse an Literatur der DDR.[560] Seine autobiographischen und berufsethischen Schriften legitimieren aus der Retrospektive sein verlegerisches Handeln und stellen seine persönliche und berufliche Entwicklung in einen einheitlichen Deutungszusammenhang.

Nach dem Abitur absolvierte Unseld eine Lehre im Ulmer Aegis Verlag, begann 1947 an der Universität Tübingen zu studieren und zeitweise (1948 und 1949) nebenbei im Wissenschaftsverlag J. C. B. Mohr zu arbeiten, wo er vor allem für die Herstellung und Werbung zuständig war.[561] In seiner Darstellung der Studienjahre benennt er Carlo Schmid[562] sowie Theodor Eschenburg[563] als wichtige Einflüsse: „So waren Eschenburgs ‚Einführung in die Bonner Verfassung' und Carlo Schmids Vorlesungen über Völkerrecht und Geschichte der Demokratie Orientierungsdaten."[564] Michalzik bezweifelt jedoch, dass Unseld tatsächlich Teil dieser Studienkreise war, an denen nur Doktoranden teilnahmen. Zu diesen gehörte Unseld erst später, als Schmid bereits mit der Erarbeitung des Grundgesetzes der BRD beschäftigt war.[565] Ob es sich um eine wahrheitsgetreue Darstellung handelt, ist hier jedoch unerheblich, geht es doch um Unselds Selbstdarstellung. An der Formulierung und Kontextualisierung seiner Erinnerungen an die Studienzeit wird deutlich, dass er seine Initiationsgeschichte als Student mit einem „Verfassungsvater" verband und in die Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes einbettete.

Nachdem Unseld seine Rolle als Verleger in den sechziger Jahren mit einem gesamtgesellschaftlichen Engagement verbunden und sich an der Diskussion über die Notstandsgesetze oder am Boykott der Leipziger Buchmesse beteiligt

559 Vgl. Michalzik: Unseld, S. 197.
560 Vgl. Kapitel 3.
561 Vgl. Fellinger/Reiner (Hg.): Siegfried Unseld, S. 30 – 40.
562 Carlo Schmid war von 1946 bis 1953 Professor für Öffentliches Recht an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen.
563 Theodor Eschenburg war ab 1952 der erste Lehrstuhlinhaber und Gründungsdirektor des Instituts für Politikwissenschaft an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen.
564 Siegfried Unseld: Tübinger Hesse-Studien. In: S.U.: Begegnungen mit Hermann Hesse, S. 21 – 27, hier S. 23 f.
565 Vgl. Michalzik: Unseld, S. 59.

hatte, kehrte er in den siebziger Jahren zu der Einstellung zurück, der Verlag solle sich für den einzelnen Autor oder die einzelne Autorin engagieren. Gegenüber Helmut Coing, dem damaligen Leiter des Max-Planck-Instituts für europäische Rechtsgeschichte, führte er aus, dass ein Wandel der politischen Situation vor allem durch die Förderung des Individuums zu erreichen sei. Wenn Unseld mit politischen Entscheidungsträgern kooperierte oder die Verlagspraxis bzw. sein Berufsverständnis in einen (kultur-)politischen Kontext stellte, argumentierte er immer wieder mit den Normen des Grundgesetzes und der Situation der Menschen im anderen Teil Deutschlands.[566] So auch hier: „[W]ir müssen, laut unserem Verfassungsauftrag, eine Vereinigung der beiden Staaten (nie mehr eine ‚Wiedervereinigung') anstreben, aber wir wissen ja, daß wir mit generationenlangen Zeiträumen zu rechnen haben."[567] Mit dem „wir" nahm er an einer Diskussion teil, in der es um eine der Realität der deutschen Teilung adäquate Praxis ging:

> Und bringt uns die gegenwärtige Denkprozedur nicht zur vorsichtigen Annahme, daß wir im Augenblick die großen Fragen vorerst auf sich beruhen lassen (ohne sie aus den Augen zu verlieren) und daß wir uns mehr auf die Bedingungen des einzelnen Menschen einstellen müssen, damit dieser sein Ich stärken, sein Selbst entwickeln kann, und daß aus solcher gestärkten Identität des Einzelnen gesellschaftliche Gebilde entstehen, die ihrerseits vernünftige Identitäten ausbilden können.[568]

566 Paweł Zajas hat darauf aufmerksam gemacht, dass das SUA neue Erkenntnisse zum Spannungsverhältnis von auswärtiger Kulturpolitik und verlegerischem Feld verspricht (vgl. Paweł Zajas: „Wir lieben ja die Polen…" Zum Forschungspotenzial des Siegfried Unseld Archivs im Hinblick auf den polnisch-deutschen Literaturtransfer. In: Zeitschrift für Slawistik 63 (2018), 1, S. 1–29, hier S. 26). Ähnlich wie in den deutsch-polnischen Beziehungen, die Zajas untersucht hat, sind auch im deutsch-deutschen Literaturaustausch kooperative Projekte zwischen dem Verlag und (kultur-)politischen Institutionen zu verzeichnen. Eine systematische Studie zum Suhrkamp Verlag als inoffizielle Mittlerorganisation des Auswärtigen Amts wäre also ein lohnenswertes Unterfangen.

567 Siegfried Unseld an Helmut Coing, Brief vom 17.08.1979. In: DLA, SUA: Suhrkamp. Anscheinend teilte Unseld sein Anliegen einer sprachlichen Neuregelung des Begriffs ‚Wiedervereinigung' mehreren Adressaten mit (vgl. Kapitel 2), so dass er im Dezember 1989 in der *Chronik* festhielt: „In den Tagesthemen Willy Brandt in der Leipziger Marienkirche: ‚Sprechen wir von Vereinigung – eine Wiedervereinigung wird es nicht geben. Wieder bedeutet, auf etwas zurückgehen. Ein Zurück gibt es nicht. Es gilt nur ein Neues'. Wörtlich meinen Briefen an Politiker entnommen! Und auf das Gespräch zurückgehend, das ich während der Buchmesse mit Egon Bahr hatte: ‚Herr Unseld, Sie haben recht, die SPD wird von nun an nicht mehr von Wiedervereinigung, nur von Vereinigung sprechen.'!!! Späte Anerkennung." (Siegfried Unseld: Chronik, Eintrag vom 5.12.1989. In: DLA, SUA: Suhrkamp).

568 Siegfried Unseld an Helmut Coing, Brief vom 17.08.1979. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

Aus dem Brief geht hervor, dass Unseld eine Debatte über die Hauptstadtfrage bzw. den Status Berlins zum Anlass für sein Schreiben nahm. Unselds Verlagspolitik erscheint hier als Erziehungsstrategie mit dem Programm, die DDR-Bevölkerung zu demokratisieren. Deren Wunsch nach einem freiheitlichen Staat, der auf der Freiheit des Individuums basiert, sollte der Literaturaustausch gezielt befördern. Unselds Bewusstsein für eine Selbstbestimmung der Bevölkerung durch Bildung nimmt somit den Gedanken der Friedlichen Revolution von 1989 vorweg. Deutlich wird aber auch seine Kritik an der DDR und an einem politischen Deutschlanddiskurs, der sich mit gesellschaftlichen Strukturen beschäftigte statt mit den Individuen, die darin leben. Sein Fokus auf das Individuum, dessen ‚Ich' gestärkt und dessen ‚Selbst' entwickelt werden soll, korrespondiert mit der Neuen Subjektivität und Innerlichkeit der siebziger Jahre, die sich auch an der Programmpolitik Suhrkamps zeigte. Hatte der Verlag in den sechziger Jahren noch Wert auf die allgemeinpolitische Wirksamkeit von Literatur gelegt und deren Bedeutung für den gesellschaftlichen Wandel betont,[569] prognostizierte Unseld Anfang der siebziger Jahre der literarischen Entwicklung entsprechend eine Rückkehr zur subjektiven Literatur, die die Erfahrung und Entwicklung des Individuums in den Fokus stellt.[570]

Bevor Unseld 1952 in den Suhrkamp Verlag eintrat, verfasste er seine Dissertation *Hermann Hesses Anschauung vom Beruf des Dichters* über dessen Berufsethik und die Rolle eines Schriftstellers.[571] Das Schlusskapitel zu Hesses *Glasperlenspiel* veröffentlichte er später, als der ‚Hesse-Boom' der USA in den siebziger Jahren auch Deutschland erreichte, in dem bereits erwähnten Band über seine Begegnungen mit dem Autor.[572] Er dokumentiert darin die „[f]ast drei Jahrzehnte"[573] seiner Beschäftigung mit Hesse und dessen Gesamtwerk und ver-

569 Vgl. Teil III, Kapitel 1.3.

570 In der Chronik hielt Unseld den Wandel der Programmpolitik fest: „Die Arbeit an der Basis ist ganz schön, aber man muß endlich einsehen, daß Arbeiter nie diese Art von Literatur lesen werden, wie auch immer diese Autoren sich bemühen werden, für Arbeiter zu schreiben. [...] Mir erscheint immer wichtiger, Arbeiten mit der Sprache mit dem Ziel, die Phantasie des Lesers in Bewegung zu bringen. Ich glaube, wir werden in einigen Jahren wieder eine ganz neue Literaturform und Literaturbewegung erhalten, eine Literatur, die wieder träumt und Werten des Gefühls Ausdruck verleiht." (Siegfried Unseld: Chronik, Eintrag vom 2.03.1971; zit. nach S.U.: Chronik 1971. Hg. von Ulrike Anders, Raimund Fellinger und Katharina Karduck. Berlin 2014, S. 70).

571 Vgl. Siegfried Unseld: Hermann Hesses Anschauung vom Beruf des Dichters. Tübingen Univ.-Diss. 1952.

572 Vgl. Siegfried Unseld: „Das Glasperlenspiel". Der Dichter als Bewahrer von „Maß und Ordnung". In: S.U.: Begegnungen mit Hermann Hesse, S. 50 – 107.

573 Siegfried Unseld: Vorbemerkung. In: S.U.: Begegnungen mit Hermann Hesse, S. 7.

bindet deren Beginn „unmittelbar mit der deutschen Stunde Null“.[574] Im Widerspruch zur Suggestion eines voraussetzungslosen Neubeginns nach dem Krieg erklärt Unseld, dass es damals nicht nur darum gegangen sei, den Bombenschutt auf den Straßen zu beseitigen, sondern auch „mit dem anderen Schutt, den das Bewußtsein mit sich herumschleppte, [...] fertig zu werden.“[575] Er erwähnt „jenes bis heute weder zu verdrängende noch zu vergessende geistige Vakuum“ der ersten Nachkriegszeit und legt somit die eigene Biographie, in der die Lektüre der Werke Hesses eine „Initialzündung“[576] also einen vermeintlichen Neuanfang darstellte, mit der Geschichte der jungen BRD, die aus dem demokratischen Fortschrittsgedanken der ‚Stunde Null‘ entstand, parallel. Diesem doppelten Beginn seien „nur noch Kettenreaktionen“[577] gefolgt, so Unseld, der somit sein gesamtes Werden – das Literaturstudium, seine Promotion über Hesse, das Volontariat im Aegis Verlag und schließlich die Karriere in Hesses Verlag Suhrkamp – darauf zurückführt. Ohne ‚ich‘ zu sagen, mit Formulierungen, die sein erinnertes Erleben als bekannt („jenes“) und damit allgemeingültig darstellen, konzipiert Unseld seine persönliche und berufliche Entwicklung gleichsam als paradigmatisch für die Intellektuellen in der BRD, eine Deutung, die sich in der Selbstdarstellung des Verlags immer wieder finden lässt. Der Band *Begegnungen mit Hermann Hesse* gab Unseld die Möglichkeit, gleichermaßen als Autor autobiographischer Erinnerungen, als Literaturwissenschaftler und als Verleger mit enger Beziehung zu seinem Bestseller-Autor aufzutreten. Gleichzeitig konnte dieses Medium der Selbstvergewisserung und -darstellung im Kontext der Verbreitung von Hesses Werk in den siebziger Jahren auch als Marketinginstrument für Autor und Verlag genutzt werden. Das galt besonders im Rahmen der Positionierung Suhrkamps als Produzent und Vermittler einer von den Nationalsozialisten unterdrückten Literatur, die George Steiner nur zwei Jahre zuvor mit Bezug auf Theodor W. Adorno, Walter Benjamin und Ernst Bloch als „Suhrkamp culture“ bezeichnet hatte.[578]

574 Unseld: Meine erste Begegnung, S. 13.
575 Ebd.
576 Ebd., S. 17.
577 Ebd.
578 George Steiner hatte 1973 festgestellt: „Almost singlehanded, by force of cultural-political vision and technical acumen, the publishing firm of Suhrkamp has created a modern philosophic canon. In so far as it has made widely available the most important, demanding philosophical voices of the age, in so far as it has filled German bookshelves with the presence of that German-Jewish intellectual and nervous genius which Nazism sought to obliterate, the Suhrkamp initiative has been a permanent gain.“ (Steiner: Adorno: love and cognition).

Der Hesse-Band ist ein Beispiel dafür, dass Unselds ethisches Verständnis der Verlagspraxis in einem wechselseitigen Verhältnis zur Arbeit mit Autor:innen stand und mit dem Willen zur Demokratisierung und Liberalisierung durch Literatur verbunden war.[579] So hat in Unselds autobiographischen Äußerungen vor allem das Lesen eine aufklärerische Bedeutung für den Heranwachsenden, als Bildungsmoment nach einer Jugend im Nationalsozialismus; die Erwähnung von prägenden Autoren und Werken hat dabei eine den Verleger legitimierende Funktion.[580]

1.2 Aufklärung und Liberalisierung der DDR. Der Verleger und seine Autor:innen

Unseld verfasste zum Beruf des Verlegers und dessen Verhältnis zu Autor:innen mehrere Schriften.[581] In der Einleitung von *Goethe und seine Verleger* erwähnte er seine „Bibliothek verlagsgeschichtlicher Werke“,[582] wies mit der Bezeichnung ‚Bibliothek‘ auf seine umfassende Auseinandersetzung mit dem Thema hin und stellte sich somit in eine Tradition von Verlegern und Verlagen, deren eigene Geschichten sich als darstellungswürdig erwiesen hatten.[583] Seine Beschäftigung mit den Voraussetzungen und der Bewertung seines Handelns hat Unseld vor allem in seinem Aufsatz über *Die Aufgaben des literarischen Verlegers* dargestellt. Darin wird deutlich, dass sein Berufs- und Literaturverständnis unmittelbar mit der Verlagspraxis im geteilten Deutschland verbunden war.

Die Aufgaben des literarischen Verlegers wurde 1977 in einem Band über das Verhältnis von Autor und Verleger veröffentlicht. Der Text geht auf den Vortrag „Der Suhrkamp Verlag oder wie macht man literarische Bücher?“ zurück, den Unseld am 6. November 1968 vor der Literarischen Gesellschaft Bremen hielt.[584] Er entstand im Kontext weiterer Schriften Unselds, die das eigene Erleben, Denken

579 Vgl. auch Unseld: Der Autor und sein Verleger.

580 Vgl. Unseld: Meine erste Begegnung, S. 14 ff.

581 Vgl. Siegfried Unseld: Veröffentlichungen 1946 bis 1999. Eine Bibliographie. Zum 28. September 1999. Bearbeitet von Burgel Zeeh. Frankfurt a. M. 1999.

582 Siegfried Unseld: Goethe und seine Verleger. Frankfurt a. M./Leipzig, S. 9.

583 Die Privatbibliothek Unselds konnte aus rechtlichen Gründen für diese Untersuchung nicht ausgewertet werden.

584 Siegfried Unseld: Nachbemerkung. In: S.U.: Der Autor und sein Verleger, S. 343 – 345, hier S. 343. Die Bibliographie der Veröffentlichungen Siegfried Unseld weist einen Vortrag mit dem Titel *Die Aufgaben des Verlegers* auf, den dieser am 11. Mai 1965 im Goethe-Institut Hamburg gehalten hat. Wahrscheinlich handelt es sich hierbei um eine weitere Vorstufe. Das Manuskript ist nicht überliefert (vgl. Unseld: Veröffentlichungen 1946 bis 1999, S. 84).

und Handeln reflektieren: Zu Beginn des Jahres 1968 hatte Unseld einen schweren Skiunfall, den er selbst als Nahtoderlebnis wahrnahm. Die Erfahrung verarbeitete er in einer Erzählung mit dem Titel *Abfahrt*, die er als Privatdruck an Autoren und Freunde verteilte. Als Reaktion auf den im Untertitel als *Schreibübungen des Verlegers* bezeichneten Text erhielt er allerdings mehr Kritik als Zuspruch.[585] Für die von Unseld herausgegebene Festschrift zum 60. Geburtstag seines Kollegen Heinrich Maria Ledig-Rowohlt im März 1968 verfasste er außerdem den Beitrag *Wie gewinnt man Autoren?*, in dem er sich auf den Verleger Johann Friedrich Cotta bezog und damit Rowohlt und sich in eine Traditionslinie großer Verlegerpersönlichkeiten stellte.[586] Darauf folgte dann im Herbst die Auseinandersetzung mit dem Beruf des Verlegers und dem Verhältnis zu seinen Autoren im Vortrag „Der Suhrkamp Verlag oder wie macht man literarische Bücher?".[587] Dass Unseld solche selbstreflektierenden, ethisch-moralischen Schriften verfasste und seine Abhandlungen über Verleger-Autor-Beziehungen mit einer vorangestellten berufsethischen Schrift in einem Band kombinierte, lässt auf sein Traditionsbewusstsein des Berufs schließen und zeigt, dass er sein Verständnis vom Verlegerberuf aus der Arbeit mit Schriftsteller:innen herleitete.

Politisch war das Jahr 1968 unter anderem von der Diskussion um die Einführung von Notstandsgesetzen,[588] den Student:innenprotesten rund um die Frankfurter Buchmesse[589] sowie dem Boykott der Leipziger Messe nach dem

585 Vgl. Michalzik: Unseld, S. 179.

586 Vgl. ebd., S. 179 f.; Siegfried Unseld: Wie gewinnt man Autoren? In: Heinrich Maria Ledig-Rowohlt zuliebe. Festschrift zu seinem 60. Geburtstag am 12. März 1968. Hg. von Siegfried Unseld. Reinbek bei Hamburg 1968, S. 99 – 108.

587 Vgl. Siegfried Unseld: Der Suhrkamp Verlag oder wie macht man literarische Bücher? In: DLA, SUA: Suhrkamp.

588 Als die Große Koalition im Jahr 1968 die notwendige Zweidrittelmehrheit besaß, um Notstandsgesetze einzuführen, und damit auf Protest in der breiten Bevölkerung stieß, weil man ein erneutes Ermächtigungsgesetz befürchtete, involvierte sich auch der Verlag in die Debatte. Unseld organisierte mit den Frankfurter Professoren Theodor W. Adorno und Jürgen Habermas sowie dem damaligen Leiter des Sigmund-Freud-Instituts für Psychoanalyse, Alexander Mitscherlich – alle drei Verlagsautoren – am 28. Mai, zwei Tage vor der Abstimmung im Bundestag, im Sendesaal des Hessischen Rundfunks eine Diskussionsveranstaltung aus Protest gegen die bevorstehende Gesetzgebung. Anwesend waren neben Hans Magnus Enzensberger und Ernst Bloch als Verlagsautoren auch Heinrich Böll und Rudolf Augstein (vgl. 1968: Ideenkonflikte in globalen Archiven: https://www.literaturarchiv1968.de/content/heinrich-boell-theodor-w-adorno-und-siegfried-unseld-protestversammlung-zur-notstandsgesetzgebung-am-29-mai-1968/ (zuletzt eingesehen am 5.05.2022)).

589 Die Studierenden protestierten u. a. gegen die Verleihung des Friedenspreises an den sengalesischen Staatspräsidenten Léopold Sédar Senghor in der Frankfurter Paulskirche. Bei den Student:innenprotesten auf der Frankfurter Buchmesse vermittelte Unseld zwischen den De-

Einmarsch der Warschauer Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei geprägt.[590] Der Verlag war von diesen Ereignissen auf verschiedene Weise betroffen und hatte daran Anteil, schließlich führten die Debatten und gesellschaftlichen Entwicklungen nach der Buchmesse auch zu den Forderungen der Suhrkamp-Lektor:innen nach mehr Mitbestimmung. Das Grundargument der Lektor:innen war, dass die internen Entscheidungsprozesse den proklamierten Zielen der Etablierung einer Diskussionskultur, Demokratisierung, Egalisierung etc. angepasst werden müssten. Ein Verlag, der Texte veröffentlichte, die den gesellschaftlichen Wandel forderten, so ein Argument, müsse diese Forderung auch auf sich selbst anwenden, also seine Praxis dementsprechend anpassen.[591] Neben der *Chronik* ist auch der Vortrag Unselds, der sich mit der moralisch-ethischen Begründung eines Verlags beschäftigte, als Produkt des mit dieser Krise, die Werte und Handeln von Staat und Gesellschaft und damit auch die eigene Rolle darin in Frage stellte, verbundenen Lernprozesses zu verstehen.[592] Unseld hat seine Ausführungen danach mehrfach für verschiedene Anlässe überarbeitet, bis er sie in der letztendlichen Fassung veröffentlichte.[593]

Ein Rechtfertigungsgestus des Verlegers gegenüber den Lektor:innen, die die Struktur des Verlags als kapitalistisches Privatunternehmen in Frage stellten, hat den Aufsatz deutlich geprägt:

> Die Stellung des Verlegers ist eine eigenartige, weil er für das Tun seines Hauses die intellektuelle wie auch die materielle Verantwortung trägt, weil er allein in und mit seiner Person für diese Bücher und sein Unternehmen haftet, und dies nicht nur politisch, moralisch, intellektuell, rechtlich, sondern mit Haut und Haaren materiell.[594]

---

monstrant:innen und der Frankfurter Messeleitung (vgl. Siegfried Unseld: Bericht über die Vorgänge auf der Buchmesse 1968. In: S.U.: Chronik. Band 1: 1970. Mit den Chroniken Buchmesse 1967, Buchmesse 1968 und der Chronik eines Konflikts 1968. Hg. von Ulrike Anders u. a. Berlin 2010, S. 16 – 21; Ulrike Seyer: Die Frankfurter Buchmesse in den Jahren 1967 bis 1969. In: Stephan Füssel (Hg.): Die Politisierung des Buchmarkts. 1968 als Branchenereignis. Hans Altenhein zum 80. Geburtstag gewidmet. Wiesbaden 2007, S. 159 – 241).

590 Der Frankfurter Börsenverein empfahl seinen Mitgliedern, nachdem die Unterstützung der DDR für den Einmarsch der Warschauer Pakt-Truppen in die ČSSR bekannt war, im Herbst 1968 nicht an der Leipziger Buchmesse teilzunehmen. Siegfried Unseld und der Suhrkamp Verlag schlossen sich dem Protest an. Vgl. Kapitel 4, 1965.

591 Die Abfassung der Chronik ist als Produkt des mit dieser Krise verbundenen Lernprozesses zu verstehen. Zum Aufstand der Lektoren vgl. Teil I, Kapitel 1959 und Kapitel 4.

592 Vgl. Unseld: Der Suhrkamp Verlag oder wie macht man literarische Bücher; Michalzik: Unseld, S. 192.

593 Vgl. Unseld: Nachbemerkung. In: S.U.: Der Autor und sein Verleger, S. 343.

594 Unseld: Die Aufgaben des literarischen Verlegers, S. 15 f.

Im Suhrkamp Verlag haftete der Verleger und verfügte deshalb, wie sich aus der Passage schließen lässt, auch über die Entscheidungsgewalt. Unseld bringt die Diskrepanz, dass auch anti-kapitalistische Literatur dennoch in einem kapitalistisch orientierten Verlag veröffentlicht wird, mit der Kunstfreiheit und der Freiheit von Meinungsäußerungen, also mit einer demokratisch-freiheitlichen Gesellschaft in Zusammenhang: „[W]ir sehen, welchen Preis Autoren sogenannter sozialistischer Länder in der Gegenwart für die Änderung des Warencharakters Buch zu bezahlen haben, manchmal den Preis der Nichtveröffentlichung, nicht selten den von Zensur, Selbstzensur, Verstummen."[595] Gerade weil es Fälle von „Unfreiheit und Unterdrückung von Autoren und Werken" gebe,[596] müsse ein Verlag wie Suhrkamp progressive Literatur veröffentlichen, die ins „Bewußtsein dringt und dies zu verändern sucht"[597] und die die „individuellen Grundrechte stärkt".[598] Um dies zu ermöglichen, sei der Verleger auch erster Ansprechpartner der Autor:innen.[599] Diese Funktion, so schränkt Unseld ein, könne er im wachsenden Verlag allerdings nur noch „bei seinen wichtigsten Autoren" ausüben, alle weiteren Beziehungen müssten die Mitarbeiter:innen pflegen.[600] Er kalkulierte in seiner verlegerischen Praxis also zum einen mit einer Autorenhierarchie – wobei unklar bleibt, ob mit den „wichtigsten Autoren" diejenigen mit dem größten Erfolg oder jene gemeint sind, mit denen er befreundet war – und zum anderen mit der Arbeitsteilung im Verlag. Indem er außerdem einen Gegensatz zur DDR implizierte, machte er den Warencharakter des Buchs zur Bedingung von (autonomer) Literatur überhaupt.[601] Zu den Aufgaben des Verlegers, nicht zuletzt im Umgang mit den Autor:innen der DDR, gehöre es zudem, eine Gemeinschaft der Verlagsautor:innen herzustellen, deren Gesamtwerk zu betreuen und dieses in einer anspruchsvollen Form zu präsentieren,[602] sowie auch das „Mutmachen, Energien bewegen", da der Verleger zwar produktiv sein möchte, dies aber nur mittelbar

595 Ebd., S. 16.
596 Ebd., S. 19.
597 Ebd., S. 54.
598 Ebd., S. 16.
599 Ebd., S. 47.
600 Ebd., S. 49.
601 Ebenso hatte der Kölner Verleger Joseph Caspar Witsch auf einer Pressekonferenz der Frankfurter Buchmesse 1958 argumentiert: „Die Kommerzialisierung der Literatur ist die notwendige Bedingung ihrer Freiheit. [...] In dem Augenblick in dem sie aus einem Gegenstand des Geschäfts verwandelt wird in ein Objekt der Fürsorge des Staates, verliert sie ihre Unabhängigkeit und mit ihrer Unabhängigkeit Wahrheit und Schönheit." (Joseph C. Witsch: Zehn Jahre Frankfurter Buchmesse. In: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel 78, vom 30.09.1958, hier zitiert nach Lucius: Verlagswirtschaft, S. 20).
602 Vgl. Unseld: Die Aufgaben des literarischen Verlegers, S. 41.

durch die Kooperation mit Schriftsteller:innen realisieren kann.[603] Das Autor:in-Verlags-Verhältnis beinhalte schließlich aber auch „eine gegenseitige Prägung“,[604] die Unseld darin sah, dass Autor:innen als „Antennen für den Verlag“ wirkten und neue literarische Entwicklungen an den Verlag weiterleiteten.[605] Die folgenden Analysen werden zeigen, dass die Darstellung des Verlegers den Verlagspraktiken in großen Teilen entsprach.

Unseld basiert sein Verständnis von der Verlagspraxis im Aufsatz zum einen auf die demokratischen Grundsätze und individuellen Freiheiten, wie sie im Grundgesetz der Bundesrepublik festgehalten sind, sowie auf den gesellschaftlichen Fortschritt, den er damit verbindet, und zum anderen auf den Glauben an die bewusstseinsverändernde Wirkung von Literatur und damit auch an das Medium Buch „als erste Quelle der Aufklärung“.[606] Aus der Beschäftigung mit historischen Verlegern wie dem Nürnberger Buchhändler Johann Phillip Palm, der 1806 in der Stein’schen Buchhandlung ein Pamphlet gegen die Besetzung Deutschlands durch Napoleon veröffentlichte und dafür hingerichtet wurde,[607] oder dem berühmten Leipziger Verleger Georg Joachim Göschen, der sich um die ersten Werkausgaben von Johann Wolfgang Goethe und Friedrich Schiller verdient gemacht hat, leitet Unseld als dritten Faktor die Handlungsmaxime ab, dass ein Verleger mittels Umgang mit Autor:innen eine gesellschaftliche Verantwortung trage.[608] Gleichzeitig beruft er sich damit auf eine Traditionslinie von Verlegern, an deren vorläufigem Endpunkt er selbst steht. Nicht umsonst hatte er wenige Jahre vor dem Aufsatz durch den Erwerb des Insel Verlags dafür gesorgt, dass auch er selbst Werke von Goethe und Schiller als Verleger verantwortete.

1.3 Eine gemeinsame Sprache. Die deutsch-deutsche ‚Kulturnation‘

Als der Bau der Mauer am 13. August 1961 mit der Schließung der Sektorengrenze begann, hielt sich Unseld mit dem Ehepaar Bloch in Bayreuth auf. Ernst Bloch war für eine Vorlesung nach Tübingen gereist und entschied daraufhin, in West-

603 Ebd., S. 50 f.
604 Ebd., S. 26.
605 Ebd., S. 52 f.
606 Ebd., S. 25.
607 Vgl. Uwe Meier: Palm, Johann Philipp. In: NDB. Bd. 20. Hg. von Otto zu Stolberg-Wernigerode. Berlin 2001, S. 20 f.
608 Vgl. Unseld: Die Aufgaben des literarischen Verlegers, S. 15.

deutschland zu bleiben.[609] Unseld erlebte also durch seinen Verlagsautor unmittelbar, welche Konsequenzen der Mauerbau nach sich zog: Bereits geplante deutsch-deutsche Publikationen kamen nicht zustande, Verlage kündigten ihre Lizenzverträge mit ostdeutschen Schriftsteller:innen, weil diese sich positiv über die politische Entwicklung geäußert hatten.[610] Neben der Emigration von Kulturschaffenden provozierte die Manifestierung der innerdeutschen Grenze vielfältige verbale und nonverbale Reaktionen in Ost und West, nicht zuletzt aufgrund der scheinbaren Tatenlosigkeit der westdeutschen Regierung, die zwischen den Ansprüchen der USA und der Regierung in Ostberlin navigierte.[611] Drei Tage nach dem Mauerbau richteten sich Wolfgang Schnurre und Günter Grass mit einem Protestbrief an den Schriftstellerverband der DDR und forderten ihre Kolleg:innen auf, gegen die politischen Maßnahmen Position zu beziehen.[612] Dem folgte ein Appell an die Vereinten Nationen, unter anderem von den Suhrkamp-Autoren Enzensberger und Walser unterschrieben, der allerdings folgenlos blieb.[613] Neben den Antworten der ostdeutschen Kolleg:innen rief das Engagement der Schriftsteller:innen auch kontroverse Reaktionen in den westdeutschen Medien hervor. Manche waren der Meinung, Literaturschaffende sollten lieber Bücher schreiben und sich nicht in das politische Geschehen involvieren, und schon gar nicht in Austausch mit ihren ostdeutschen Kolleg:innen treten, da dies als Anerkennung der ostdeutschen Gesellschaftsordnung sowie der Politik des SED-Regimes aufgefasst werden könne.[614] Joachim Scholtyseck hat gezeigt, wie die westdeutschen Reaktionen auf den Mauerbau noch von der Erinnerung an die Erfahrungen im Nationalsozialismus geprägt waren. Denn in der Kritik an den Stellungnahmen vor allem der ostdeutschen Intellektuellen ging es erstrangig darum, vor einer erneuten „Verführbarkeit des Geistes“ zu warnen.[615]

609 Vgl. Ernst Bloch an Siegfried Unseld, Brief vom 20.08.1961. In: DLA, SUA: Suhrkamp. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 17.

610 Vgl. Frohn: Literaturaustausch, S. 108.

611 Vgl. Joachim Scholtyseck: Mauerbau und Deutsche Frage. Westdeutsche Intellektuelle und der Kalte Krieg. In: Dominik Geppert/Jens Hacke (Hg.): Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960 – 1980. Göttingen 2011, S. 69 – 90, hier S. 76 f.

612 Vgl. Günter Grass/Wolfdietrich Schnurre: An die Mitglieder des Deutschen Schriftstellerverbands, Brief vom 16.08.1961. In: Manfried Hammer u. a. (Hg.): Das Mauerbuch. Texte und Bilder aus Deutschland von 1945 bis heute. Berlin 1981, S. 137 f.

613 Vgl. Offener Brief an den Generalsekretär der UNO von September 1961. In: Kai Schlüter: Günter Grass im Visier. Die Stasi-Akte. Eine Dokumentation mit Kommentaren von Günter Grass und Zeitzeugen. Berlin 2010, S. 34 f.

614 Vgl. Scholtyseck: Mauerbau und Deutsche Frage, S. 77 f.

615 Ebd., S. 83.

Unseld äußerte sich zu den Debatten nach dem Mauerbau nicht öffentlich. Erst als im Lauf des August immer mehr westdeutsche Theater ihre geplanten Aufführungen der Werke Brechts verschoben oder absagten, nahm er eine Meldung der westdeutschen Presse, wonach Helene Weigel eine Erklärung unterschrieben habe, „in der die Massnahmen der DDR-Regierung leidenschaftlich begrüsst worden sind", zum Anlass sich an die Witwe Brechts zu wenden.[616] Weigel hatte sich an einem offenen Brief des Berliner Ensembles an Regisseur Peter Palitzsch beteiligt. Dieser war von Proben zu einer Brecht-Inszenierung in Ulm nicht mehr in die DDR zurückgekehrt und hatte seine Entscheidung in einem privaten Brief an Manfred Wekwerth, seinem Kollegen am Berliner Ensemble, erklärt.[617] In dem offenen Antwortbrief kritisierte der künstlerische Beirat des Theaters, Palitzsch habe sich der Auseinandersetzung entzogen. Sie hingegen hätten es nicht an „Vorschlägen" mangeln lassen, „Ihre Zweifel an der Berechtigung der Maßnahmen des 13. August mit uns im gemeinsamen Gespräch zu beseitigen".[618] Unseld reagierte auf diese implizite Parteinahme des Berliner Ensembles für den Bau der Mauer: „Man vergisst nur allzuoft die Kehrseite solcher Erklärungen", kommentierte er das politische Engagement Weigels, „sie wirken nicht selten als blamable, weil offensichtlich nötige Stärkungen behördlicher Massnahmen."[619] Seinen aus Weigels Perspektive streitbaren Standpunkt verteidigte er mit dem pragmatischen Interesse des Verlegers an einer Verbreitung der Werke Brechts:

> Ich habe mich bisher bewusst jeglicher Kundgebung nach aussen hin enthalten [!] persönlich lehne ich den vollzogenen Akt der gewaltsamen Separation leidenschaftlich ab [!] ich habe alles vermieden, was Ihre Beziehung zu mir, zum Verlag und zu den Theatern erschweren könnte, und diese Haltung ist nicht ohne Sensibilitäten möglich.[620]

Er erwähnte die Absetzung des Stücks *Mahagonny* an der Hamburger Staatsoper sowie eine generelle Zurückhaltung der Intendanzen und des Buchhandels „in der Aufnahme und Ausstellung der Bücher Brechts".[621] Die kontroversen Reak-

616 Siegfried Unseld an Helene Weigel, Brief vom 31.08.1961. In: DLA, SUA: Suhrkamp. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 18.
617 Vgl. Peter Palitzsch an Manfred Wekwerth, Brief o.D. In: Hammer u. a. (Hg.): Das Mauerbuch, S. 144 – 146.
618 Der künstlerische Beirat an Peter Palitzsch, Brief o.D. In: Hammer u. a. (Hg.): Das Mauerbuch, S. 146.
619 Unseld an Weigel, Brief vom 31.08.1961. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 18.
620 Ebd.
621 Ebd.

tionen auf den Mauerbau hatten also eine direkte Auswirkung auf die Bewerbung und Aufführung der Werke Brechts, von denen der Verkauf und Vertrieb des Suhrkamp Verlags abhängig war. Weder ökonomisch noch in Bezug auf die mit der Verlagspraxis verbundenen Einstellungen und Ideen konnte eine ost-westdeutsche Konfrontation im Interesse des Verlags sein.

Mit Brecht-Boykotten, mit denen Politik und Kulturbetrieb symbolisch gegen das SED-Regime protestierten, hatte sich der Suhrkamp Verlag in den fünfziger und sechziger Jahren immer wieder auseinanderzusetzen, so vor allem nach den Aufständen vom 17. Juni 1953 und in Ungarn 1956.[622] Die Absetzung oder Verschiebung von Aufführungen im Sommer 1961 wurde mit dem Mauerbau und der politischen Haltung Brechts begründet, den die SED zu ihrem Aushängeschild gemacht hatte.[623] Angeregt von den Diskussionen formulierte Friedrich Torberg, der für den Wiener Boykott gegen Werk und Person Brechts mitverantwortlich war, deshalb nach dem Bau der Mauer auch die Frage, ob Werke von Brecht im Westen überhaupt gespielt werden sollten.[624]

Für den Suhrkamp Verlag, der von der gerade erst beginnenden internationalen Verbreitung der Werke Brechts, vor allem durch den Vertrieb der Aufführungsrechte, profitierte, musste diese Diskussion verbunden mit den Absagen der Intendanten alarmierend sein. Auch auf die Kooperation mit den Theatern und Kulturschaffenden der DDR war der Verlag angewiesen, schließlich trugen die Reisen des Berliner Ensembles erheblich dazu bei, das Werk Brechts bekannt zu machen.[625]

Unseld schrieb den Brief an Weigel mit eigener Hand auf privatem Briefpapier, obwohl oder vielleicht auch gerade weil er sich in Sachen des Verlags an sie

---

622 Vgl. Stephan Buchloh: Erotik und Kommunismus im Visier: Der Staat gegen Bertolt Brecht und gegen die ‚Schundliteratur'. In: York-Gothart Mix (Hg.): Kunstfreiheit und Zensur in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin/Boston 2014, S. 67–95, hier S. 74 f.

623 Vgl. ebd., S. 79 und 94.

624 Torberg argumentierte mit der Wirkung des Namens bzw. der Marke ‚Brecht', die unabhängig von der jeweiligen Interpretation eines Stücks sei: „Ich meine, daß der einbekannte Kommunist Bertolt Brecht eine Propagandawirkung erzielt, die unabhängig von dem ist, *was* er sagt, und einfach darauf beruht, daß *er* es ist, der es sagt." Dies liege auch daran, dass keine tatsächliche Auseinandersetzung mit dem Werk Brechts stattfinde, sondern nur ein „Brecht-Kult", den Torberg mit einem „Nachholbedarf an Zivilcourage" erklärt (Friedrich Torberg: Soll man Brecht im Westen spielen? Ein Vortrag im Zyklus „Umstrittene Sachen" des WDR. In: Der Monat 14 (1961), 159, S. 56–62, hier S. 58 f.). Auch Beiträge der Diskussion, die Torberg mit seiner Argumentation auslöste, sind im *Monat* abgedruckt (vgl. Soll man Brecht spielen? Antworten an Friedrich Torberg. In: Der Monat 14 (1962), 161, S. 57–64 und Joachim Kaiser: Heißer Krieg gegen kalte Dramen. In: Der Monat 14 (1962), 162, S. 60–64).

625 Vgl. Agnes Hüfner: Brecht in Frankreich 1930–1963. Verbreitung, Aufnahme, Wirkung. Stuttgart 1968, S. 150.

wandte. Keine Sekretärin hatte den Text vom Diktiergerät abgetippt und ausformuliert, Unseld, das bekräftigt die Materialität des Briefs, wollte sich direkt und persönlich an Weigel richten. Das Vorgehen entspricht seiner damaligen Maxime, sich öffentlicher Stellungnahmen zu politischen Ereignissen und Entwicklungen zu Gunsten der Verbreitung der Werke Brechts zu enthalten.[626] Ein konstruktives Verhältnis zu Weigel und den Brecht-Erben zu wahren, stellte eine Bedingung für die editorische Arbeit des Verlags dar. Diese gaben ihre Zustimmung zu Editionskonzepten, der Auswahl von Texten und Fassungen sowie den jeweiligen Herausgebern und der Kommentierung von Editionen. Außerdem verhandelten sie mit den DDR-Behörden über Einreisegenehmigungen und Aufenthalte, auf die der Verlag für seine Brecht-Publikationen angewiesen war.[627] In die zwei Lager des Kalten Kriegs eingebunden, navigierte der Verlag diese jahrzehntelange Produktionsgemeinschaft allerdings immer wieder zwischen Kooperationen und Konflikten.[628] Trotz seiner gegen die bauliche Manifestation der deutschen Teilung deutlich ablehnenden Haltung, ging er daher mit Weigel, die die Zeit des Nationalsozialismus mit ihrem Mann im Exil verbracht hatte, diplomatisch um:

> Ich zögere, als Jüngerer und gerade Ihnen und Ihrer Exilerfahrung gegenüber von der Klugheit taktischen Verhaltens zu sprechen, aber für uns beide sollte dies über das Engagement gestellt sein. Wir wissen nicht, vor welchen Entscheidungen wir noch stehen. Umso mehr gilt für uns, dass die Brechtsche [!] Wahrheit, beim Schreiben mit Schwierigkeiten verbunden, meist nur mit Klugheit und List verbreitet werden kann.[629]

Mit seiner Enthaltungsgeste solidarisierte er sich nicht mit Weigels politischer Position, sondern versuchte den Fokus des beiderseitigen Engagements auf die gemeinsame Sache zu lenken: „Es geht um das Werk von Brecht.“[630] Das wiederholte „wir“ und „uns“ unterstreicht das Gemeinsame und suggeriert eine gleichwertige, interessengeleitete Partnerschaft in Opposition zu den Machthabenden. Mit dem Verweis auf die Emigration von Brecht und Weigel im Jahr 1933

---

626 Diesen Grundsatz sollte er nur wenige Jahre später aufgeben, als es darum ging, die kulturpolitische Entwicklung sowie die Position des Börsenvereins in Bezug auf den Literaturaustausch im Sinne der Verlagspraxis zu beeinflussen. Vgl. Kapitel 4.

627 Vgl. Siegfried Unseld: Reisebericht Ost-Berlin, 10. – 11.02.1967. In: DLA, SUA: Suhrkamp. Dies sind nur einige Beispiele aus der Zusammenarbeit zwischen dem Suhrkamp Verlag und Helene Weigel bzw. den Brecht-Erben. Den Einfluss, den dieses Verhältnis auf den deutsch-deutschen Literaturaustausch sowie das edierte Werk und die Rezeption Brechts ausgeübt hat, kann ich in der vorliegenden Studie nur stellenweise beleuchten. Eine systematische Untersuchung der Beziehung des Suhrkamp Verlags zu Brecht und dessen Werk bleibt ein Forschungsdesiderat.

628 Vgl. Kapitel 3 und Teil I, Kapitel 1979.

629 Unseld an Weigel, Brief vom 31.08.1961. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 18.

630 Ebd.

vergleicht er das Verhältnis zum SED-Regime mit der Opposition gegen die Nationalsozialisten hinweisen und lässt den Mauerbau als diktatorische Maßnahme erscheinen, der gegenüber Weigel und er sich verbünden sollten, um die Verbreitung der Werke Brechts zu ermöglichen. Das Werk Brechts, seine Inhalte und Ideen erscheinen von Dauerhaftigkeit im Gegensatz zu den politischen Entwicklungen, die Unseld als unvorhersehbar darstellt. Vor dem Hintergrund der Exilerfahrung und im Hinblick auf zukünftige politische Szenarien teilen sich demnach Weigel und der Verlag ihre Verantwortung gegenüber Brecht und für die Verbreitung von dessen Schriften.

Unseld vermittelt in dem Brief die Vorstellung einer Gemeinschaft, die sich auf gemeinsamen Werten, einer gemeinsamen Erinnerung sowie der kulturellen Produktion begründet und sich quer zur staatlichen Realität konstituiert. Das verbindende Element ist für ihn „die gemeinsame Sprache".[631] Ihm ging es anlässlich der „gewaltsamen Separation" um eine gemeinsame Identität, die dem Konzept der ‚Kulturnation' entspricht. Seine Formulierung lässt durchblicken, dass damit der Wunsch nach dem Zustandekommen einer Staatsnation verbunden war. Gegenüber Weigel kritisiert er die Entscheidung der DDR, die Teilung zu manifestieren, gerade weil er der Meinung war, dass sich die beiden Teile Deutschlands bereits vor dem Mauerbau voneinander entfernt hatten. Aus seiner Perspektive war die Mauer also ein Resultat der Entfremdung, die dadurch weiter gefördert wurde. Sie wirkte folglich der Vorstellung von einem kulturell verstandenen, nationalen Zusammenhalt entgegen.

Gerade auf bundesdeutscher Seite war die Vorstellung von der deutschen ‚Kulturnation' ein Mittel, um die Zusammengehörigkeit der beiden deutschen Staaten im Hinblick auf die staatliche Vereinigung zu proklamieren, die der Leipziger Slawist Erhard Hexelschneider und der Leipziger Kunstwissenschaftler Erhard John 1984 als „Integrationsideologie jenseits aller sozialen Verhältnisse" bezeichneten.[632] Aus ihrer Perspektive ging es dabei um nichts weniger als „die Beseitigung der DDR".[633] Der in Westdeutschland weit verbreiteten Vorstellung von Deutschland als ‚Kulturnation' entsprechend, die die Zeit der Teilung überdauerte, hat der Diskurs auch auf den so genannten Einigungsvertrag gewirkt. In dessen Artikel 35 heißt es, die „Einheit der Nation" habe während der deutschen Teilung auf „Kunst und Kultur" basiert, die einen „eigenständigen und unver-

631 Ebd.

632 Erhard Hexelschneider/Erhard John: Kultur als einigendes Band? Eine Auseinandersetzung mit der These von der „einheitlichen deutschen Kulturnation". Berlin 1984, S. 60.

633 Ebd., S. 54.

zichtbaren Beitrag“ im staatlichen Einigungsprozess geleistet hätten.[634] Den Begriff der ‚Kulturnation‘, der auf den Historiker Friedrich Meinecke zurückgeht und von den Nationalsozialisten für ihre rassistische Ideologie verwendet worden war,[635] vermeidet der Artikel und spricht stattdessen vom „Kulturstaat“ Deutschland.[636]

Unseld vertrat bereits in den fünfziger Jahren die Ansicht, dass ein Literatur- und Kulturaustausch nur möglich wäre, wenn beide Länder zumindest vorläufig die gemeinsamen Staatsgrenzen akzeptierten.[637] Sein Pragmatismus in Bezug auf die deutsche Teilung ging der offiziellen Politik voraus, die sich erst in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre stärker um Anerkennung und Austausch bemühte.[638] Im April 1967 nahm Unseld an einer Sitzung des Kulturpolitischen Arbeitskreises des Kuratoriums Unteilbares Deutschland teil, um die Möglichkeiten des kulturellen Austauschs mit den osteuropäischen Staaten zu diskutieren.[639] Auf dem offiziellen Ergebnisprotokoll hielt er handschriftlich einige Maßnahmen fest: Finanzierung des Austauschs durch Inter Nationes, Lesungen, ein Empfang für polnische Schriftsteller:innen auf der Warschauer Buchmesse, Gründung einer Bibliothek des deutschen Geistes.[640] Er notierte außerdem Wahlsprüche zum Konzept der ‚Kulturnation‘, die vermutlich auf der Veranstaltung geäußert wurden

634 Art. 35, Abs. 1, Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands: https://www.gesetze-im-internet.de/einigvtr/BJNR208890990.html (zuletzt eingesehen am 5. 05. 2022).

635 Vgl. Lindner: Zwischen Öffnung und Abgrenzung, S. 21.

636 Art. 35, Abs. 1, Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands.

637 Vgl. Kapitel 5.1.

638 Nach dem Passierscheinabkommen von 1963, das den Grenzverkehr in Berlin nach dem Mauerbau wieder ermöglichte, der Wiederaufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Rumänien und Jugoslawien in den Jahren 1967 und 1968 gab die sozial-liberale Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt (1969 – 1974) den Alleinvertretungsanspruch auf und trat in Verhandlungen mit der DDR, der Sowjetunion und Polen. In den Verträgen von Moskau und Warschau von 1970 ging es um die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, den Gewaltverzicht, aber auch um die deutsche Einheit. Zur Neuen Ostpolitik vgl. Peter Graf Kielmansegg: Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland. Berlin 2000, S. 191 – 212.

639 Vgl. hierzu auch Kemper/Zajas/Bakshi (Hg.): Kulturtransfer und Verlagsarbeit; Zajas: Verlagspraxis und Kulturpolitik, hier vor allem S. 90 – 99.

640 Vgl. Kulturbeziehungen Deutschlands zu den osteuropäischen Staaten, Ergebnisprotokoll o.D. In: DLA, SUA: Suhrkamp. Zur Förderung des deutsch-polnischen Literaturaustauschs durch Inter Nationes und das Auswärtige Amt sowie dem Suhrkamp Verlag auf der Warschauer Messe vgl. Paweł Zajas: Aus der Vorgeschichte der Ostpolitik. Literaturtransfer zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen im kulturpolitischen Kontext (1960 – 1970). In: ZfO 66 (2017), 1, S. 70 – 98.

und wie eine Bestätigung seiner eigenen Position wirken. So zitierte er Theodor Heuss mit den Worten „[m]it Politik keine Kultur doch mit Kultur Politik machen" sowie der Phrase „Einheit des geistigen Deutschlands" als kulturpolitische Prämissen der BRD.[641] Wie an den Labels für Literatur und Autor:innen der DDR zeigt sich hieran, dass Unseld sich mit rhetorischen Regelungen des Diskurses, mit Labels und Slogans auseinandersetzte, nicht zuletzt im Hinblick auf die Begründung der eigenen Verlagspraxis. Der Verlag nutzte kulturpolitische Entwicklungen und Appelle, um Publikationen und großangelegte Projekte umzusetzen, wie in diesem Fall der Austausch mit den slawischen Ländern und Literaturen.[642] Unseld übernahm dadurch eine Mittlerfunktion zwischen politischem und literarischem Feld vor dem Hintergrund eigener ökonomischer Interessen.[643]

An der Idee der ‚Kulturnation', die im Brief an Weigel zum Ausdruck kommt, zeigt sich, dass Unseld die deutsche Literatur in einem nationalen Zusammenhang sah. Ein solches nationales Verständnis von Literatur hängt mit den rechtlichen und logistischen Bedingungen der Lizenzübernahme zusammen. Dabei spielen auch sprachliche und institutionelle Bedingungen des literarischen Felds eine Rolle. Dass dieses mit staatlichen oder nationalen Grenzen kongruent sein kann, wird nicht nur am deutsch-deutschen Verlagsprogramm evident, das Deutschland – wohlgemerkt nicht den deutschsprachigen Raum – als literarische Einheit verstand, sondern auch am Umgang mit den osteuropäischen Staaten. So nahm Unseld auf einer Delegationsreise in die ČSSR die Literatur als getrennt in eine Tschechische und eine Slowakische wahr.[644] Als es um die Erweiterung der *Bibliothek Suhrkamp* ging, erteilte er seine Zustimmung als Reaktion auf ein Lektoratsgutachten von Karl Markus Michel zu Jerzy Szaniawski: „Wir brauchen

641 Kulturbeziehungen Deutschlands zu den osteuropäischen Staaten, Ergebnisprotokoll o.D.
642 Im Verlag wurde weiter über den Kulturaustausch mit den sozialistischen Ländern nachgedacht. Man überlegte, wie der persönliche Kontakt und der Austausch von Büchern intensiviert und institutionalisiert werden könnten, z. B. mittels Übersetzungsförderung oder einer deutsch-slawischen Bibliothek, eine Idee des Übersetzers Karl Dedecius (vgl. Peter Urban: Zur Intensivierung des Kulturaustauschs, Notiz vom 9.11.1967. In: DLA, SUA: Suhrkamp). Zum Osteuropa-Programm des Suhrkamp Verlags vgl. Kemper/Zajas/Bakshi (Hg.): Kulturtransfer und Verlagsarbeit.
643 Zu den Verlagsaktivitäten, die dem kulturpolitischen Programm der Bundesregierung entsprachen, zählt auch die Herstellung des Geschenkbuchs *Deutsches Mosaik* für die Olympischen Spiele in München 1972 (vgl. Julia Frohn: Deutsches Mosaik. Ostdeutsche Literatur im Suhrkamp Verlag 1950 – 1972. In: Von Bülow/Wolf (Hg.): DDR-Literatur, S. 137 – 147, hier S. 144 f.).
644 Vgl. Siegfried Unseld: Reisebericht ČSSR, 15. – 22.02.1966. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

einen Polen".[645] Neben der Programmpolitik zeigt sich das Prinzip der Kollektivierung nach nationalen bzw. kulturellen Zusammenhängen, wie Einert in ihrer Untersuchung zur lateinamerikanischen Literatur bei Suhrkamp zeigt, auch im Verlagsmarketing.[646]

Unselds deutsch-deutsche Verlagspolitik, die er nach anfänglichem Zögern spätestens ab Ende der sechziger Jahre systematisch betrieb,[647] war also von einer Ambivalenz geprägt: Einerseits proklamierte er die Aufrechterhaltung der ‚Kulturnation' und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten, auch wenn diese zunächst nur stellvertretend durch den Literaturaustausch innerhalb des Verlagsprogramms stattfinden konnte. Andererseits akzeptierte er aus eben diesem Grund die DDR und ihr literarisches Feld als Bedingung für einen innerdeutschen Literaturaustausch, wovon der Suhrkamp Verlag durch die Anhäufung von ökonomischem und symbolischem Kapital profitierte. Der Bau der Mauer als Störmoment der Verlagspraxis gefährdete somit sowohl die Verbreitung der Werke Brechts und damit die finanziellen Gewinne sowie das Prestige des Verlags als auch die Vorstellung von der nationalen Einheit. War zuvor der Literaturaustausch zumindest logistisch problemlos möglich gewesen, wurden nun ein erheblicher Aufwand sowie rechtliche Regelungen notwendig, um einen kontinuierlichen Austausch zu ermöglichen. Vor diesem Hintergrund erscheint die Entwicklung der deutsch-deutschen literarischen Beziehungen im Laufe der sechziger Jahre, unterstützt durch eine Politik der Annäherung, als Reaktion auf die Gefahr einer weiteren Entfremdung der beiden deutschen Staaten und Gesellschaften.

1.4 Marktwirtschaft und Demokratie. Die Luhmann-Unseld-Kontroverse

Am 22. August 1990, kurz vor einer Vortragsreise nach Mexico und Brasilien, veröffentlichte Niklas Luhmann einen viel beachteten Aufsatz in der *FAZ*. Er vertrat darin die These, dass mit dem bevorstehenden Untergang der DDR auch die Bundesrepublik am Ende sei. Während die Veränderungen auf dem Gebiet der DDR allerdings „offensichtlich, scharf spürbar" seien, habe die Bundesrepublik „nichts Besonderes vorzuweisen", also im Gegensatz zur DDR keine

645 Siegfried Unseld: Handschriftliche Notiz. In: Karl Markus Michel: Gutachten zu Jerzy Szaniawski: Professor Tutka von 1960. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

646 Vgl. Katharina Einert: „17 Autoren schreiben am Roman des lateinamerikanischen Kontinents". Die Fiktionalisierung Lateinamerikas und seiner Literaturen. In: IASL 43 (2018), 1, S. 127–150. In Bezug auf die Literatur Lateinamerikas war die Verlagspraxis sogar in einer noch größeren Kollektivbildung von einem kontinentalen Literaturverständnis geprägt.

647 Vgl. Teil I.

klare Identität entwickelt.[648] Allein „die Fähigkeit, die in der Zerstörung liegende Chance zu nutzen", womit er auf den gesellschaftlichen Wiederaufbau nach 1945 anspielte, und den „Mythos, daß Deutsche gerne arbeiten und etwas können", ließ Luhmann als geschichtliche Errungenschaften gelten, die allerdings in einem globalen Kontext eher nebensächlich erschienen.[649] Was unter der Formel „Modernisierung aus dem Geiste des Traditionsabbruchs" nach 1945 als „Erfolgsgeheimnis der Bundesrepublik" funktioniert hatte, stellte Luhmann nun erneut zur Debatte:[650] Würde es einen Neuanfang im vereinten Deutschland geben? Und wenn ja, was würde verloren gehen und was Bestand haben? Was also könnte ein *Nachruf auf die Bundesrepublik* enthalten?

Luhmann nannte als erstes den ökonomischen Erfolg der Bundesrepublik, der aber, schränkte er ein, „unter bestimmten weltwirtschaftlichen Bedingungen" und „unter der Bedingung einer im Krieg zerstörten und deshalb wiederaufbaufähigen Industrie" entstanden sei.[651] Das Wirtschaftswachstum sei insofern also keine besondere Leistung, als es erstens notwendig und zweitens Teil einer Strategie der Westmächte zur Integration der Bundesrepublik vor dem Hintergrund der Konkurrenz von Marktwirtschaft und Planwirtschaft im Kalten Krieg gewesen sei. Nun würde nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Wirtschaftsordnungen, so Luhmann weiter, der „Triumph der Marktwirtschaft" gefeiert, nicht zuletzt in Bezug auf das geteilte Deutschland.[652] Sich auf der „Siegerseite" zu wähnen, berge allerdings die Gefahr, für Fragen, die für die Zukunft der Marktwirtschaft von Belang seien, „falsche, jedenfalls kurzsichtige und unergiebige Schemata zu wählen", die sich allein in der Abgrenzung vom gescheiterten „Jahrhundertexperiment einer ethischen Steuerung der Wirtschaft" begründeten.[653] Mit seiner Warnung, der Westen sei auf die zukünftigen Herausforderungen von Demokratie und Marktwirtschaft nicht vorbereitet, weil diese allein unter dem Systemgegensatz betrachtet würden, positionierte sich Luhmann zu den in der Bundesrepublik virulenten Debatten über den Siegeszug des westlichen Systems einerseits und zu Katastrophen- und Untergangs-

648 Niklas Luhmann: Dabeisein und Dagegensein. Anregungen zu einem Nachruf auf die Bundesrepublik. In: FAZ vom 22.08.1990, zitiert nach N.L.: Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen. Hg. und eingeleitet von Kai-Uwe Hellmann. Frankfurt a.M. 1996, S. 156–159, hier S. 156.

649 Ebd.

650 Stephan Schlak: Wilhelm Hennis. Szenen einer Ideengeschichte der Bundesrepublik. München 2008, S. 10.

651 Luhmann: Dabeisein und Dagegensein, S. 156f.

652 Ebd., S. 157.

653 Ebd., S. 158f.

szenarien in den „apokalyptischen achtziger Jahren“ andererseits.[654] Luhmanns Argumentation steht im Kontext der ein Jahr zuvor von dem US-amerikanischen Politikwissenschaftler Francis Fukuyama aufgestellten These vom Ende der Geschichte, das sich am „unabashed victory of economic and political liberalism“ zeige.[655] Die auch von Fukuyama propagierte Prognose eines „triumph of the West“[656] sah Luhmann allerdings kritisch, denn sie verstelle den Blick auf die kommenden weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Herausforderungen.

Neben dem ökonomischen sah Luhmann einen zweiten Erfolg in der bundesdeutschen Protestkultur, auch im internationalen Vergleich, als „Frühwarneffekt“ für Probleme und Themen einer „funktionierende[n] Demokratie“.[657] Wenn nun mit der Bundesrepublik auch diese Protestkultur unterginge, sei dies zwar problematisch, die Herausforderungen der Zukunft hätten allerdings „ein anderes Format“.[658]

Luhmanns Überlegungen zum Einigungsprozess stießen bei Unseld auf Ablehnung: „[E]in törichter Artikel“, notierte er in der Chronik. „Ich kann es nicht unterlassen, ihm darauf zu schreiben. Er wird sich nicht freuen.“[659] Zwei Tage später verfasste er einen kurzen Brief an seinen Verlagsautor, aus dem seine politische Haltung zum Einigungsdiskurs deutlich hervorgeht. Er verwahrt sich darin gegen die Abfassung von Nachrufen, also den Blick zurück auf das Vergangene, wichtiger seien doch „Projektionen und Perspektiven“.[660] Seine Positionierung korrespondierte mit seinen unternehmerischen Zielen im Einigungsprozess, nämlich rechtliche Tatsachen in Bezug auf die Vereinigung der Insel-Verlage sowie die Werkrechte aus der DDR zu schaffen und damit für eine stabile Zukunft (des Verlags) zu sorgen statt Bilanz zu ziehen und Raum für Zwischen-

654 Philipp Felsch: Der lange Sommer der Theorie. Geschichte einer Revolte 1960 – 1990. München 2015, S. 160. Zur Diskussion in der Bundesrepublik vgl. Lutz Niethammer: Posthistoire. Ist die Geschichte zu Ende? Reinbek bei Hamburg 1989; Thomas Jung: Vom Ende der Geschichte. Rekonstruktionen zum Posthistoire in kritischer Absicht. Münster 1989.

655 Francis Fukuyama: The End of History? In: The National Interest 16 (1989), S. 3 – 18, hier S. 3. Zur Debatte im Anschluss an die These Fukuyamas vgl. exempl. Volker Pesch (Hg.): Ende der Geschichte oder Kampf der Kulturen? Der Universalismus des Westens und die internationalen Beziehungen. Greifswald 1997.

656 Fukuyama: The End of History, S. 3; vgl. Luhmann: Dabeisein und Dagegensein, S. 158 f.

657 Luhmann: Dabeisein und Dagegensein, S. 159.

658 Ebd.

659 Siegfried Unseld: Chronik, Eintrag vom 22.08.1990. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

660 Siegfried Unseld an Niklas Luhmann, Brief vom 24.08.1990. In: DLA, SUA: Suhrkamp. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 15.

und Übergangslösungen zu schaffen.[661] Ebenso distanzierte er sich von der Vorstellung, eine „bundesrepublikanische Phase“ sei zu Ende gegangen.[662] Unseld sah die BRD vielmehr als errungenen, anhaltenden Erfolg der deutschen Geschichte, der sich gerade durch den Beitritt der DDR als solcher bestätigen würde. Marktwirtschaft und Protestkultur allein reichten deshalb nicht aus, um ein mögliches Erbe zu beschreiben.

> Ist nicht das wichtigere Phänomen das der Demokratie – d.h. ein mündig gewordener Bürger, jedenfalls so mündig wie er in der deutschen Geschichte noch nie war – es gibt keinen Obrigkeitsstaat mehr, den wir über die Jahrhunderte hinweg zu registrieren hatten? Und ist es nicht wichtig, daß in dieser Phase der Geschichte keine kriegerische Verwicklung stattfand? Und ist nicht drittens wichtig, daß die Bundesrepublik, aus welchen Gründen auch immer, für die Bürger der DDR ein so erstrebenswertes Vorbild war, daß sie zur Erhebung motiviert wurden?[663]

Im Gegensatz zu Luhmann argumentierte Unseld mit Blick auf die deutsche Geschichte, und hob deshalb die erfolgreiche Durchsetzung der demokratischen Verfassung nach dem Zweiten Weltkrieg hervor. In seinem Antwortbrief wies Luhmann ihn daher darauf hin, dass die Demokratie in einem weltgeschichtlichen Kontext eben keine Errungenschaft der Bundesrepublik sei, „das gibt es ja schließlich auch in Frankreich, Großbritannien, den USA usw.“[664] Unselds Auseinandersetzung mit den Ideen Immanuel Kants zeichnet sich in dem Argument ab, dass ein demokratischer Staat zumindest relativ mündige Bürger:innen bedinge und die kriegerische Auseinandersetzung mit anderen demokratischen Staaten verhindere.[665] Die implizite Gegenüberstellung von westdeutscher Demokratie und dem „Obrigkeitsstaat“ der DDR, der seine Bevölkerung systemgemäß zu Untertanen erziehe, verdeutlicht daran anschließend Unselds Denken in zugleich diachronen und synchronen gesellschaftlichen Konkurrenzen. Deutlich wird dies im Vergleich der BRD mit früheren historischen Phasen – vermutlich ist die Zeit des Nationalsozialismus gemeint – und der DDR. Die staatliche und ge-

661 Vgl. Teil I, Kapitel 1989.

662 Unseld an Luhmann, Brief vom 24.08.1990. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 15.

663 Ebd.

664 Niklas Luhmann an Siegfried Unseld, Brief vom 8.10.1990. In: DLA, SUA: Suhrkamp. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 16.

665 Seine Formulierungen rekurrieren auf die These vom „demokratischen Frieden“, dergemäß Kriege zwischen demokratischen Staaten nicht bzw. seltener stattfinden. Als philosophische Grundlage gilt Kants Schrift *Zum ewigen Frieden*, in der er das Argument entwickelt, dass Staatsbürger im Gegensatz zu Fürsten kein Interesse an der Kriegsführung hätten, weil sie mit dem Einsatz von Ressourcen – dem eigenen Leben oder Eigentum – verbunden sind (vgl. Immanuel Kant: Zum ewigen Frieden. Ditzingen 2008).

sellschaftliche Entwicklung der DDR verortete er so in einer vormodernen Phase. Seine Haltung korrespondierte mit der These Fukuyamas, Demokratie und Modernisierung im Sinne einer westlichen Moderne würden einander bedingen.[666] Die Rede von einer verspäteten Moderne in der DDR dominierte nicht nur während der deutschen Teilung und im Einigungsprozess, sondern ist, wie Stephan Pabsts Studie zur *Post-Ost-Moderne* demonstriert, bis heute zumindest in Teilen der Literaturwissenschaft noch virulent.[667] Erst neuere Forschungsbeiträge dekonstruieren die gängige, normativ verstandene westliche Bestimmung von Moderne und argumentieren mit alternativen Vorstellungen bzw. einer internationalen Moderne.[668] Der Vergleich von BRD und DDR unter einem Moderne-Begriff impliziert auch die Vorstellung, die Bundesrepublik stelle im Vergleich zu vorangegangenen deutschen Staatsmodellen einen politisch-gesellschaftlichen Fortschritt dar. Die Friedliche Revolution der DDR-Bevölkerung interpretierte Unseld vor diesem Hintergrund als teleologische Entwicklung – angeregt von den Ideen und der Literatur des Westens – zu einem Beitritt zur BRD, die dadurch wiederum als „erstrebenswertes Vorbild" legitimiert würde.

Luhmanns Antwort lavierte zwischen der Verteidigung seiner Ansichten und einem diplomatischen Umgang mit seinem Verleger. Er stellte die Vermutung an, die Bürger:innen der DDR strebten weniger den Anschluss an die demokratische Ordnung, als den an die Möglichkeiten des kapitalistischen Marktes an.[669] Weiterhin erklärte er, sein Bezugspunkt sei nicht Deutschland, sondern die moderne Weltgesellschaft: „Das führt natürlich zu einer Abwertung nationaler Spezifica, und in diesem Sinne habe ich offenbar manchen verletzt, der die gegenwärtige Entwicklung als einen Triumph der bunderepublikanischen Ordnung sieht."[670]

Unseld war, wie sich Luhmanns Formulierung entnehmen lässt, nicht der einzige, der auf den Artikel reagiert hatte. Zu den „mannigfachen Reaktionen"[671] gehörte auch eine Replik in der *FAZ* von Ernst Nolte, ebenfalls Suhrkamp-Autor, der argumentierte, dass die Vereinigung ein deutsches Ereignis sei und die Geschichte der Bundesrepublik insofern nicht an ihr Ende käme, sondern ihre Fortsetzung in einem Gesamtdeutschland finden werde, selbst wenn damit gravierende Verfassungsänderungen verbunden seien.[672] Noltes Bezugnahme auf das

666 Vgl. Fukuyama: The End of History, S. 4.
667 Vgl. Pabst: Post-Ost-Moderne, S. 406 f.
668 Vgl. Kathrin Sandhöfer-Klesen: Christa Wolf im Kontext der Moderne. Eine Neuverortung ihres Œuvres zwischen Ost und West. Würzburg 2019.
669 Vgl. Luhmann an Unseld, Brief vom 8.10.1990. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 16.
670 Ebd.
671 Ebd.
672 Vgl. Ernst Nolte: „Untergang" der Bundesrepublik? In: FAZ vom 5.09.1990.

Grundgesetz ist bezeichnend für die öffentliche Debatte im Einigungsprozess. Schließlich ging es in den politischen Verhandlungen der Jahre 1989/90 auf der Grundlage der ehemaligen Artikel 23 und 146 des Grundgesetzes vor allem um die Frage eines Beitritts der DDR zum Grundgesetz oder aber der Erarbeitung einer gesamtdeutschen Verfassung.[673] Nicht wenige Intellektuelle der DDR hatten mit ihren Protesten diesen „dritten Weg" gefordert, darunter auch Autoren wie Volker Braun, die mit dem Suhrkamp Verlag verbunden waren.[674] Sie vertraten die Idee einer demokratisch-freiheitlichen Reform des DDR-Staats, der sich Schritt für Schritt der Bundesrepublik annähern sollte.[675] Aus ihrer Perspektive war der westdeutsche Kapitalismus alles andere als ein Vorbild, ihr Ansatz lag in der sozialistischen Erneuerung. Dass diese Option im Frühjahr 1990, u. a. durch die vorgezogenen Volkskammerwahlen, verloren ging, lag vor allem an der „Inkompatibilität mit den Zielen und Interessen der in Bewegung geratenen Massen", deren Interesse auf „Reisefreiheit und Wohlstandsteilhabe" gerichtet war.[676] Das Projekt eines reformierten sozialistischen Staats mit veränderter Verfassung auf deutschem Boden stand also für einen Moment zur Debatte und hätte nicht nur Hoffnungen auf die nationale Einheit enttäuscht, sondern auch die Legitimität der bundesdeutschen Ordnung in Frage gestellt, und damit auch die des kapitalistischen Buchmarkts und seiner Institutionen.[677]

---

673 Der ehemalige Artikel 23 beschränkte die Gültigkeit des Grundgesetzes auf die westdeutschen Bundesländer, hielt die Möglichkeit einer Ausweitung auf andere Teile Deutschlands aber offen. Artikel 146 stellte das Inkrafttreten einer vom deutschen Volk in freier Entscheidung gewählten Verfassung in Aussicht, die das Grundgesetz ablösen sollte (vgl. Ursula Münch: 1990: Grundgesetz oder neue Verfassung, 1.09.2008: www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/grundgesetz-und-parlamentarischer-rat/38984/deutsche-einheit (zuletzt eingesehen am 5.05.2022)). Beide Artikel hielten auch die Definition des deutschen Staatsgebiets noch offen. Artikel 23 wurde 1990 aufgehoben und durch die Maastrichter Verträge von 1992 durch den so genannten Europa-Artikel 23 symbolträchtig ersetzt.

674 Aufruf *Für unser Land* vom 26.11.1989: https://www.chronik-der-mauer.de/material/178900/aufruf-fuer-unser-land-neues-deutschland-26-november-1989 (zuletzt eingesehen am 5.05.2022).

675 Vgl. Martin Sabrow: Der vergessene „Dritte Weg". In: APuZ 11 (2010): http://www.bpb.de/apuz/32883/der-vergessene-dritte-weg?p=all#fr-footnodeid_19 (zuletzt eingesehen am 5.05.2022).

676 Ebd.

677 Trotz der Entscheidung für den Beitritt blieb die Frage nach der gesellschaftlichen Kontinuität ein Diskussionspunkt. Erneut angeregt durch die Verlegung des Regierungssitzes, hielten die Überlegungen über Kontinuität und Wandel der „Berliner Republik" nach der Vereinigung an (vgl. exempl. Eckhard Jesse/Eberhard Sandschneider (Hg.): Neues Deutschland. Eine Bilanz der deutschen Wiedervereinigung. Baden-Baden 2008). Zu neueren Auseinandersetzungen mit der westdeutschen Vergangenheit vgl. exempl. Philipp Felsch/Franz Witzel: BRD noir. Berlin 2016.

Unseld stimmte dementsprechend der Haltung Noltes zu.[678] Ein Vergleich seiner Stellungnahme zum Einigungsprozess mit Äußerungen der siebziger Jahre verdeutlicht, dass der Verleger im Laufe der achtziger Jahre jene „verfassungspatriotische Wende" in seiner Argumentation vollzogen hat, die Jens Hacke für Teile der sozialliberalen Linken unter der Führung von Jürgen Habermas, ebenfalls Suhrkamp-Autor, konstatiert.[679] Ein kurzer Briefwechsel mit dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt im Sommer 1975 verdeutlicht darüber hinaus, dass Unseld aus seiner zwischen West und Ost vermittelnden Position heraus immer wieder Kritik an Begrifflichkeiten im Teilungsdiskurs übte.

Unseld hatte Schmidts Rede zum 17. Juni 1975 zum Anlass genommen, ausgehend von der Etymologie des Adverbs ‚wieder' – ein Zurück zum Gleichen – dem damaligen Bundeskanzler vorzuschlagen, statt von der „Wiedervereinigung" von einer „kommenden Vereinigung" zu sprechen.[680] Schließlich könne es eine „Wiederherstellung einer Verbindung wie sie einmal war" in den „Grenzen von 1933 oder 1938 oder 1940" nicht mehr geben.[681] Mit dem Hinweis darauf, dass auch das Grundgesetz den Begriff ‚Wiedervereinigung' nicht führe, schlug er dem Bundeskanzler vor: „Was wir realisieren können, ist eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu einem dritten. Mir schiene es richtig, wenn man von einer ‚kommenden Vereinigung' spräche."[682] Die Formulierung lässt vermuten, dass er Mitte der siebziger Jahre davon ausging, dass sich die Ost- und Westdeutschen bei einer staatlichen Vereinigung wie in Artikel 146 des Grundgesetzes vorgesehen, eine gemeinsame Verfassung geben würden. Diese Erwartung hatte er 1989/90 nicht mehr, vertrat sie als Hoffnung aber pro forma noch vor seinen ostdeutschen Geschäftspartnern, indem er sich mit diesen als ein ‚Wir' solidarisierte, wie eine

678 In der Chronik notierte Unseld: „Ich bin wie Nolte der Meinung, daß die Bundesrepublik nicht untergegangen ist mit dem Beitritt der fünf neuen Bundesländer." (Siegfried Unseld: Chronik, Eintrag vom 5.09.1990. In: DLA, SUA: Suhrkamp).

679 Jens Hacke: Die Bundesrepublik als Idee. Zur Legitimitätsbedürftigkeit politischer Ordnung. In: Otto Depenheuer (Hg.): Erzählungen vom Staat. Ideen als Grundlage von Staatlichkeit. Wiesbaden 2011, S. 115–136, hier S. 122.

680 Siegfried Unseld an Helmut Schmidt, Brief vom 11.07.1975. In: DLA, SUA: Suhrkamp. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 19. Schmidt lehnte Unselds Vorschlag mit der Begründung ab, dass sich der Begriff ‚Wiedervereinigung' bereits etabliert habe. Außerdem gehe inzwischen niemand mehr davon aus, dass die Staatsgrenzen von vor 1945 wiederhergestellt würden, und schließlich schüre Unselds Gegenvorschlag einer ‚kommenden Vereinigung' Hoffnungen, die kurzfristig nicht zu realisieren seien (vgl. Helmut Schmidt an Siegfried Unseld, Brief vom 18.09.1975. In: DLA, SUA: Suhrkamp. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 20).

681 Unseld an Schmidt, Brief vom 11.07.1975. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 19.

682 Ebd. Unseld plädierte auch dafür, den 17. Juni als Tag der deutschen Einheit abzuschaffen. Im Brief wird deutlich, dass er den bundesdeutschen Feiertag kritisierte, weil dieser sich auf ein Ereignis in der DDR bezog und damit deren eigenständige staatliche Existenz negierte.

Notiz nach einem Gespräch mit dem Aufbau-Verleger Elmar Faber im Dezember 1989 belegt: „Ich sagte ihm, ‚noch haben wir die Chance einer sozialistischen Alternative zur BRD' – ich glaube das nicht."[683] Diesen hier am Beispiel Unselds dargelegten Mentalitätswandel erklärt Hacke damit, dass eine neue gesamtdeutsche Verfassung die „mühsam erarbeitete Selbstanerkennung der Bundesrepublik und ihres Grundgesetzes entwertet" hätte.[684]

Unselds Haltung lässt sich aber nicht nur mit dem Festhalten am Grundgesetz begründen. Einer Legitimierung bedurfte im Einigungsprozess, d. h. hier bei den Verhandlungen mit Verlagen sowie Autor:innen, schließlich auch die Verlagspraxis. Inwiefern Werkrechte der DDR-Verlage noch Bestand hatten und Verlage der DDR von der westdeutschen Konkurrenz übernommen werden konnten, war teilweise Gegenstand langjähriger juristischer Auseinandersetzung, im Besonderen bezüglich der Enteignung von Privatunternehmen durch die sowjetische Besatzungsmacht und die Regierung der DDR.[685] Eine dringliche Angelegenheit war dementsprechend die Übernahme des Leipziger Insel Verlags. Unseld wies bereits im Dezember 1989 bei Verhandlungen in Ostberlin darauf hin, dass der Insel Verlag als Privatunternehmen 1963 rechtmäßig dem Suhrkamp Verlag angeschlossen wurde, nachdem Anton Kippenberg den Firmensitz bereits 1960 von Leipzig nach Wiesbaden verlegt hatte.[686] Die Übertragung westdeutscher Strukturen auf den Literaturbetrieb der DDR wurde unterstützt von der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik, die Investitionen vor möglichen Unsicherheiten in der Übergangszeit schützen wollte.[687]

Unseld nutzte die unternehmerischen Möglichkeiten, die sich durch den Beitritt der DDR boten: Expansion der Unternehmensgruppe, des Programms, des Vertriebs und der Werkrechte. Hatte er während der Zeit der deutschen Teilung den Literaturaustausch als Mittel zur Aufrechterhaltung einer kulturell verstandenen nationalen Gemeinschaft gerechtfertigt, ließen sich die Übernahmen im Kulturbetrieb jetzt als teleologische Zusammenführung darstellen. Die vermittelnde Verlagspraxis während der deutschen Teilung ermöglichte es, den Suhrkamp Verlag im Einigungsprozess durch die Übernahme von Autor:innen und des Leipziger Insel Verlags sowie durch die Ausweitung des Vertriebsgebiets neu aufzustellen und dabei den unternehmerischen Gewinn noch als Beitrag zur

683 Siegfried Unseld: Gespräch mit Elmar Faber am Sonntag, dem 3.12.1989 in Frankfurt, Notiz vom 5.12.1989. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

684 Hacke: Die Bundesrepublik als Idee, S. 122.

685 Vgl. Links: Das Schicksal der DDR-Verlage, S. 10 – 13.

686 Unseld: Reisebericht Ost-Berlin, 22./23. Dezember 1989. In: S.U.: Reiseberichte, S. 288.

687 Vgl. Helmut Wiesenthal: Die Transformation der DDR. Verfahren und Resultat. Gütersloh 1999, S. 9.

nationalen Einheit zu deuten.[688] Innerhalb des ostdeutschen Verlagsnetzwerks musste Unseld allerdings im Hinblick auf die zukünftige Zusammenarbeit um Verständnis für seine Eigentumsansprüche werben: „Ich versuche ja dem Kapitalismus ein menschliches Gesicht zu geben", schrieb er nach seinem Aufenthalt in Ostberlin im Dezember 1989 in einer Gesprächsnotiz.[689] Seine Argumentation im geteilten Deutschland, in der es zwar nie darum ging, das Projekt eines sozialistischen Staates zu unterstützen, die aber von Interesse und Verständnis für manche Ideen sowie die Umstände und Erfahrungen in der DDR geprägt war, steht in einem Spannungsverhältnis zu offensiven Postulaten der Überlegenheit des westdeutschen Systems. Es verdeutlicht die teilweise ambivalente Wechselwirkung von Einstellungen, Haltungen und Orientierungen mit den Praktiken des Verlags.

2 Steuernachlass und Bundesverdienstkreuz. Zur kulturpolitischen Funktion der Verlagspraxis

Während der deutschen Teilung konnte Unseld die Verlagspraxis im Literaturaustausch mit kulturpolitischen Zielen wie der Aufrechterhaltung einer kulturell verstandenen nationalen Einheit, der Liberalisierung der DDR durch Literatur und der Unterstützung von Autor:innen gegen das SED-Regime begründen. Unseld sah sich also in einer homologen Position zu politischen Entscheidungsträgern, deren Nähe er immer wieder suchte. Dies belegen zum einen Archivdokumente, zum anderen Unselds Praktiken rhetorischer Selbstpositionierung. Aus der Interpretation und Darstellung der Verlagspraxis als kulturpolitische Arbeit zog er Kapital. Sie brachte ihm Auszeichnungen und Preise der Regierungen von Bund und Ländern. In den Begründungen spielte hierbei immer das gesellschaftliche Engagement des Verlags bzw. des Verlegers, nicht zuletzt im Literaturaustausch eine Rolle.

Unseld nutzte die Arbeit des Verlags sogar, um beim hessischen Finanzminister um Steuernachlass zu bitten. Im Frühjahr 1971 wandte er sich an Rudi Arndt, um aus seiner Position als Verleger finanzielle Vorteile für den Verlag zu schlagen. Seine Bitte um Unterstützung bei einer Steuernachforderung begründete er damit, dass der Suhrkamp Verlag

688 Vgl. Teil I, Kapitel 1989.

689 Unseld: Gespräch mit Elmar Faber am Sonntag, dem 3.12.1989 in Frankfurt, Notiz vom 5.12.1989.

> ein anspruchsvolles literarisches und kulturpolitisches Programm realisiert und damit fraglos kulturelle Arbeit für die Öffentlichkeit geleistet [hat]. Ich darf auch betonen, daß das ideologische Konzept des Verlages den gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Gegenwart entspricht, wie sie von der heutigen Bundesregierung, aber auch vom Land Hessen und der Stadt Frankfurt vertreten werden.[690]

Unselds Identifikation mit dem politischen Programm der Bundesrepublik, vor allem in den siebziger Jahren, wurde auch von politischer Seite konsekriert. Mehrfach erhielt er das Bundesverdienstkreuz und andere staatliche Auszeichnungen,[691] wurde zu Gesprächen mit hochrangigen Politikern wie Helmut Schmidt sowie Reisen in die Tschechoslowakei oder die USA eingeladen. Als er 1973 das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse erhielt, bedankte er sich bei dem damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann, indem er den Verlag als Mittlerorganisation der Bundesregierung darstellte: „Seien Sie versichert, daß ich diese Anerkennung durchaus ernst nehme. [...] [S]ie ist mir auch Impuls, meine Arbeit und die meiner Verlage weiterhin dem ‚Staat und dem Volk' zu widmen."[692] In der Überzeugung mit dem Verlegen von Literatur dem deutschen Staat und der Gesellschaft zu dienen, äußert sich die Assoziation des Verlegerberufs mit einem politischen Amt. Die Gegenüberstellung von „Staat und Volk" gleicht dem Amtseid des Bundespräsidenten, sich „dem Wohle des Volkes"[693] zu widmen und die politische Ordnung zu achten. Sie stellt Unselds Position als homolog zur Exekutive der Bundesregierung dar und legt einen hierarchischen Unterschied zum Publikum des Verlags fest. In der Verwendung des Begriffs ‚Volk' klingt Unselds Verständnis von einer deutschen ‚Kulturnation' an, die Sprache, Kultur und Geschichte miteinander teilt und die in seiner Vorstellung auch die DDR umfasste.[694]

Unseld suchte immer wieder den Kontakt zu Politikern. Er gratulierte Heinemann zu seiner Wahl zum Bundespräsidenten[695] und veröffentlichte später

690 Siegfried Unseld an Rudi Arndt, Brief vom 27.04.1971. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

691 1973 Verdienstkreuz 1. Klasse, 1977 Goethe-Plakette der Stadt Frankfurt a.M., 1979 Großes Verdienstkreuz, 1981 Wilhelm-Leuschner-Medaille des Landes Hessen, 1984 Ricarda-Huch-Preis der Stadt Darmstadt, 1990 Hessischer Verdienstorden, 1993 Großes Verdienstkreuz mit Stern, 1999 Hessischer Kulturpreis, 2000 Verdienstorden des Landes Baden-Württemberg.

692 Siegfried Unseld an Gustav Heinemann, Brief vom 23.01.1973. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

693 Art. 56 Satz 1 GG: https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_56.html (zuletzt eingesehen am 5.05.2022).

694 Vgl. Kapitel 2.

695 Vgl. Siegfried Unseld an Gustav Heinemann, Brief vom 13.03.1969. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

seine Reden und Schriften.[696] Heinrich Lübke versorgte er zu dessen Bundespräsidialzeit mit zeitgenössischer Literatur.[697] Mit Schmidt setzte er sich öfter brieflich und persönlich über politische Denkweisen und Formulierungen auseinander.[698] Auch mit Klaus Höpcke, damals stellvertretender Kulturminister der DDR und Leiter der Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel, verbanden ihn und seine Frau Ulla Unseld-Berkéwicz ein freundschaftliches Verhältnis.[699]

Auch an seinem Verhältnis zu Schmidt wird deutlich, dass Unseld die Vorstellung hatte, in gleichartiger Position mit den Ranghöchsten der Politik zu stehen. In einem Brief vom Sommer 1975 kommentierte er Schmidts kritisches Verhältnis zum theoriegeleiteten Handeln im Vorwort zum Band *Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie* und verglich in der Wir-Form seine verlegerische Tätigkeit und diejenige des Bundeskanzlers miteinander: „Wenn wir entscheiden, entscheiden wir[...] im Grunde genommen aus sittlichen Gründen. Unser Gewissen spricht also bei diesen Entscheidungen mit, und das heißt, daß es doch so etwas wie ein Wissen von Gut und Böse gibt, das letztlich theoretisch ist.“[700]

Am 16. Oktober 1977 war Unseld mit Heinrich Böll, Siegfried Lenz und Max Frisch bei Schmidt im Bundeskanzleramt eingeladen – ein Treffen, dass Unseld ausführlich in der Chronik festgehalten hat.[701] Der Bundeskanzler war zu dieser Zeit in die politische Krise des so genannten Deutschen Herbstes involviert: Anfang September war der Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer entführt worden und Schmidt war am Tag des Gesprächs in die Verhandlungen um das ebenfalls entführte Lufthansa-Flugzeug Landshut eingebunden. Laut Unselds Bericht verließ Schmidt immer wieder den Raum, um Entscheidungen in der politischen Krise zu treffen.[702] Auf der Rückfahrt mit Frisch diskutierte Unseld seine Eindrücke von der politischen Verantwortung des Bundeskanzlers und kam

696 Vgl. Gustav Heinemann: Reden und Schriften. Band I–III. Reden des Bundespräsidenten 1969 – 1974. Frankfurt a. M. 1975 – 1977; G.H.: Präsidiale Reden. Frankfurt a. M. 1975.

697 Vgl. Siegfried Unseld an Heinrich Lübke, Brief vom 28.09.1964. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

698 Vgl. Kapitel 2.2.

699 Vgl. Gespräch mit Klaus Höpcke am 17. November 2014. Siehe Anhang, Gespräche, Nr. 4. Siegfried Unselds Verhältnis zur Politik kann hier nur in Bezug auf sein Berufsverständnis und seine Beziehung zur DDR beurteilt werden. Für eine systematische Studie zu Unselds Politikverständnis und seinem breiten Netzwerk an Politikern fehlte bislang der notwendige Zugang zu Quellenmaterial.

700 Unseld an Schmidt, Brief vom 11.07.1975. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 19.

701 Vgl. Siegfried Unseld: Chronik. Eintrag vom 16.10.1977. In: Fellinger/Reiner (Hg.): Siegfried Unseld, S. 187 – 189; Jan Bürger: Herrenrunde mit Panzerwagen. Ein Kommentar. In: ZIG IV (2010), 4, S. 107 – 110.

702 Vgl. Unseld: Chronik. Eintrag vom 16.10.1977, S. 187.

zu einem Schluss, der zeigt, wie weit seine Identifikation mit den politischen Entscheidungsträgern ging: „Auch ich nahm in dieser Nacht Abschied von Vorstellungen irgendwann einmal ein politisches Amt auszuüben.“[703]

Unseld übernahm, wie bereits erwähnt, immer wieder Ideen und Slogans aus dem Bereich der (Kultur-)Politik, um sich selbst und die Verlagspraxis darzustellen. Aus Anlass des 25-jährigen Bestehens der Mauer zwischen Ost- und Westdeutschland formulierte Unseld in der Chronik: „Die Teilung nicht nur Deutschlands, sondern die der Welt in West und Ost. Solange es die Mauer gibt und der Zugang also zu ist, muß die deutsche Frage offen bleiben, wie die Konflikte West/Ost gelöst werden müssen, wenn wir überleben wollen.“[704] Er übernahm damit Redeweisen hochrangiger Politiker der Zeit, z. B. aus einem Vortrag des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker auf dem 21. Deutschen Evangelischen Kirchentag[705] oder aus der Gedenkrede Helmut Kohls zum Bau der Mauer am 13. August 1986.[706] An seiner Abhandlung *Verleger als Beruf*[707] zeugt bereits der Titel von dem Bezug zu Max Webers Vortrag *Politik als Beruf*.[708] Darin stellt Weber eine Typologie von Politikern auf und reflektiert das Verhältnis von Verantwortungs- und Gesinnungsethik im politischen Handeln. Unseld hat sich mit Webers Schrift beschäftigt und bezog von dort wesentliche Aspekte seines Politikbegriffs. Der verlegerische Beruf sei ebenso wie der politische „ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß“, so Unselds Worte,[709] der damit im Sinne Webers „jede Art selbstständig leitender Tätigkeit“ zur politischen Handlung erklärte.[710]

---

703 Unseld: Chronik. Eintrag vom 16.10.1977, S. 188. Vgl. Bürger: Herrenrunde mit Panzerwagen. Ob „auch“ Max Frisch darüber nachdachte, ein politisches Amt auszuüben, lässt sich aufgrund von Unselds Formulierung nur vermuten. Es wird in der Chronik nicht weiter ausgeführt.

704 Siegfried Unseld: Chronik, Eintrag vom 13.08.1986. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

705 Von Richard von Weizsäcker stammt der Satz: „Die deutsche Frage ist so lange offen, als das Brandenburger Tor zu ist.“ (Richard von Weizsäcker: Die Deutschen und ihre Identität. Kiel 1986, S. 78).

706 Darin heißt es: „Solange es Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl gibt, kann von Normalität in Deutschland keine Rede sein. […] Solange Deutschen die Freiheit vorenthalten wird, solange grundlegende Menschen- und Bürgerrechte mitten in Deutschland verletzt werden – solange bleibt auch die deutsche Frage offen.“ (Helmut Kohl: Ansprache bei der Gedenkstunde zum 25. Jahrestag des Mauerbaus am 13. August 1986 in Berlin, Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung Nr. 93 (15.08.1986): https://www.bundeskanzler-helmut-kohl.de/seite/13-august-1986/ (zuletzt eingesehen am 5.05.2022)).

707 Vgl. Unseld: Verleger als Beruf.

708 Vgl. Max Weber: Politik als Beruf. In: M.W.: Gesamtausgabe. Abteilung I: Schriften und Reden. Band 17. Hg. von Wolfgang J. Mommsen u. a. Tübingen 1992, S. 113 – 252.

709 Unseld: Verleger als Beruf, S. 23.

710 Weber: Politik als Beruf, S. 157.

1984 notierte Unseld aus Anlass seiner Auszeichnung mit dem Ricarda-Huch-Preis in der Chronik:

> In der FAZ-Meldung, die Reich-Ranicki ja formulierte, wird mein Eintreten für die Autoren aus der DDR ‚von Ernst Bloch und Bertolt Brecht bis Uwe Johnson und Thomas Brasch' gewürdigt.
>
> Ich lese nach in den Reden zur Preisverleihung 1981 an Reich-Ranicki. Dort sprach Stadtrat Peter Benz, daß Sabais diesen Preis eingerichtet habe, einen „Literarischen Preis", „der das Bewusstsein der Deutschen von der Einheit ihrer nationalen Kultur wachhalten, die Gemeinsamkeit der Sprache und der Überlieferung pflegen oder der Idee der Wiedervereinigung der getrennten Teile Deutschlands in Frieden und Freiheit und mit dem Verfassungsgebot der Menschenrechte dienen soll, wie es im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland postuliert ist".[711]

Obwohl mit dem Preis die Förderung ehemaliger Exil- und aus der DDR emigrierter Autor:innen gewürdigt werden sollte, bringt die Chronik das verlegerische Handeln mit politischen Zielen in Verbindung. Suhrkamps gesamtdeutsche Programmpolitik erscheint in dem Chronik-Eintrag als Engagement für den Erhalt der deutschen ‚Kulturnation', wenn nicht sogar als Beitrag zur staatlichen Vereinigung. Die Leistungen des Verlags lagen so gesehen in der Erinnerungsarbeit sowie der Sprach- und Traditionspflege durch die Produktion und Verbreitung von Literatur, die auf das Bewusstsein der Öffentlichkeit einwirkte. In seiner Darstellung positionierte Unseld sich als alleiniger Förderer der Autor:innen der DDR im Verlag, ohne zu erwähnen, dass er das Handeln des Verlags zwar leitete und verantwortete, aber maßgeblich, gerade in Bezug auf die Literatur der DDR, auf seine Lektor:innen und die kollektive Funktionsweise des Verlags angewiesen war.[712] Der Preis bedeutete für ihn eine Konsekration seiner Person, nicht des Verlags. Das Possessiv „mein" verdeutlicht deshalb die Differenz zwischen dem öffentlichen Diskurs, zu dem auch die Chronik als im Hinblick auf Veröffentlichung verfasstes Dokument zu sehen ist, und der Verlagspraxis. Die Verlagsarbeit ist eine kollektive Leistung, für die Unseld als Verleger haftete. Es liegt nahe, dass er folglich auch bei einer solchen Konsekration durch Preise für den Verlag ‚haftete', weil seine Rolle gerade in Bezug auf die DDR eine repräsentative und entscheidende Funktion war, während die Expertise zur Struktur und Funktionalität des literarischen Felds der DDR sich auf den gesamten Verlag verteilte.

---

711 Siegfried Unseld: Chronik, Eintrag vom 24.03.1984. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

712 Im „Instinkt für Mitarbeiter" sieht Rudolf Rach die große Leistung Unselds als „bemerkenswert guter Unternehmer". (Gespräch mit Rudolf Rach am 28.03.2014. Siehe Anhang: Dokumente, Gespräche Nr. 1, S. 573).

3 Volker Brauns *Die Zickzackbrücke* im Einigungsprozess

Der Verlag vertrat seine Position im Einigungsprozess so eindeutig, dass Lektorin Borchers und Verleger Unseld 1991 damit auch die Ablehnung eines Manuskripts von Braun begründeten, der seit 1966 seine Werke kontinuierlich im Suhrkamp Verlag veröffentlicht hatte. Beim Manuskript *Die Zickzackbrücke* handelte es sich um eine Zusammenstellung aus veröffentlichten und unveröffentlichten Texten, die in den Jahren 1988 bis 1991 entstanden waren und den gesellschaftlichen und politischen Wandel der Zeit reflektieren, weshalb Braun sie zeitnah bei Suhrkamp, seinem neuen Verlag nach der Vereinigung veröffentlichen wollte. In der Kombination belegen die Gespräche, Gedichte und Kurztexte die intensive Auseinandersetzung des Autors mit dem Zeitgeschehen. Braun kritisiert in den Texten die gesellschaftliche Dynamik im Einigungsprozess – im Bild der für böse Geister unpassierbaren Neun-Biegungen-Brücke verdichtet – und verarbeitet auch deren Implikationen für das lyrische und erzählende Ich. Die Texte konstatieren einen fundamentalen Ost-West-Gegensatz, der weder zur Verlagspraxis noch in die Debatte um einen schnellen Einigungsprozess nach 1990 passte, denn Artikel 35 des Vertrags zur Herstellung der Einheit Deutschlands behauptete, wie erwähnt, dass Kunst und Kultur in den Jahren der Teilung Garanten einer fortbestehenden Einheit gewesen seien.[713] Unseld hatte, wie gezeigt, politisch an der kulturellen Einheit Deutschlands festgehalten und befürwortete die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik. Die totalitäre Unterdrückungspolitik der DDR lehnte er ab, auch aufgrund der Erfahrungen, die er mit den Autor:innen der DDR gemacht hatte. Seine Haltung, so wird deutlich werden, differenzierte im Teilungsdiskurs nicht zwischen der DDR als Staat und sozialistischen Ideen zur Gestaltung eines politisch-gesellschaftlichen Systems, was auch als Grund für seinen Dissenz mit Luhmann angesehen werden kann.

Borchers, die den Band begutachtete, und Unseld, der im Antwortbrief die Haltung des Verlags vertrat, reagierten dementsprechend ablehnend.[714] Beide störte vor allem, dass Braun eine einseitige Kritik am Konsum im westdeutschen Kapitalismus formulierte, ohne die Vorzüge einer westlichen Demokratie zu benennen. In der Vehemenz mancher Formulierungen, vor allem im Gutachten von

713 Vgl. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag), Art. 35, Satz 1: http://www.gesetze-im-internet.de/einigvtr/art_35.html (zuletzt eingesehen am 5.05.2022).

714 Vgl. Elisabeth Borchers: Volker Braun: „Die Zickzackbrücke". 111 Seiten. Gedichte, Erzählungen, Interviews. Gutachten vom 28.10.1991; Siegfried Unseld an Volker Braun, Brief vom 31.10.1991. In: DLA, SUA: Suhrkamp. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 11.

Borchers, bricht außerdem eine bislang noch unerwähnte emotionale Ebene der Verlagspraxis durch („Auf S. 95 das Gedicht, das schon einmal in der ZEIT abgedruckt war und mich damals schon in Harnisch versetzte.“[715]), die sich im Folgenden noch öfter zeigen wird.

Brauns Haltung lässt sich mit der These Luhmanns von der Niederlage des sozialistischen Wirtschaftssystems und den mangelnden Errungenschaften der Bundesrepublik vergleichen, mit der auch der Bielefelder Soziologe sich Unselds Unwillen zugezogen hatte.[716] Borchers und Unseld verlangten jedoch von Braun, wie schon in der Auseinandersetzung mit Luhmann, eine ‚ausgewogene‘ Darstellung der Verhältnisse aus verschiedenen Perspektiven, zumal es in diesem Fall um eine Verlagspublikation ging.

Unseld beharrte auf seinem Glauben an die demokratische Grundordnung. Ein Buch, dass inhaltlich so sehr von den Haltungen und Einstellungen des Verlags abwich, konnte, obwohl der Autor seit mehr als dreißig Jahren dazu gehörte, nicht in diesen Zusammenhang integriert werden. „[M]an muß nicht alles, was man einmal formulierte, dann auch für den Druck aufbewahren“,[717] riet Unseld seinem Autor Braun, was nicht nur als bissige Begründung seiner ablehnenden Haltung zu verstehen ist. Der Ratschlag ist auch das Ergebnis einer Konfliktsituation, in der sich Praktiken „nicht in einen sinnvollen Zusammenhang mit den anderen Praktiken einer Lebensform und dem von diesen konstituierten Interpretationsrahmen“ bringen lassen, und zeugt von den unterschiedlichen Passungsverhältnissen der Werke eines Autors.[718] Damit ist gemeint, dass sich bei diesem Werk zu diesem Zeitpunkt und unter den historisch-politischen Bedingungen die vertretenen Positionen nicht miteinander vereinen ließen. Die verlegerische Kritik ist ein Beleg dafür, wie das Werk eines Autors mit dem vom Verlag geführten politischen Diskurs in Konflikt geraten konnte. Sie verdeutlicht außerdem, dass Borchers und Unseld Literatur der DDR als realistisch und wirklichkeitsnah wahrnahmen, die somit auch nach dem Ende der DDR als Informationsquelle über psychosoziale Entwicklungen dienen können sollte.[719] Weil Brauns Kritik nicht mit dem Verlagsprogramm übereinstimmte, ließ Unseld seinen Autor wissen: „Und dann fallen Sätze, die ich nicht verstehe und die ich als Verleger auch nicht veröffentlichen möchte.“[720]

---

715 Borchers: Volker Braun: „Die Zickzackbrücke“. Gemeint ist das Gedicht *O Chicago! O Widerspruch!* Vgl. Volker Braun: Die Zickzackbrücke. Ein Abrißkalender. Halle Verlag 1992, S. 81.

716 Vgl. Kapitel 2.3.

717 Unseld an Braun, Brief vom 31.10.1991. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 11.

718 Jaeggi: Kritik von Lebensformen, S. 114.

719 Vgl. zu den Wertungskriterien von Literatur der DDR ausführlich Teil III.

720 Unseld an Braun, Brief vom 31.10.1991. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 11.

Einige Beispiele für Brauns Kritik und Unselds Wahrnehmung lassen sich anführen: In dem Gespräch mit der ungarischen Tageszeitung *Népszabadság* und deren Kulturredakteur Karoly Vörös unter dem Titel *Lösungen für alle* kritisiert Braun mit der Metapher des Wiener Schnitzels die westliche Konsumorientierung und Kapitalisierung des Lebens, die für ihn unmittelbar mit einem „Zirkus der Parteien“[721] einhergehen:

> Das Wiener Schnitzel ist zu wenig für unsere Appetite, ein kleiner ungarischer Raubkapitalismus produzierte womöglich eine Eindrittelgesellschaft, und die neue soziale Not wird die Volksrepublik ganz in den Westen driften lassen oder in eine neue sozialistische Unruhe; und die Frage ist, ob es nicht etwas Moderneres gibt als den Zirkus der Parteien, eine Demokratie der Basis, eine Demokratie, die L ö s u n g e n f ü r a l l e [Herv. im Original, A.J.] will.[722]

In dem Text drückt sich Brauns damalige Überzeugung von einem dritten, basisdemokratischen Weg für Deutschland aus: weder die „Kapitalisierung der ganzen Welt“ in einem Parteiensystem, das mehr mit sich selbst beschäftigt ist und nur noch zur Belustigung des Publikums dient, noch der Sozialismus der DDR erschienen ihm als gangbare Lösung, sondern eine „Demokratie der Basis“ galt ihm als Alternative.[723] Unseld stellte Brauns politisches Szenario jedoch grundlegend in Frage: „Soll das eine Lösung sein: ‚Volkseigentum plus Demokratie made in GDR‘?“[724] Zwei Standpunkte des Einigungsdiskurses stießen aufeinander: Brauns, der an die Idee des Sozialismus glaubte und sie nach wie vor auch in Staat und Gesellschaft verankert sehen wollte, und Unselds, der im Untergang der DDR eine Bestätigung der parteiendemokratischen und kapitalistischen Verfasstheit der Bundesrepublik sehen konnte.

Das bereits erwähnte Gedicht *O Chicago! O Widerspruch!* formuliert eine Antwort auf Brechts Gedicht *Vom armen B.B.*, der in der ersten Zeile angesprochen und als Referenz einer sozialistischen Kritik aufgerufen wird:

> Brecht, ist Ihnen die Zigarre ausgegangen?
> Bei den Erdbeben, die wir hervorriefen
> In den auf Sand gebauten Staaten.
> Der Sozialismus geht, und Johnny Walker kommt.
> Ich kann ihn nicht an den Gedanken festhalten
> Die ohnehin ausfallen. Die warmen Straßen
> Des Oktober sind die kalten Wege

721 Volker Braun: Lösungen für alle. In: V.B.: Die Zickzackbrücke, S. 43 – 47, hier S. 46.
722 Ebd.
723 Ebd.
724 Unseld an Braun, Brief vom 31.10.1991. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 11.

> Der Wirtschaft, Horatio. Ich schiebe den Gum in die Backe
> Es ist gekommen, das nicht Nennenswerte.[725]

Den Untergang von DDR und Sowjetunion erlebt das lyrische Ich als schwindenden Sozialismus und Ankunft Johnny Walkers, ohne seinen eigenen Standort zu verändern. Was nun kommt, „das nicht Nennenswerte", sind kapitalistischer Fortschritt, (Alkohol-)Konsum und ein rein ökonomisches Denken, verdichtet in der Metapher des schottischen Whiskeys dargestellt, der mit dem Marken-Image des *striding man* auf die anglophone westliche Welt verweist. Die Staaten – und nicht wie bei Brecht die „Gehäuse" und „Asphaltstädte" der urbanen Zentren[726] – sind bereits zerstört, und das Ich schafft es nicht an den sozialistischen Ideen festzuhalten, die ihm wie Haare ausfallen, weil sich ihr Zusammenhalt gelöst hat. Unseld aber verstand Brauns Kritik an einem Wirtschaftssystem, das sich an den Gesetzen des Markts orientiert und nur bedingt vom Staat ethisch kontrolliert wird, als allzu verkürzt und daher unausgewogen: „Ich kann viele Deiner Gedanken und Deiner psychohistorischen Gefühle verstehen – auch Enttäuschungen, aber es kann und darf nicht sein, daß Ismen gehen und der einzige, der kommt, ist Johnny Walker."[727]

Bedeutung und Tragweite des Gedichts (und des gesamten Bands) erschließen sich erst in der intertextuellen und diskursanalytischen Interpretation, die ein Verlag bei der Begutachtung eines Manuskripts natürlich nicht durchführt. Unselds Problem lag auch weniger im individuellen Standpunkt Brauns, sondern in der Gefahr, dass dessen Meinung mit der Haltung des Verlags bzw. seines Verlegers assoziiert werden könnte.[728] Inwieweit auch die Anrufung Brechts als Vertreter des Sozialismus der Marketingstrategie des Verlags gerade zum Ende des Kalten Kriegs in die Quere kam, lässt sich nur mutmaßen. Selbst noch im sub-

---

725 Volker Braun: O Chicago! O Widerspruch! In: V.B.: Die Zickzackbrücke, S. 81.

726 Bertolt Brecht: Werke. Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe. Hg. Werner Hecht u. a. Berlin/Weimar/Frankfurt a. M. 1988 – 2000. Bd. 11, S. 119 f.

727 Unseld an Braun, Brief vom 31.10.1991. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 11.

728 Wie eng Suhrkamp als Verlag seine Beziehungen zu den Autor:innen noch immer sieht, zeigte sich zuletzt 2018, als der Verlag sich auf Twitter von den rechtspopulistischen Aussagen Tellkamps distanzierte, die der Autor in einem Gespräch mit Karin Großmann und Durs Grünbein geäußert hatte. In diesem Fall ging es nicht um eine Diversität von Meinungen, die im Verlagsprogramm explizit oder implizit zum Ausdruck kommen, sondern um die Assoziationsmöglichkeit von Autor und Verlag auch außerhalb des Verlagszusammenhangs (vgl. Gerrit Bartels: Suhrkamp distanziert sich von Tellkamp? Das ist erstaunlich. In: Der Tagesspiegel vom 10.03.2018: https://www.tagesspiegel.de/kultur/die-verlage-und-die-rechten-suhrkamp-distanziert-sich-von-tellkamp-das-ist-erstaunlich/21055100.html (zuletzt eingesehen am 5.05.2022)).

jektiven Ausdruck Brauns verlangte Unseld eine ausgeglichene Darstellung des Einigungsprozesses und keine Melancholie im „Nicht-los-lassen-können".[729] Hier steht also eine grundlegende Ablehnung der DDR auf Seiten Unselds im Gegensatz zu Brauns Kritik, die nicht einen auf sozialistischen Ideen gründenden Staat als solchen, sondern nur dessen praktische Gestaltung betrifft.

Bezeichnend für den Umgang des Verlags mit literarischen Genres ist auch der Vorschlag der Lektorin Borchers, nur die Gedichte aufnehmen zu wollen, nicht aber die Prosa.[730] Die Kritik Brauns – in Unselds Worten seiner „Gedanken" und „psychohistorischen Gefühle" – war für sie in Form von Gedichten als subjektiv ästhetisierter Ausdruck noch tragbar, nicht aber in Form von Gesprächen, Tagebucheinträgen und anderen kleinen Formen, die einen faktualen Anspruch auf die Darstellung von Wirklichkeit erheben.

Borchers und Unseld zogen eine Revision des Manuskripts in Betracht. In dem Gespräch *Jetzt wird der Schwächere plattgewalzt* sollte Braun den Satz streichen, in dem er den ehemaligen DDR-Fernsehkommentator Karl-Eduard Schnitzler mit dem westdeutschen CDU-Politiker Volker Rühe vergleicht. Im Gespräch mit dem Theaterkritiker Christoph Funke äußert sich Braun in dem Text retrospektiv zur im Vergleich zur Auflösung des DDR-Systems mangelnden Revision des westdeutschen Systems: „Ich sage nicht, daß es [die DDR, A.J.] nicht mit Recht zugrundegeht: aber das Elend ist, daß das Bleibende so ganz ins Recht gesetzt ist. Schnitzler geht und Rühe kommt. Das Armutszeugnis des historischen Herbstsemesters."[731] Schnitzler war Chefkommentator des DDR-Fernsehens und bekannt für seine polemische Kritik des Westfernsehens in der wöchentlichen Sendung *Schwarzer Kanal*, die von 1960 bis 1989 ausgestrahlt wurde. Der ostdeutschen Protestbewegung Ende der achtziger Jahre galt er als Feindbild und typischer Vertreter des Systems, dessen unkritisches Verhältnis zum eigenen Staat in immer krasserem Widerspruch zur Lebensrealität der Bevölkerung stand.[732] Statt Schnitzler und den *Schwarzen Kanal* mit westdeutschen Pendants der ideologischen Gegenpropaganda zu vergleichen, stellte Braun nun den damaligen CDU-Generalsekretär Volker Rühe auf eine Ebene mit dem Fernsehkommentator. Unseld und Borchers waren sich einig: „Schnitzler und Rühe in einem Atemzug zu

729 Unseld an Braun, Brief vom 31.10.1991. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 11.

730 Vgl. Borchers: Volker Braun: „Die Zickzackbrücke".

731 Volker Braun: Jetzt wird der Schwächere plattgewalzt. In: V.B.: Die Zickzackbrücke, S. 50 – 54, hier S. 52.

732 Vgl. Marc Levasier: „Der schwarze Kanal". Entstehung und Entwicklung einer journalistischen Kontersendung des DDR-Fernsehens. In: Jürgen Wilke (Hg.): Journalisten und Journalismus in der DDR. Berufsorganisation – Westkorrespondenten – „Der schwarze Kanal". Köln u. a. 2007, S. 217 – 313, hier S. 235.

nennen, das überschreitet die Grenze des Zulässigen."[733] Denn als neu gewählter Generalsekretär spielte Rühe unter Helmut Kohl im Einigungsprozess eine zentrale Rolle bei der Integration der Ost-CDU sowie bei den ersten Wahlen im März 1990.

Durch den Vergleich erscheint im Text die CDU-Politik als Fortsetzung eines polemischen Diskurses über die ideologischen Unterschiede der beiden Teile Deutschlands und damit auch als Fortführung einer die Bevölkerung unterdrückenden Politik. Darin äußert sich Brauns Kritik an der rigiden Haltung der CDU im Einigungsprozess, die jegliche Form des Sozialismus ablehnte und eine schnelle Assimilation der ostdeutschen Gesellschaft anstrebte. Borchers sah vor allem die Implikationen eines solchen Vergleichs für einen westdeutschen Verlag: Einen Vergleich, der Schnitzler und Rühe als Vertreter von Unrechtsstaaten gleichsetzte, zu autorisieren, hätte in ihrer Sicht auch auf Verlagsebene eine Äußerung massiver Kritik an der BRD und dem Einigungsprozess bedeutet. Unseld wiederum wollte dies gegebenenfalls selbst als subjektive Meinung seines Autors nicht öffentlich vertreten. Mit dieser Haltung stellte er sich in die Reihe derer, die im Prozess der Auflösung der DDR den gesamten sozialistischen Staat mit all seinen Formen und Elementen negierten. Statt im Verlagsprogramm verschiedene Standpunkte des Einigungsdiskurses und der vom Verlag vertretenen Autor:innen darzustellen, positionierte Unseld sich und den Verlag eindeutig als Befürworter der bundesrepublikanischen Ordnung und als Propagator einer von der deutschen Teilung nicht unterbrochenen nationalen Einheit.

Die Suhrkamp-Braun-Auseinandersetzung verdeutlicht diametrale Haltungen im Einigungsdiskurs, die nicht nur im Umfeld des Verlags vertreten wurden: auf der einen Seite Braun, der sich nach wie vor für eine demokratische Form des Sozialismus einsetzte und deshalb den westdeutschen Kapitalismus kritisierte, damit aber auch in der DDR eine Sonderstellung einnahm, und auf der anderen Seite Unseld als Befürworter eines raschen Assimilationsprozesses, der zwar einen kritischen Diskurs im Verlagsprogramm abbilden wollte, ohne aber den politischen Prozess grundsätzlich in Frage zu stellen. Im Unterschied zum Einwand gegen Luhmanns Deutschlandkritik, stand Brauns Manuskript entgegen, dass dessen Veröffentlichung Brauns Kritik als gültigen Diskursbeitrag legitimiert hätte, auch wenn der Verlag sich inhaltlich hätte distanzieren können. Unseld hatte zwar in den Jahrzehnten zuvor zwischen Ost und West vermittelt, in der Auseinandersetzung um die staatliche Einigung gab es aber – das belegt die Bewertung des Braun-Manuskripts – keinen Kompromiss. Für ihn überwogen die Vorteile der westdeutschen Gesellschafts- und Staatsordnung. Mehr noch: In

733 Unseld an Braun, Brief vom 31.10.1991. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 11.

seiner Haltung zur DDR äußert sich eine Schlussstrich-Mentalität: keine Diskussion über einen dritten Weg, sondern absolutes Ende des DDR-Staats und Assimilation in die BRD, ebenso keine Diskussion über Fehler und mögliche Änderungen des westdeutschen Systems. Der Fall verdeutlicht darüber hinaus, wie der Verlag Textsorten – ob Gedicht oder Prosaformen – sowie die Ko- und Kontextualität von Texten bei seiner Entscheidungsfindung gewichtete. Da Braun ebenso nicht bereit war, das Konvolut der Texte zu teilen oder zu ändern, erschien *Die Zickzackbrücke* statt bei Suhrkamp in einem kleinen Band mit englischer Broschur im Mitteldeutschen Verlag. Einzelne Texte sind jedoch auch in vorausgehenden und nachfolgenden Suhrkamp-Publikationen enthalten.

4 Suhrkamp und die Leipziger Buchmesse

Von 1965 bis 1976 nahm der Suhrkamp Verlag jedes Jahr mit einem eigenen Stand an der Leipziger Buchmesse teil, die zunächst zwei Mal pro Jahr und ab 1973 nur noch im Frühjahr stattfand. Sowohl die Leipziger als auch die Frankfurter Buchmessen galten als „kulturpolitisches Barometer“,[734] d. h. die westdeutsche (und die ostdeutsche) Öffentlichkeit nahm die Praktiken von Verlagen, Börsenvereinen und Messeämtern rund um die Veranstaltung – wessen und welche Bücher ausgestellt, wer eingeladen, worüber in Gesprächen geredet wurde – als Indiz für die Lage der innerdeutschen Beziehungen wahr. In diesen Diskurs war der Suhrkamp Verlag mit seinen Messepraktiken und seinen Haltungen zum Literaturaustausch eingebunden.[735] In den folgenden Kapiteln geht es darum, wie sich der Begründungszusammenhang von Praktiken, Einstellungen und Orientierungen des Verlags zur Teilnahme an der Leipziger Buchmesse entwickelte und zum Diskurs im geteilten Deutschland verhielt. Daran lassen sich die Funktion und der Stellenwert erkennen, die die Messe zum einen für die Verlagspraxis und zum anderen für die Selbstdarstellung des Verlags im Literaturaustausch hatte. Außerdem geht es im Folgenden darum, einen weiteren literaturhistorischen Hintergrund für die Analyse der Verlagspraktiken in Bezug auf Autor:innen und ihre Werke im nachfolgenden Untersuchungsteil aufzuspannen. Ziel ist deshalb nicht die systematische Analyse der Verlagsbeziehungen zur Leipziger Messe, die auch den Lizenzhandel der DDR-Verlage mit Suhrkamp-Publikationen mitbetrachten müsste, sondern den Wandel der Einstellungen und Haltungen des

734 Zeckert: Die Internationale Leipziger Buchmesse, S. 42.

735 Vgl. Berthold Petzinna: Walter Boehlich und die DDR-Verlage. In: Peitsch/Thein (Hg.): Walter Boehlich, S. 211–227, hier S. 216.

Verlags aufzuzeigen. Die erweiterte Perspektive auf das Verhältnis des Suhrkamp Verlags zur Leipziger Buchmesse ergibt zusätzlich eine alternative Periodisierung der Verlagsgeschichte im geteilten Deutschland, mit der ich auch das Archivmaterial strukturiere. Die Herangehensweise ergänzt die in Teil I aufgezeigte Periodisierung anhand der Verlagslabels. Umso bedeutsamer ist es, dass der dort mit der Neukonstituierung des Lektorats sowie der Etablierung eines Programmschwerpunkts unter dem Label ‚DDR-Literatur' festgestellte Umbruch des Jahres 1969 auch mit einer Veränderung der Messepraxis zusammenfällt.[736]

Während ab 1964 Unseld und Cheflektor Boehlich die Teilnahme an der Leipziger Messe als Demonstration für den Erhalt und Ausbau deutsch-deutscher Kooperationen darstellten, die – in Ermangelung anderer kooperativer Strukturen – auch (kultur-)politisch gefördert werden sollten, trat dieses Motiv ab 1969 in den Hintergrund. Erst Ende der sechziger Jahre entspannte sich das Verhältnis des westdeutschen Börsenvereins und der Bundesregierung zur DDR, so dass der Verlag die Ausstellung auf der Leipziger Buchmesse fortan als „Stellvertreterhandeln"[737] positionieren konnte. Nach Beratungen des Lektorats im Jahr 1969 rechtfertigte sich die Präsenz des Verlags in Leipzig von nun an, weniger politisch als literarisch-ökonomisch, vor allem durch den systematischen Aufbau eines deutsch-deutschen Verlagsprogramms. Ab 1973 rückte in der Darstellung des Verlags die Unterstützung der in der DDR bedrängten Autor:innen in den Vordergrund. Suhrkamp betonte seine Rolle als alternativer Publikationsort für Literatur der DDR. Schon 1976 dominierten in der Verlagskommunikation jedoch wieder pragmatische Beweggründe. Mit der erfolgreichen Etablierung des Verlags im Lizenzaustausch vor allem durch Beziehungen zu DDR-Verlagen rentierte sich der Aufwand des Messebesuchs nicht mehr, so dass Suhrkamp ab 1977 keinen eigenen Stand mehr in Leipzig unterhielt. In der Folge entsandte Suhrkamp nur noch eine Delegation aus Lektorat und Herstellung nach Leipzig.

Um die Verlagspraxis historisch und argumentativ einordnen zu können, erläutere ich zunächst die kulturpolitischen Rahmenbedingungen des Literaturaustauschs auf den deutschen Buchmessen, ehe Suhrkamp sich daran beteiligte. Denn die eigenständige Präsentation der Verlagsproduktion sowie der gegenseitige Austausch über das Forum der Messen in Ost und West waren noch Mitte der sechziger Jahre alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Die DDR-Verlage konnten nach der Aufhebung des Frankfurter Messeverbots zwar seit 1955 an der

736 Vgl. Teil I, Kapitel 1969.

737 Vgl. Petzinna: Walter Boehlich und die DDR-Verlage, S. 221.

westdeutschen Buchmesse teilnehmen, wofür Peter Suhrkamp sich maßgeblich eingesetzt hatte, um vor allem dem Aufbau Verlag als wichtigstem Kooperationspartner den Zugang zu ermöglichen.[738] Ein großer Streitpunkt der deutschen Börsenvereine und Grund dafür, dass Verlage dennoch nicht an der Messe des jeweils anderen Deutschlands teilnahmen, blieben aber die Parallelverlage.[739] Kurz nach Kriegsende eröffneten mehrere Verleger nicht ihre traditionellen Verlagshäuser in der Buchstadt Leipzig, sondern ließen sich auf Betreiben der amerikanischen Besatzungsmacht in Wiesbaden nieder. Auf diese Weise blieb jeweils nur ein Teil des Verlags in den ostdeutschen Gebieten, der Verlagssitz befand sich aber im westdeutschen Raum, so dass die Verlage der Kontrolle durch die Sowjetische Militäradministration (SMAD) entzogen waren.[740] Im Zug der gesellschaftlichen Umstrukturierung in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR wurden dann mehrere dieser ehemals privaten Parallelverlage enteignet, und die Verlagshäuser in der DDR gerieten dennoch unter staatliche Kontrolle. So existierten zum Beispiel die Verlage Kiepenheuer, Insel, Reclam oder Brockhaus als geteilte West- und Ostverlage mit identischem Namen.

Während die Zusammenarbeit der gleichnamigen Häuser oft aufrechterhalten wurde,[741] kam es zwischen den deutschen Börsenvereinen zu Konflikten, die sich unter anderem auf den gegenseitigen Austausch auf den Buchmessen auswirkten. Aus Sicht einiger westdeutscher Verleger und des westdeutschen Börsenvereins waren bei der Enteignung Urheber- und Verlagsrechte verletzt worden.[742] Was die Ausstellung der DDR-Verlage in Frankfurt betraf, waren sich dessen Mitglieder jedoch uneins: Die westdeutschen Verleger, deren Verlage in der SBZ und in der DDR enteignet worden waren und die in der BRD ein neues gleichnamiges Verlagshaus eröffnet hatten, befürworteten ein Verbot der gleichnamigen DDR-Verlage in Frankfurt. Sie besaßen ein Veto-Recht gegen deren Ausstellungsanfragen und konnten somit die Teilnahme vieler Verlage, die für den Literaturaustausch von Interesse waren, an der Frankfurter Buchmesse verhindern.[743] Außerdem gab es eine Anzeigensperre für die Buchproduktion der Parallelverlage sowie ein Verbot der Bezeichnung ‚DDR' im westdeutschen Börsenblatt. Die Verleger jedoch, die Autor:innen der DDR veröffentlichten und Geschäftskontakte dorthin

738 Peter Suhrkamp und Ernst Rowohlt hatten beim Frankfurter Börsenverein bewirkt, dass im Herbst 1955 zum ersten Mal nach der deutschen Teilung DDR-Verlage an der westdeutschen Buchmesse teilnehmen konnten (vgl. Frohn: Literaturaustausch, S. 263).

739 Vgl. zur Geschichte der Parallelverlage mit Fallbeispielen den Exkurs ebd., S. 235 – 260.

740 Vgl. ebd., S. 315.

741 Vgl. ebd., S. 312.

742 Vgl. Petzinna: Walter Boehlich und die DDR-Verlage, S. 216.

743 Vgl. Kröger: „Establishment und Avantgarde zugleich"?, S. 318.

unterhielten, sahen in den Buchmessen eine Möglichkeit zur gegenseitigen Begegnung und Information sowie zum lukrativen Lizenzhandel.[744] Dieser Situation entsprechend waren westdeutsche Verlage in Leipzig bis in die sechziger Jahre nur durch Interzonenhandelsfirmen an Gemeinschaftsständen vertreten; erst in den siebziger Jahren nahmen regelmäßig 30 bis 40 Einzelaussteller an der Messe teil.[745]

Die Konfliktlage im Börsenverein und unter den westdeutschen Verlagen verdeutlicht, dass Unseld der Realität der deutschen Teilung und den existierenden Parallelverlagen – zu denen auch Insel gehörte – entsprechend eine pragmatische Haltung einnahm, die zumindest Mitte der sechziger Jahre und im Vergleich zu den offiziellen Positionen des Börsenvereins und der bundesdeutschen Kulturpolitik auch als progressiv angesehen werden kann. Neben seinem Kollegen Ernst Rowohlt trat er zu dieser Zeit als Vertreter und Sprecher der Verlage auf, die den Austausch fördern wollten.

Die Politik des westdeutschen Börsenvereins entsprach in den sechziger Jahren zudem der offiziellen Kulturpolitik.[746] Zwar hatte Egon Bahr, damals Sprecher des Berliner Senats, bereits 1963, nur zwei Jahre nach dem Mauerbau, einen Wandel der innerdeutschen Beziehungen „durch Annäherung“ propagiert,[747] nach wie vor galt aber die Hallstein-Doktrin und damit der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik, die einen bilateralen Austausch der beiden Staaten verhinderte. Erst Willy Brandt förderte zunächst als Bürgermeister von Berlin, später als Bundesaußenminister eine Politik der schrittweisen Kontaktaufnahme,[748] in deren Kontext auch die Verlagsteilnahme an der Leipziger Messe gesehen werden kann. Die Regierung unter Brandt verfolgte dann ab 1969 eine ‚Neue Ostpolitik‘, die die Aufhebung der Hallstein-Doktrin nach sich zog. Mit den Ostverträgen der Bundesrepublik mit der Sowjetunion und der Volksrepublik

744 Vgl. ebd., S. 317 f.

745 Vgl. Zeckert: Die Internationale Leipziger Buchmesse, S. 39 und 44 f. Zu den deutsch-deutschen Handelsbeziehungen auf der Leipziger Messe vgl. auch Patricia F. Zeckert: Die Leipziger Buchmesse, die Börsenvereine und der Mauerbau. In: Deutschland Archiv online 8/9 (2012), Themenheft Deutsch-deutscher Literaturaustausch, 20. 09. 2012: https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/139889/die-leipziger-buchmesse-die-boersenvereine-und-der-mauerbau?p=all (zuletzt eingesehen am 5. 05. 2022).

746 Vgl. Seyer: Die Frankfurter Buchmesse in den Jahren 1967 bis 1969, S. 168.

747 Egon Bahr: Wandel durch Annäherung. Vortrag gehalten am 15. Juli 1963: https://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0091_bah_de.pdf (zuletzt eingesehen am 5. 05. 2022).

748 Vgl. Wilhelm Bleek: Deutschlandpolitik der BRD: http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/deutsche-teilung-deutsche-einheit/43646/deutschlandpolitik-der-brd (zuletzt eingesehen am 5. 05. 2022).

Polen[749] sowie dem Regierungswechsel in der DDR mit Erich Honecker als neuem Generalsekretär[750] begann zumindest offiziell und teilweise auch im kulturellen Bereich eine Entspannungsphase.[751] Beide deutschen Staaten erklärten im Grundlagenvertrag von 1972 ihre gegenseitige völkerrechtliche Anerkennung und den Willen zum Ausbau ihrer Beziehungen, u. a. in Form eines Kulturabkommens, das nach langen Verhandlungen im Jahr 1986 zustande kam.[752]

1965: Demonstration für den Literaturaustausch

Im Juni 1964 bat Unseld Klaus Gysi, den Leiter des Aufbau Verlags, um Rat bezüglich der Präsenz des Verlags auf der Leipziger Buchmesse: „Ich überlege mir sehr, ob der Suhrkamp Verlag nicht doch einmal mit einem Stand dort vertreten sein müsste. Wie denken Sie darüber?“[753] Gysi leitete seit der Inhaftierung des ehemaligen Aufbau-Leiters Walter Janka[754] im Jahr 1957 den Verlag und bestärkte

749 Der Moskauer Vertrag wurde am 12. August 1970, der Warschauer Vertrag am 7. Dezember 1970 unterzeichnet.

750 Erich Honecker wurde am 3. Mai 1971 Nachfolger Walter Ulbrichts als Erster Sekretär (ab 1976 Generalsekretär) des Zentralkomitees der SED.

751 Honeckers Erklärung auf der 4. Tagung des Zentralkomitees der SED am 17. Dezember 1971 wurde als Zeichen der Liberalisierung auf dem Feld der kulturellen Produktion wahrgenommen: „Wenn man von der festen Position des Sozialismus ausgeht, kann es meines Erachtens auf dem Gebiet von Kunst und Literatur keine Tabus geben.“ (Manfred Jäger: Kultur und Politik in der DDR 1945 – 1990. Köln 1995, S. 140).

752 Das Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit wurde am 6.05.1986 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet. Sebastian Lindner sieht die Bedeutung des Abkommens vor allem im erfolgreichen Abschluss des Verhandlungsprozesses, in dem das Verhältnis von Nation und Kultur (einheitliche Kulturnation oder eigenständige sozialistische Kultur) oder auch die Frage nach der Rückführung kriegsbedingt verlagerter Kulturgüter geklärt werden musste. In den Verhandlungen wurden außerdem Zweijahrespläne mit Einzelprojekten vereinbart, die zum Beispiel zu gegenseitigen Ausstellungen des Buchhandels in verschiedenen Städten in den Jahren 1988 und 1989 führten (vgl. Sebastian Lindner: Mauerblümchen Kulturabkommen. In: Deutschland Archiv online 5 (2011), Themenheft Kultur, 18.05.2011: http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/53911/kulturabkommen?p=all (zuletzt eingesehen am 5.05.2022)); S.L.: Zwischen Öffnung und Abgrenzung.

753 Siegfried Unseld an Klaus Gysi, Brief vom 16.06.1964. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

754 Walter Janka leitete von 1950 bis 1957 den Aufbau Verlag und arbeitete in dieser Position mit dem Suhrkamp Verlag zusammen. Im Sommer 1957 wurde er zu fünf Jahren Haft verurteilt, weil er den ebenfalls zu zehn Jahren verurteilten Wolfgang Harich, Cheflektor im Aufbau Verlag, bei seiner Kritik gegen die Politik der SED unterstützt und damit gegen Art. 6 der Verfassung der DDR („Boykotthetze“) verstoßen hatte. Mit ihnen wurden auch die Redakteure der Zeitschrift *Sonntag*

Unseld in seinem Vorhaben.[755] Dass Unseld den Aufbau-Verleger um Rat fragte, ist bezeichnend: Die Verlagskontakte in die DDR liefen zu dieser Zeit vorrangig über die an der Verbreitung der Werke Brechts beteiligten Akteure.[756] Mitte der sechziger Jahre hatte Suhrkamp außerdem Kontakt zum Chefredakteur von *Sinn und Form*, Peter Huchel, den Unseld und Enzensberger auch als Lyriker anzuwerben versuchten.[757] Suhrkamp gab die Stücke von Peter Hacks heraus, hatte Gedichte von Erich Arendt und Günter Kunert sowie ein Stück von Helmut Baierl abgelehnt[758] und interessierte sich für die Theaterstücke von Lange und Müller.[759] In den Verhandlungen um einen Gedichtband von Huchel stand er in Konkurrenz mit vielen westdeutschen Verlagen, die ebenfalls Interesse an einer Veröffentlichung hatten. Bei den Gedichten von Johannes Bobrowski kam Suhrkamp mit seiner Anfrage zu spät, auch dessen Roman erschien nicht bei Suhrkamp.[760] Bereits 1960 hatte Enzensberger festgestellt, dass die Verlagsbeziehungen zum literarischen Feld der DDR einer Systematisierung bedürften.[761] Die Teilnahme an der Messe diente damals also dem weiteren Kontaktaufbau mit Verlagen und Autor:innen, damit Suhrkamp zu einem früheren Zeitpunkt im Publikationsprozess involviert sein und somit seine Position im Lizenzhandel mit der DDR verbessern konnte. Auch Unselds Formulierung signalisiert, dass im Verlag schon länger über eine Teilnahme an der Messe nachgedacht und dies als logische Schlussfolgerung aus den Verlagsbeziehungen angesehen wurde. In den vorangehenden Jahren hatten allerdings der Bau der Mauer und die darauffolgenden Boykottmaßnahmen der bundesdeutschen Regierung eine Teilnahme erheblich

---

verhaftet, die im Aufbau Verlag erschien. Die Prozesse sind umfangreich dokumentiert und wissenschaftlich erforscht (vgl. exempl. Brigitte Hoeft (Hg.): Der Prozeß gegen Walter Janka und andere. Eine Dokumentation. Reinbek bei Hamburg 1990; Judith Marschall: Aufrechter Gang im DDR-Sozialismus. Walter Janka und der Aufbau Verlag. Münster 1994; Guntolf Herzberg: Anpassung und Aufbegehren. Die Intelligenz der DDR in den Krisenjahren 1956/58. Berlin 2006).

755 Vgl. Klaus Gysi an Siegfried Unseld, Brief vom 20.06.1964. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

756 Vgl. Teil I, Kapitel 1949.

757 Vgl. Hans Magnus Enzensberger an Peter Huchel, Brief vom 20.04.1960 und Siegfried Unseld an Peter Huchel, Brief vom 16.06.1961. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

758 Vgl. Siegfried Unseld: Reiseberichte Berlin, 19. – 22.06.1961 und 24.10. – 2.11.1962. In: DLA, SUA: Suhrkamp. Vgl. zur Ablehnung von Günter Kunert auch Teil III, Kapitel 1.3.1.

759 Vgl. Siegfried Unseld: Reisebericht Berlin, 22. – 30.04.1964. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

760 Vgl. Siegfried Unseld: Reisebericht Saulgau, Tagung der Gruppe 47, 24. – 28.09.1963. In: DLA, SUA: Suhrkamp. Die ersten beiden Gedichtbände *Sarmatische Zeit* (1961) und *Schattenland Ströme* (1962) erschienen in der BRD bei der Deutschen Verlags-Anstalt, den Roman *Levins Mühle* (1964) verlegte der S. Fischer Verlag. Vgl. zu Bobrowski im deutsch-deutschen Literaturaustausch auch Frohn: Literaturaustausch, S. 346 – 369.

761 Vgl. Hans Magnus Enzensberger: Reisebericht Leipzig, 26. – 31.03.1960. In: DLA, SUA: Suhrkamp. Vgl. Kapitel 5.3.

erschwert. Zeckert bewertet die Attraktivität des neuen Messehauses am Markt als Grund für die Wiederaufnahme der innerdeutschen Handelsbeziehungen auf der Messe ab 1963.[762]

1964 stellte der Verlag nicht aus, da die Vorbereitungszeit zu knapp gewesen wäre und Unseld außerdem gleichzeitig beim Treffen der Gruppe 47 in Schweden anwesend sein wollte.[763] Beide Veranstaltungen, die Messe und die erste Auslandstagung der Gruppe 47 waren wichtige Veranstaltungen, um den Verlag zu repräsentieren und dessen Netzwerk auszubauen. Statt Unseld besuchte Cheflektor Boehlich die Messe, damit der Verlag offiziell vertreten war.[764] Im darauffolgenden Jahr hatte der Suhrkamp Verlag dann einen eigenen Stand auf der Leipziger Buchmesse.

In seiner Korrespondenz mit Klaus Gysi stellte Unseld die Präsenz seines Verlags auf der Messe in einen kulturpolitischen Kontext: „[I]ch folge Ihrer Einladung nach Leipzig auch weil ich weiß, daß ich damit Ihnen und unserer gesamtdeutschen Sache diene.“[765] Aufgrund der offiziellen Formulierung, Suhrkamp reagiere auf eine Einladung und diene damit den Interessen des DDR-Verlags, nehme ich an, dass sich der Brief implizit auch an die zuständigen Behörden der DDR richtet, um dem westdeutschen Verlag die Teilnahme in Leipzig zu ermöglichen oder die Einreise zu erleichtern. In der DDR hatte die Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel 1964 die Kontrolle der gesamten Branche übernommen, und es herrschte in diesem „kurze[n] Sommer der DDR“ eine Zeit der Liberalisierung, die das 11. Plenum des Zentralkomitees der SED im Dezember 1965 beendete.[766] Worauf konkret Unseld mit der „gesamtdeutschen Sache“ anspielte, lässt sich aus dem Archivmaterial nicht rekonstruieren. Vermutlich deutet er aber sein Einvernehmen mit Gysis Engagement an, der sich als Vorsitzender des Börsenvereins in Leipzig – und als Geheimer Informant der Staatssicherheit unter dem Decknamen ‚Kurt‘ – nach dem Mauerbau für die wechselseitige Teilnahme aller Verlage an den Buchmessen in Ost und West einsetzte.[767] Nicht nur Suhr-

762 Vgl. Zeckert: Die Leipziger Buchmesse.

763 Vgl. Siegfried Unseld an Klaus Gysi, Brief vom 7.12.1964. In: DLA, SUA: Suhrkamp. Beim Treffen der Gruppe 47 in Sigtuna trug Günter Grass die ersten beiden Akte seines Stücks *Die Plebejer proben den Aufstand* vor, in dem er die Rolle Brechts im Arbeiteraufstand des 17. Juni 1953 verarbeitete. Es ist anzunehmen, dass Unseld Wert darauf legte an der Diskussion teilzunehmen, um die Identität der Marke ‚Brecht‘ zu schützen (vgl. Marmulla: Enzensbergers Kursbuch, S. 79). Vgl. Kapitel 5.3.

764 Vgl. Siegfried Unseld an Klaus Gysi, Brief vom 29.06.1964. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

765 Siegfried Unseld an Klaus Gysi, Brief vom 4.06.1965. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

766 Gunnar Decker: 1965. Der kurze Sommer der DDR. München 2015.

767 Vgl. Zeckert: Die Leipziger Buchmesse.

kamp, auch der Aufbau Verlag öffnete sich in dieser Zeit für die neuere deutsche Literatur, die außerhalb der DDR entstand.[768] Vermutlich stimmte Unseld also zu, dass sich durch die öffentlichkeitswirksame Teilnahme Suhrkamps (und anderer westdeutscher Verlage) an der Leipziger Buchmesse auch die Teilnahme der DDR-Verlage in Frankfurt normalisieren und letztlich den Literaturaustausch erleichtern und ausbauen ließe. Vor dem Hintergrund der bundesdeutschen Kulturpolitik könnte die potentielle Messeteilnahme auch als subversives Eintreten Unselds für den Erhalt einer kulturell verstandenen nationalen Einheit wirken, die sich wenigstens in den Verlagsprogrammen von Suhrkamp und Aufbau erreichen ließ, wie bereits die Verwendung des Labels ‚gesamtdeutsch' im Autorenmarketing zu dieser Zeit gezeigt hat.[769] Auch der Börsenverein in Frankfurt hatte im Herbst 1964 allerdings von seinen Einwänden gegen eine Teilnahme der Verlage in Leipzig Abstand genommen.[770]

Im Jahresbericht von 1965 bilanzierte Cheflektor Boehlich die Teilnahme an den Buchmessen in Leipzig und Warschau:

> Nützlich und sinnvoll für den Verlag werden sich der Besuch sowohl der Warschauer als auch der Leipziger Buchmesse auswirken – soweit das Lectorat daran beteiligt war und betroffen wurde. Der Verlag hat damit etwas unternommen, was er sich und der Lage der Dinge schon seit längerer Zeit schuldig war. Da der Besuch der beiden Messen weniger von merkantilen als vielmehr von politischen Gesichtspunkten bestimmt war, werden sich seine Folgen zunächst mehr auf sein Prestige als auf seine Wirtschaftlichkeit auswirken, aber politisches Handeln gehört zu den notwendigen Aufgaben eines Verlages, der weder sein Programm noch seine Autoren zufällig gefunden hat.[771]

Boehlich zufolge entsprach der Verlag mit der Teilnahme an den Buchmessen in Leipzig und Warschau erstens einer Entwicklung, die im eigenen Verlag durch die Aufnahme von Autoren der DDR und aus den osteuropäischen Staaten stattgefunden hatte. Zweitens reagierte er auf aktuelle Entwicklungen im literarischen Feld. Im Herbst 1964 hatten bereits 35 DDR-Verlage in Frankfurt ausgestellt,[772] woraufhin Unseld seinen Gegenbesuch in Leipzig plante. Verlage wie Luchterhand, Rowohlt und Suhrkamp veröffentlichten ein deutsch-deutsches Programm und hatten deshalb Interesse an einem Lizenzhandel mit der DDR, der traditionell

768 Vgl. Carsten Wurm: Jeden Tag ein Buch. 50 Jahre Aufbau-Verlag 1945–1995. Berlin 1995, S. 66 f.

769 Vgl. Teil I, Kapitel 1959.

770 Vgl. Zeckert: Die Leipziger Buchmesse.

771 Walter Boehlich: Jahresbericht Lektorat 1965. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

772 Vgl. Elke Scherstjanoi: Zwei Staaten, zwei Literaturen? Das internationale Kolloquium des Schriftstellerverbandes der DDR, Dezember 1964. Eine Dokumentation. München 2008, S. 19.

auf den Messen stattfand. Dennoch wagten nur wenige westdeutsche Literaturverlage bereits Mitte der sechziger Jahre den Schritt nach Leipzig. Boehlich kritisierte noch 1967 in einem Bericht von der Leipziger Buchmesse die Abwesenheit literarischer Verlage der Bundesrepublik.[773] Im Vergleich zu Suhrkamp entschied sich der S. Fischer Verlag zum Beispiel erst 1972 in Leipzig auszustellen. Drittens positionierte sich der Verlag laut Boehlich mit der Teilnahme als Befürworter des Literaturaustauschs, für eine Verständigung mit der DDR und den sozialistischen Staaten. Da der Handel mit Lizenzen von der Politik und den Gesetzen der DDR abhing, implizierte der Literaturaustausch indirekt auch die Anerkennung der DDR als Staat. Zu Zeiten der Hallstein-Doktrin in den sechziger Jahren konnte dies als politische Demonstration gewertet werden.

Mit der „Lage der Dinge" war also vermutlich zum einen die Praxis von Akteuren des literarischen Felds gemeint, die eine Politik der Alleinvertretung nicht mehr unterstützten und vor allem nach der baulich manifestierten Trennung durch die Berliner Mauer und den Konflikten der vergangenen Buchmessen wieder vermehrt den Kontakt zur DDR suchten. Zu denen gehörten neben den Verlagen auch die Gruppe 47, an deren Treffen Schriftsteller:innen der DDR teilnahmen, aber auch der Austausch zwischen Bibliotheken, Lesegruppen sowie Intellektuellen und Studierenden. Zum anderen entstand mit der Aufrechterhaltung des innerdeutschen Austauschs eine immer größere Kluft zur offiziellen Politik der BRD. Im Fall der zwei deutschen Buchmessen war der Verlag also zu einer Stellungnahme gezwungen. Nahm er nicht an der Leipziger Messe teil, entsprach er damit der offiziellen Kulturpolitik Mitte der sechziger Jahre, die ein zweites Deutschland nicht anerkannte. Boehlich argumentierte jedoch, dass das Verlegen von bestimmten Autoren und Texten auch ethische Konsequenzen habe: Wenn der Verlag Autoren der DDR und Osteuropas verlegte, wenn das Programm Texte aufwies, die gegen Krieg und Militarisierung gerichtet waren, aber kritisches Denken und Handeln propagierten, dann musste auch der Verlag öffentlich zu einer Politik Stellung beziehen, die der Entspannung des Ost-West-Konflikts und einer möglichen Vereinigung der deutschen Staaten abträglich war. Damit entsprach Boehlich auch der Haltung Unselds, aus der eigenen Position – hier als Verleger oder Cheflektor – verantwortliches Handeln abzuleiten.

Mit dem Hinweis auf die Lektoratsaktivitäten und das Verlagsprogramm machte Boehlich deutlich, dass die Messeteilnahme vor allem die Funktion hatte, das eigene Netzwerk zu erweitern und Autorenakquise zu betreiben. Die Messepräsenz diene dem „Prestige" des Verlags, so Boehlich, also der Akkumulation von symbolischem Kapital, das in ökonomisches Kapital umgewandelt werden

773 Vgl. Walter Boehlich: Neun Tage in Leipzig. In: SZ vom 23./24.09.1967.

konnte. Vor dem Hintergrund der konfliktgeladenen Politik der sechziger Jahre konnten sowohl Unseld als auch Boehlich die Messepräsenz wie gesagt aber auch als politische Demonstration propagieren.

Tatsächlich hatte die Verlagspräsentation im Frühjahr 1965 nicht nur prestige- und verkaufsfördernde Effekte, sondern wirkte positiv auf den Literaturaustausch. Im darauffolgenden Herbst stellten die DDR-Verlage erneut in Frankfurt aus. Der Börsenverein entschied jedoch, die Verlage der DDR wie ausländische Verlage zu behandeln und in der Halle mit den Sachbuchverlagen anstatt neben den anderen belletristischen Verlagen ausstellen zu lassen.[774] Unseld setzte sich daraufhin für die Gleichbehandlung der DDR-Verlage als innerdeutsche Verlage ein und geriet darüber in eine grundlegende Auseinandersetzung mit dem Börsenverein. Gegenüber der *FAZ* äußerte er:

> Ich finde, man sollte den Verlagen der DDR dieselben Möglichkeiten einräumen, die wir, wenn wir sie wahrnehmen wollen, in Leipzig haben, die wir in Prag haben, die wir in Warschau haben. Ich halte die Lösung in Frankfurt für falsch. Aus dieser Haltung heraus gebe ich für die Verlagsleute aus der DDR bei mir einen Empfang.[775]

Dass Unseld die Messen in Leipzig, Prag und Warschau in Verbindung brachte, entsprach nicht nur den politischen Verhältnissen, sondern auch der Verlagspraxis: Denn im Frühjahr 1965 war Suhrkamp nicht nur an der Leipziger Messe beteiligt gewesen, sondern Unseld war Teil einer bundesdeutschen Delegation zum Kennenlernen des literarischen Felds der ČSSR gewesen[776] und Boehlich hatte erneut an der Warschauer Messe teilgenommen (siehe oben). Mit seiner Kompensationsveranstaltung für die diskriminierende Politik des Börsenvereins positionierte Unseld damit sich und den Verlag als Akteure einer progressiven Verlagspolitik.[777] Die Beteiligung an den Messen in der DDR, in Polen und der Tschechoslowakei sowie der Empfang für Verlage und Autor:innen der DDR de-

---

774 Wie politisch Buchmessen sind, hat kürzlich wieder die Diskussion um die Teilnahme rechter Verlage und den offenen Brief der Charta 2017 gezeigt (vgl. Matthias Meisner: Wie Leipzig von Frankfurt lernen will. Rechte Verlage auf der Buchmesse. In: Tagesspiegel online vom 16.11.2017: https://www.tagesspiegel.de/politik/rechte-verlage-auf-der-buchmesse-wie-leipzig-von-frankfurt-lernen-will/20592762.html (zuletzt eingesehen am 5.05.2022)).

775 Ich bin für mehr Kontakte. Siegfried Unseld und die Zonen-Verlage. In: FAZ vom 19.10.1965.

776 Vgl. Siegfried Unseld: Reisebericht ČSSR, 15. – 22.02.1966. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

777 Vgl. Christian Ferber: Die Messe und die Messe hinter der Messe. Ein Bummel durch Hallen, Stände, Empfänge. In: Die Welt vom 15.10.1965; Jürgen Serke: Asyl für Gesamtdeutschland bei Suhrkamp. Verlagschef Unseld machte die ersten Schritte – Frankfurter Börsenverein im Zwielicht. In: Heidenheimer Zeitung vom 19.10.1965; Gäste aus der DDR. Veranstaltung in Unselds Haus. In: Die Zeit vom 22.10.1965.

monstrierten seine in Opposition zur offiziellen Politik im Ost-West-Konflikt stehende Haltung: Gleichbehandlung und damit Anerkennung eines literarischen Felds der DDR, Austausch auch mit der Sowjetunion. Seine Abweichung von der öffentlichen, die Existenz eines zweiten deutschen Staats negierenden Haltung des Börsenvereins und der bundesdeutschen Politik, äußerte sich auch darin, dass er die staatsrechtliche Bezeichnung „DDR" verwendete und nicht wie der Autor der *FAZ* von „Zonen-Verlage[n]"[778] sprach.

Gegenüber den westdeutschen Medien begründete Unseld, warum der Austausch über die Buchmessen auch die Deutschlandpolitik unterstütze und kontextualisierte seine Unternehmensinteressen innerhalb der Ost-West-Politik:

> Die Teilnahme an der Leipziger Buchmesse ist viel, viel mehr als ein Schaufenster. Wir alle wollen ja versuchen, die Liberalisierung in der DDR voranzutreiben, und das kann man nur machen, indem wir bei den Leserschichten drüben den Wunsch wecken, unsere Bücher zu lesen, daß wir diesen Wunsch verstärken. Durch die Teilnahme wird zudem das Interesse der DDR-Verlage an Lizenzausgaben geweckt.[779]

Ersichtlich wird hier Unselds Ansatz, den ökonomischen Gewinn mit einer aufklärerischen Reformpolitik zu verbinden: Allein durch Kenntnis und Lektüre westdeutscher Bücher könne in der ostdeutschen Leserschaft, die er in soziale Schichten trennte, der Wunsch nach Veränderung geweckt werden. Vielleicht dachte er an die ersten Hefte des *Kursbuchs*, an Peter Weiss' *Die Ermittlung* und Alexander Mitscherlichs *Die Unwirtlichkeit unserer Städte* oder Johnsons *Zwei Ansichten*, die 1965 von sich Reden machten. Sein Glaube an die Agitationskraft von Literatur spiegelte sich in der sozialistischen Literaturpolitik, entsprach aber einer westlichen, von kolonialen Gedanken und dem Glauben an den Fortschritt der demokratisch-kapitalistischen Länder geprägten Überzeugung, die Bevölkerung vermeintlich vormoderner Gesellschaften an den Errungenschaften des Westens teilhaben zu lassen und die bewusstseinsverändernde Wirkung von Büchern in der ausländischen Kulturpolitik für deren Entwicklung zu nutzen.[780] Seine Rechtfertigung ließ somit die ostdeutsche Leserschaft als ein Publikum für westdeutsche Verlage erscheinen und entspricht dem Ziel der Verlagspraxis, eine deutsch-deutsche Leserschaft und einen deutsch-deutschen Absatzmarkt zu schaffen.

---

778 Ich bin für mehr Kontakte. Siegfried Unseld und die Zonen-Verlage. In: FAZ vom 19.10.1965.
779 Ebd.
780 Vgl. Christina Lembrecht: Bücher für alle. Die UNESCO und die weltweite Förderung des Buches. Berlin/Boston 2013.

Neben Unseld äußerte sich auch Boehlich öffentlich zur Messe. Er fuhr zu dieser Zeit jedes Jahr auf die Leipziger Herbstmesse und berichtete in der *Süddeutschen Zeitung* ausführlich von seinen Erfahrungen.[781] In seinem Artikel zur Leipziger Messe von 1967 verglich er den Umgang der beiden Börsenvereine mit den Verlagen und die Bezeichnungen des jeweils anderen Deutschlands. Die Praxis in Frankfurt prangerte er an:

> Man hat Verlage aus der DDR zugelassen, ihnen aber untersagt, ihre Staatsbezeichnung zu führen. Andere Verlage hat man nicht zugelassen, teils aus rechtlichen, teils aus rein politischen Gründen. Niemals ist der Gesichtspunkt des freien Handels, dem eine Messe doch wohl dienen soll, dem der Politik übergeordnet worden.[782]

Im Vergleich der öffentlichen Stellungnahmen wird deutlich, dass der Suhrkamp Verlag je nach den Regeln des Diskurses mit ökonomischen oder politischen Gründen argumentierte, immer standen jedoch die Freiheit des Handelns und Denkens – nicht zuletzt im Gegensatz zu den sozialistischen Staaten – im Vordergrund. Die Sprachregelung des westdeutschen Börsenvereins in Bezug auf die DDR kritisierte auch Unseld bei einer Umfrage der *Zeit*.[783]

Die Frankfurter Buchmesse von 1967 war schon lange im Vornherein von der Auseinandersetzung um das *Braunbuch* geprägt.[784] Der DDR-Staatsverlag stellte diese Liste von Personen mit nationalsozialistischer Vergangenheit in öffentlichen Positionen der BRD an seinem Stand in Frankfurt aus. Aufgrund der darin enthaltenen Vorwürfe gegen Bundespräsident Heinrich Lübke verhandelten der Messedirektor Sigfred Taubert, das Bundespräsidialamt und der Vorsteher des Börsenvereins, Friedrich Georgi, über ein angemessenes Verfahren. Schließlich beschlagnahmte das Frankfurter Amtsgericht das *Braunbuch*. Daraufhin entschieden die Verlage der DDR, und in einer solidarischen Aktion auch die der Sowjetunion, die Messe zu verlassen.[785] Unseld äußerte damals öffentlich sein

781 Vgl. Walter Boehlich: Auch Leipzig ist eine Messe wert. In: SZ vom 25./26.09.1965; Walter Boehlich: Wiedersehen mit der Leipziger Buchmesse. In: SZ vom 24./25.09.1966 und Walter Boehlich: Neun Tage auf der Leipziger Buchmesse. In: SZ vom 23./24.09.1967.

782 Boehlich: Neun Tage auf der Leipziger Buchmesse.

783 Vgl. Kröger: „Establishment und Avantgarde zugleich", S. 325. Zur Debatte stand zu dieser Zeit außerdem die Organisationsstruktur und das Selbstverständnis des Börsenvereins (vgl. Seyer: Die Frankfurter Buchmesse in den Jahren 1967 bis 1969, S. 166 f.).

784 Vgl. Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik. Staat, Wirtschaft, Armee, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft. Hg. vom Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Berlin DDR 1965.

785 Vgl. Kröger: „Establishment und Avantgarde zugleich", S. 327.

Bedauern über den Rückzug der DDR-Verlage und geriet in eine mehrere Monate dauernde Debatte über die DDR-Frage mit dem Börsenverein.[786]

Die entstandenen innerdeutschen Spannungen führten dazu, dass westdeutsche Verlage, wie bereits erwähnt, nicht in Leipzig ausstellten. Nach seinem Besuch der ostdeutschen Buchmesse kritisierte Boehlich diese Entscheidung. Er führte sie auf politische Beweggründe zurück, die ihm aber aus strategischer Sicht, nämlich aus Vertriebs- und Verkaufsperspektive, nicht vernünftig erschienen:

> Die literarischen Verlage der Bundesrepublik glänzten, leider, wie immer durch Abwesenheit. Sie scheuen die Mühe und die Kosten und scheinen nichts davon zu halten, ein Publikum zu informieren, das erstaunlich wissbegierig ist, oder auf einem Markt präsent zu sein, der vorläufig, jedenfalls direkt, nicht erschlossen werden kann.[787]

Er weitete seine Kritik an der Praxis der Literaturbeziehungen auch auf die Ausstellungs- und Lizenzpolitik der Leipziger Messe aus, da Bücher, in denen Kritik an der DDR oder dem Kommunismus geübt wurde, nicht ausgestellt werden durften. Boehlich verglich und kritisierte als Vertreter des Suhrkamp Verlags das politische Handeln der Börsenvereine und forderte von den Verlagen und Akteuren im literarischen Feld eine ausgleichende Politik.[788] Er beanstandete das Ausstellungsverbot auf beiden Buchmessen, den generellen Umgang mit (kritischer) Literatur, verteidigte aber den interessengeleiteten Lizenzaustausch, der zwar von einem unterschiedlichen Literaturverständnis geprägt sei, aber dennoch zugelassen werden müsse.[789] Die Auseinandersetzungen um das *Braunbuch* sowie die Stellungnahmen Boehlichs verdeutlichen in diesem Zusammenhang, wie politisch und ideologisch der Diskurs um die Buchmessen im geteilten Deutschland geführt wurde.

Die Ausstellung auf der Leipziger Buchmesse war auch im Verlag ein ständiger Diskussionspunkt. Dies hatte unterschiedliche Gründe. Im Herbst 1968 diskutierte der Verlag die Präsenz auf der Messe aufgrund des Einmarschs der Warschauer-Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei und der Mitverantwortung seitens der DDR.[790] Die Nichtteilnahme westdeutscher Verlage war ein deutliches Signal gegenüber der DDR und eine Strategie, die der Frankfurter Börsenverein,

786 Vgl. ebd., S. 328 f.
787 Boehlich: Neun Tage auf der Leipziger Buchmesse.
788 Vgl. ebd.
789 Vgl. ebd. Zu Boehlichs Engagement im Literaturaustausch der sechziger Jahre vgl. Petzinna: Walter Boehlich und die DDR-Verlage.
790 Vgl. Petzinna: Walter Boehlich und die DDR-Verlage, S. 225.

wie schon als Reaktion auf den Mauerbau im Herbst 1961, seinen Mitgliedern per Rundschreiben empfahl.[791] Innerhalb des Verlags plädierte Unseld als Reaktion auf das politische Ereignis für einen Boykott der Leipziger Buchmesse. Boehlich hingegen befürwortete gerade entgegen der allgemeinen Politik auch des Frankfurter Börsenvereins die Teilnahme an der Messe zur Entspannung der Lage.[792] Am 23. August veröffentlichte der Verlag eine Pressemitteilung, mit der er seine Ausstellung in Leipzig aus Protest absagte:

> verleger dr. siegfried unseld hat diese entscheidung nach ruecksprache mit autoren des verlages getroffen, die wie er den einmarsch der truppen des warschauer paktes in die cssr verurteilen. die entscheidung, sich nicht an der jetztigen leipziger messe zu beteiligen, wurde insbesondere davon beeinflusst, dass nun zum zweiten mal angehoerige eines deutschen staates die voelkerrechtswidrige besetzung der cssr mitverantworten.[793]

Der Hinweis auf das zweite Mal bezog sich auf die Besetzung der Tschechoslowakischen Republik durch die deutsche Wehrmacht am 15. März 1939. Unseld konnte mit dieser Erklärung gerade die DDR attackieren, weil diese sich als antifaschistischer Staat legitimierte. Er handelte mit dieser Maßnahme im Einklang zwar nicht mit seinem Cheflektor, aber mit anderen westdeutschen Verlagen und einigen Schriftstellern, mit denen gemeinsam er eine Woche später seine ablehnend-kritische Haltung in einer von Günter Grass, Max Frisch und Peter Bichsel verfassten Stellungnahme in der *Zeit* kundtat.[794]

Im Nachhinein interpretierten die Lektoren, die 1968 und 1969 den Suhrkamp Verlag verließen, den Dissens um die Messeteilnahme zwischen Unseld und Boehlich als einen unter vielen Anlässen für den Aufstand der Lektoren.[795] Die Beziehungen zur DDR waren dadurch gestört und mussten 1969 neu belebt werden.[796] Der Wandel der Verlagsstruktur nach der Lektoratskrise bewirkte auch eine Neujustierung der Verlagspolitik bezogen auf die Leipziger Messe. Aufgrund der Neuen Ostpolitik ließ sich die Verlagsteilnahme nicht länger als Demonstration für den Literaturaustausch propagieren.

---

791 Zeckert: Die Internationale Leipziger Buchmesse, S. 40.
792 Vgl. Petzinna: Walter Boehlich und die DDR-Verlage, S. 225.
793 Pressemitteilung des Suhrkamp Verlags vom 23.08.1968. In: DLA, SUA: Suhrkamp.
794 Vgl. Aufruf. In: Die Zeit vom 30.08.1968.
795 Vgl. Kröger: Walter Boehlich vs. Siegfried Unseld, S. 249.
796 Vgl. Teil III, Kapitel 2.2.

1969: Ein deutsch-deutsches Programm

Im September 1969 diskutierte die Lektoratsversammlung über den grundsätzlichen Nutzen eines Leipziger Messebesuchs. Lektor Karl Markus Michel protokollierte:

> Es wurde über die Funktion der Messebesuche in Leipzig gesprochen und festgestellt, daß diese Form von Präsenz des Suhrkamp Verlages, wenn auch nicht im Hinblick auf die Wiedervereinigung, so gewiß unter den gegenwärtig schwierigen Bedingungen in unserer Beziehung zu DDR-Autoren, -Verlagen und -Behörden geboten ist und sich auszahlen dürfte. Wir brauchen Kontakte, wir brauchen DDR-Autoren in unserem Programm, deshalb [führten wir ein] [...] ausführliches Gespräch über erwünschte Aktivitäten des Suhrkamp-Programms in dieser Richtung. Ausgangspunkt war der Fall Kant, Perspektive war die Programmgestaltung der nächsten fünf bis zehn Jahre.[797]

Das scheinbare Paradox, mit den Verlagspraktiken zum Vereinigungsprozess beitragen zu wollen und dennoch mit der DDR Handel zu treiben, was faktisch die Akzeptanz eines zweiten deutschen Staats bedeutete, entsprach der kultur- und deutschlandpolitischen Entwicklung Ende der sechziger Jahre: Anerkennung der DDR und damit auch Anerkennung einer abweichenden Entwicklung im literarischen Feld der DDR sowie Förderung von Austauschbeziehungen. Was in dem Protokoll des Lektors Michel festgehalten ist, stellt vor diesem politischen Hintergrund die Umdeutung der eigenen Verlagspraxis dar. Nicht länger konnte der Messebesuch als Pionierleistung interpretiert werden. Ganz im Gegenteil: Die Absage Suhrkamps für die Herbstmesse von 1968 hatte dem Verlag die „gegenwärtig schwierigen Bedingungen", also vor allem eine schlechtere Position im Literaturaustausch eingebracht.

Frohns Studie zum Literaturaustausch vor 1972, dem Jahr des Grundlagenvertrags, hat gezeigt, dass westdeutsche Verlage für den Austausch auf persönliche Kontakte angewiesen waren.[798] Auch die Lektoratsversammlung beschloss, erst einmal auf kontroverse politische Stellungnahmen zu verzichten und von nun an mit programmpolitischen Erwägungen zu argumentieren: Ein deutschsprachiges Programm der Gegenwartsliteratur konnte nur unter Berücksichtigung der Literatur der DDR aufrecht erhalten werden und dafür benötigte Suhrkamp konstruktive und produktive Beziehungen zu Verlagen, Autor:innen und Behörden der DDR. Um den Literaturaustausch erfolgreich weiterzuführen, auch das hält das Zitat fest, musste der Verlag Kompromisse eingehen und seine Verlagsprak-

797 Michel: Protokoll der Lektoratsversammlung am 9.09.1969. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 13.

798 Vgl. Frohn: Literaturaustausch, S. 376.

tiken adaptieren, auch wenn diese nicht direkt zu einem finanziellen Gewinn führten. Die Messe war für den durch die staatliche Regulierung des Post- und Reiseverkehrs erschwerten Informationsaustausch vor allem ein Forum, auf dem man durch einen eigenen Stand Interesse und Anerkennung vermitteln und gleichzeitig persönliche Kontakte knüpfen und intensivieren konnte. Das soziale Kapital, das sich durch den Messebesuch erwirtschaften ließ, konnte später durch den Lizenzhandel in ökonomisches Kapital konvertiert werden, so die bleibende Hoffnung der Lektoratsversammlung.

Es ist nicht ganz eindeutig, worauf Michel mit dem „Fall Kant" anspielte, allein wird deutlich, dass sich der Verlag in Sachen Literatur der DDR auf dem Laufenden hielt. Der Roman des Autors Hermann Kant *Die Aula* erschien 1966 bei Bertelsmann, der zu dieser Zeit noch mit Kants Ostberliner Verlag Rütten & Loening verbunden war,[799] und als Taschenbuch im S. Fischer Verlag (1968). Eventuell bezog sich Michel also auf ein Potential in der Verlagspraxis, sich schneller und stärker um Autor:innen der DDR zu bemühen, damit diese nicht bei der Konkurrenz veröffentlichten. Möglicherweise verwies Michel aber auch auf die Verwicklungen Kants mit den Behörden der DDR wegen seines zweiten Romans *Impressum*, der im Aufbau Verlag und bei Luchterhand erscheinen sollte.[800] Ein geplanter Vorabdruck in der Zeitschrift *Forum* der Freien Deutschen Jugend (FDJ), dem kommunistischen Jugendverband der DDR, war abgebrochen worden, weil der Inhalt des Texts nach Einschätzung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) nicht mit der offiziellen Literaturpolitik übereinstimmte. Beanstandet wurde die negative Aussage des Protagonisten David Groth zu Beginn des Romans: „Ich will aber nicht Minister werden!"[801] Der Roman stellt sich als eine Revision dieses ersten Satzes dar, die Handlung verfolgt die Karriere Groths vom Boten zum Chefredakteur.[802] Es ist nicht klar, ob und wie die Lektoren über den Fall informiert waren, eventuell aus persönlichen Gesprächen, denn die Medienberichterstattung in der BRD setzte erst nach der diskutierten Lektoratsversammlung ein.[803] Davon unabhängig vermittelt der „Fall Kant", wie der Prozess und Erfolg einer Lizenzübernahme im geteilten Deutschland auch von den Produktionsprozessen in der DDR abhängig waren. Der Einfluss westdeutscher Verlage konnte in diesem Sinne einen positiven Effekt auf die Erteilung einer

799 Vgl. ebd., S. 341.

800 Vgl. ebd., S. 346.

801 Hermann Kant: Das Impressum. Berlin 1972, S. 7, zitiert nach Karl Corino: Die Akte Kant. IM „Martin", die Stasi und die Literatur in Ost und West. Reinbek bei Hamburg: 1995, S. 43.

802 Vgl. Corino: Die Akte Kant, S. 41–44.

803 Vgl. Legende nach Mitternacht. In: Der Spiegel 16 (1970) vom 23.04.1970.

Druckgenehmigung haben und Autor:innen in der DDR unterstützen,[804] die Wahrnehmung in der BRD konnte im Gegenteil aber auch zu Publikationsschwierigkeiten in der DDR führen, wie ein Jahr zuvor der Fall von Wolfs *Nachdenken über Christa T.* gezeigt hatte.[805] Eine dritte Interpretationsmöglichkeit besteht darin, dass der Suhrkamp Verlag Manuskripte von Kant abgelehnt hatte, weil sie nicht mit dem Literaturverständnis des Verlags vereinbar gewesen waren. Dies lässt sich zwar bislang nicht nachweisen, kam im Umgang mit angebotenen Manuskripten – nicht nur aus der DDR – aber öfter vor.

So oder so beschloss die Versammlung, zukünftig „derartige Literatur" unter anderen Maßstäben als die westliche Literatur zu bewerten, sie nicht länger in „einen rigorosen (westlichen) Literaturbegriff einzuordnen".[806] In seiner Wertungspraxis war der Verlag zwar von der westdeutschen Diskussion über Literatur geprägt, er verfolgte aber auch das Ziel eines deutsch-deutschen Programms. So führte die Konfrontation mit dieser anderen (deutschen) Literatur intern zu einer „allgemeinen Diskussion über moderne Literatur".[807] Hatte der Verlag zuvor einzelne Texte abgelehnt, entschied man sich nun dafür, das eigene Literaturverständnis und damit die Kriterien für eine Veröffentlichung zu erweitern. Vermutlich beschloss man deshalb auch Borchers als Lektorin anzuwerben, die mit Wolf, Kant, Seghers, Becker, Fühmann und anderen bei Luchterhand ihr literarisches Gespür für (erfolgreiche) ostdeutsche Literatur bewiesen hatte.

Alle drei Interpretationen belegen Dasselbe: Gute Kontakte zu Verlagen, Autor:innen und Behörden waren notwendig, um im Kontext eines ideologisch und politisch aufgeladenen Literaturaustauschs in Konkurrenz zu anderen westdeutschen Verlagen erfolgreich zu sein. Nicht anders ist die Formulierung „[w]ir *brauchen* Kontakte, wir *brauchen* DDR-Autoren in unserem Programm" [Herv. d. Verf.] im Zitat zu verstehen, als dass Suhrkamp seine Position im literarischen Feld der BRD nur mit einem deutsch-deutschen Programm halten und stärken konnte, das immer wieder Neuerscheinungen anbot und junge ostdeutsche Autor:innen einführte. Der Beschluss der Lektoratsversammlung von nun an systematisch Literatur der DDR zu verlegen, stellt damit eine Wende in der Verlagspraxis dar. Das gilt auch bezogen auf ihre kulturpolitische Legitimation, die

804 Vgl. Teil III, Kapitel 4.

805 Vgl. Angela Drescher (Hg.): Dokumentation zu Christa Wolf „Nachdenken über Christa T.". Hamburg/Zürich 1992.

806 Michel: Protokoll der Lektoratsversammlung am 9.09.1969. Inwiefern es im Verlag tatsächlich ein westdeutsches Literaturverständnis gab, das als Maßstab zur Bewertung von Manuskripten und in Abweichung von einem ostdeutschen Literaturbegriff herangezogen wurde, erörtere ich in Teil III.

807 Ebd.

sich, wie bereits gezeigt, in der Verwendung des Labels ‚DDR-Literatur' ab 1969 ausdrückte.

Nachdem eine grundsätzliche Entscheidung für die Ausstellung in Leipzig gefallen war, schlugen die Lektoren Hildebrandt und Beckermann aufgrund ihrer Erfahrungen ein Jahr später sogar vor, zwei Mal im Jahr auf der Messe auszustellen.[808] Die Lektoratsversammlung beschloss generelle Praktiken für Leipzig, zum Beispiel sich in Bezug auf Verlagskooperationen, Manuskripte und eigene Lizenzvergaben besser vorzubereiten, da die DDR-Verlage bereits auf der Messe und nicht erst im Anschluss daran ihre Entscheidung über Lizenzkäufe und -verkäufe trafen.[809] Nicht an einer Messe teilzunehmen, konnte deshalb bereits den Verlust einer möglichen Option bedeuten. Der Verlag entschied dennoch, nur bei der Frühjahrsmesse einen Stand zu unterhalten und im Herbst nur eine Beobachterin zu schicken. Vermutlich spielten dabei vor allem pragmatische Gründe eine Rolle, hätte es im Herbst doch einigen Aufwand bedeutet, zwei Messeteilnahmen gleichzeitigt organisieren zu müssen. Von 1974 an fand die Buchmesse dann ohnehin nur noch im Frühjahr statt. In der oben entfalteten Perspektive gegenseitiger Abhängigkeit gesehen, kann die Abschaffung der Leipziger Herbstmesse als Zeichen des Fortschritts im innerdeutschen Austausch gedeutet werden. Die gegenseitige Wahrnehmung und der Literaturaustausch waren 1973 offenbar soweit ausgebildet, dass die Konkurrenzsituation der Leipziger Herbstmesse mit der Frankfurter Messe unterdessen kontraproduktiv wirkte und jene aufgelöst werden konnte.

1973: Mühen der Leipziger Buchmesse

Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands und der Etablierung einer Programm- und Lektoratssparte für Literatur der DDR begründete Suhrkamp die Teilnahme an der Messe ab 1973 mit dem Ausbau seiner Position im literarischen Feld der DDR. Erklärtes Ziel war nicht mehr die Aufrechterhaltung der nationalen Einheit, auch nicht der Aufbau eines deutsch-deutschen Programms im Angesicht der westdeutschen Konkurrenz, sondern die Schaffung von Publikationsmöglichkeiten für die ostdeutschen Autor:innen des Verlags. Dass der Verlag nun vornehmlich zu diesem Zweck nach einem reibungslosen Verhältnis zur DDR strebte, belegen die Auseinandersetzung

808 Vgl. Werner Berthel: Protokoll der Lektoratsversammlung vom 10.03.1970. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

809 Vgl. Siegfried Unseld: Notiz zur Lektoratsversammlung vom 30.03.1971. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

über Ausstellungsverbote und den Bücherdiebstahl auf der Leipziger Messe in dieser Zeit.

1973 ergab sich aufgrund der Veröffentlichung von Brechts *Arbeitsjournalen* erneut ein Konflikt im Verhältnis zur Leipziger Messe. Der neu erschienene Titel, den der Aufbau Verlag nicht veröffentlichte, weil Brecht darin Kritik an der Sowjetunion und den Verhältnissen in der DDR der fünfziger Jahre übte, sollte in Leipzig präsentiert werden.[810] Die DDR-Behörden erwogen zunächst, die Ausstellung der Bände am Messestand zu verbieten, nahmen schließlich aber davon Abstand. Dennoch hatte es bei Suhrkamp zwischenzeitlich Überlegungen gegeben, die Teilnahme an der Messe erneut abzusagen, sollte die DDR das Verbot durchsetzen. Im Gegensatz zur Messe von 1968 entschied sich der Verlag – auch aufgrund der damals gemachten Erfahrungen – aber gegen eine Absage, um seine Position in der DDR nicht zu gefährden und diese in Kooperation mit den Autor:innen positiv in Publikationsverhandlungen zu nutzen. Unseld bilanzierte:

> Fazit dieses Leipziger Besuchs: Leipzig war wirklich eine Reise wert. Ich würde nach den jetzigen Erfahrungen nicht mehr diskutieren, ob wir im Falle des Falles (Verbot des Ausstellungs [!] der Brechtschen „Arbeitsjournale") uns hätten zurückziehen sollen. Das durften wir schlechthin nicht. Der Suhrkamp Verlag spielt eine exzeptionelle Rolle, die uns verpflichtet, die uns natürlich auch sehr große Chancen gibt. Unsere Autoren – sowohl die „westlichen" wie die der DDR erwarten von uns keine Demonstrationen, sondern eine Ausdehnung unseres Einflusses, eine Multiplikation unserer Möglichkeiten, Information und publizistische Verbreitung. Der Suhrkamp Verlag ist in der DDR eine unübersehbare Größe, darauf müssen wir jetzt Rücksicht nehmen, um für unsere Autoren in der DDR und für die Autoren der DDR bei uns ein Optimum zu erzielen.[811]

Die Einschätzung des selbstsicheren Verlegers zur exzeptionellen Rolle seines Verlags ist bemerkenswert und lässt spekulieren, ob nicht andere Verlage ebenso relevant für den Literaturaustausch dieser Zeit waren. Immerhin hatten auch Luchterhand, S. Fischer, Rowohlt, Wagenbach oder der Verlag der Autoren ein deutsch-deutsches Programm vorzuweisen. Dennoch machte Anfang der siebziger Jahre tatsächlich Suhrkamp das Rennen um die Literatur der DDR und feierte mit Plenzdorf, Becker, Fühmann, Huchel und anderen sowie einer Schriftstellerin als ‚DDR-Lektorin' große Erfolge, wie der literaturhistorische Überblick in Teil I

810 In einem Brief an Gustav Heinemann bat Unseld den Bundespräsidenten um Unterstützung für die Feiern zum 75. Geburtstag von Brecht, aus deren Anlass auch das *Arbeitsjournal* erschien. Unseld erklärte: „Diese Arbeitsjournale erscheinen nur bei uns, sie können in der DDR gegenwärtig noch nicht herausgegeben werden, weil sie Kritik an der Sowjetunion und auch eine gewisse Kritik an den damaligen Verhältnissen der DDR bieten." (Siegfried Unseld an Gustav Heinemann, Brief vom 23.01.1973. In: DLA, SUA: Suhrkamp).

811 Unseld: Reisebericht Leipzig, 14. März 1973. In: S.U.: Reiseberichte, S. 151f.

gezeigt hat. Nach den Erfahrungen der Leipziger Messe 1973 sah Unseld die Aufgabe der Verlagspraxis nun nicht mehr darin, politische Positionen zu vertreten, wie er dies noch Ende der sechziger Jahre praktiziert hatte, sondern in der Stärkung seiner Position in der DDR, auch wenn dies bedeutete, die politischen Bedingungen des literarischen Felds in Kauf zu nehmen. Hierin sah er sogar eine parallele Entwicklung zur BRD. Im Ringen um Autor:innen und ihre Werke kam es darauf an, attraktive Publikationsmöglichkeiten zu schaffen. Dafür war Unseld auf ein produktives Verhältnis zur DDR und verlässliche Informationsstrukturen angewiesen. In der Einschätzung der Position des Verlags in der DDR als Chance und Verpflichtung zeigt sich, wie Unseld ökonomische Interessen des Vertriebs, nämlich den ostdeutschen Markt zu nutzen, mit ethischen Erwägungen gegenüber den Autor:innen verband.[812] Sein Prinzip, die Begründung der Verlagspraxis im Umgang mit Autor:innen zu finden und für dessen Belange Verantwortung zu übernehmen, übertrug er in dieser Phase auch auf „unsere", d. h. die Verlagsautor:innen in der DDR. Der Verlag, nun tatsächlich als ein deutsch-deutscher gedacht, musste sich also auf die Bedingungen des literarischen Felds der DDR einstellen und im Umgang mit den ostdeutschen Autor:innen, ebenso wie mit den westdeutschen, eine Vielfalt an Rollen übernehmen. Der Wandel in der Interpretation der Messepraxis korrespondierte mit der allgemeinen Entspannungspolitik in den innerdeutschen Kulturbeziehungen. Brandts Ostpolitik und in deren Folge der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag förderten den Austausch mit der DDR und bereiteten langfristig gesehen den Weg zu einer staatlichen Vereinigung. Unselds veränderte, die ostdeutschen Lizenz- als eigene Verlagsautor:innen betrachtende Begründung der Verlagspraxis war in der Logik des Verlags deshalb ein folgerichtiger Entwicklungsschritt.

In Unselds weiteren Ausführungen wird deutlich, dass vor allem Borchers' persönliche Kontakte für die Stärkung der Ost-West-Beziehungen relevant waren.[813] Seine Einschätzung basierte auf der positiven Bewertung von vier Publikationen aus dem Hinstorff Verlag, die Suhrkamp im selben Jahr in Lizenz publizierte.[814] Der neuen Sichtweise entsprechend, zog er außerdem in Betracht, in Frankfurt etablierte Formen der Verlagsrepräsentation auch in Leipzig einzuführen:

812 Vgl. Kapitel 1.3.

813 Vgl. Unseld: Reiseberichte, S. 152.

814 Es handelte sich um Jurek Becker: *Irreführung der Behörden*, Ulrich Plenzdorf: *Die neuen Leiden des jungen W.*, Franz Fühmann: *22 Tage oder Die Hälfte des Lebens* und Manfred Jendryschik: *Frost und Feuer, ein Protokoll*, die alle im Jahr 1973 bei Suhrkamp erschienen. Vgl. Teil III, Kapitel 1.1.

> Für die nächste Buchmesse in Leipzig sollten wir vielleicht einen Suhrkamp-Empfang erwägen, Anwesenheit der Autoren – vielleicht Walser und Johnson –, von Günther Busch und der Darstellung unseres wissenschaftlichen Programms und, von Frau Borchers präsentiert, der Suhrkamp Verlag und Autoren und Literatur der DDR.[815]

Borchers war ab Herbst 1971, drei Jahre nachdem Boehlich den Verlag verlassen hatte, die Suhrkamp-Lektorin, die auf den Buchmessen in Leipzig anwesend war und auch in Frankfurt den Kontakt zu DDR-Verlagen pflegte. Sie traf sich mit Autor:innen, erfuhr von Neuerscheinungen der Verlage und verhandelte Optionen und Lizenzen. Die Verlagsziele – Autor:innenbindung, Kontakt mit Verlagen und Lizenzhandel – sollten durch die Präsenz der westdeutschen Verlagsautoren Walser und Johnson, Informationsveranstaltungen zum Programm des Verlags mit Blick auf die DDR sowie einen Verlagsempfang in Leipzig verstärkt werden. Von Johnson erschien 1973 der dritte Teil der *Jahrestage*, der von einer Taschenbuch-Ausgabe des Romans *Das dritte Buch über Achim* begleitet wurde. Außerdem lag ein erster Materialienband zur Rezeption Johnsons vor, der dessen Image als ‚Dichter der beiden Deutschland' sichern und in gewisser Weise im Hinblick auf die bevorstehende Publikation der in New York angesiedelten *Jahrestage* historisieren sollte.[816] Dominant blieb aber auch weiterhin das Image Johnsons als Kulturvermittler aufgrund eigener Erfahrungen. Unselds Vorschlag zählt zu den Maßnahmen, die der Verlag – größtenteils erfolglos – entwickelte, um Johnsons Werke auch in der DDR bekannt zu machen und dort für deren Publikation zu werben.[817] Ging es zuvor stärker um die Lizenzübernahme *aus* der DDR, konnte eine breitere Verlagspräsentation ähnlich wie in Frankfurt den Lizenzhandel *in* die DDR befördern.

Im Frühjahr 1973 beschwerte Borchers sich beim Leipziger Messeamt über die beengten Verhältnisse am Suhrkamp-Stand, die es dem Verlag nicht ermöglichten, Kontrolle über den Buchbestand zu behalten, so dass nach kurzer Zeit „mehr als 50 % der Bücher" fehlten.[818] Der Bücherdiebstahl auf der Leipziger Buchmesse war eine Form der Aneignung von Literatur aus dem Westen.[819] Zu den Aneignungspraktiken gehörten auch das Abschreiben von Textpassagen oder die Lektüre vor Ort. Zeckert bewertet das Phänomen als „Symptom der diktaturimma-

815 Unseld: Reiseberichte, S. 152.

816 Vgl. Reinhard Baumgart: Statt eines Nachworts: Johnsons Voraussetzungen. In: R.B. (Hg.): Über Uwe Johnson. Frankfurt a. M. 1970, S. 165 – 174.

817 Vgl. Frohn: Deutsches Mosaik, S. 140 f. und Greg Bond: Uwe Johnson und der Aufbau-Verlag. In: Johnson-Jahrbuch 17 (2010), S. 159 – 174, hier S. 167.

818 Elisabeth Borchers an Frau Rothe (Leipziger Messeamt), Brief vom 5. 05. 1973. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

819 Vgl. Zeckert: DDR-Leser im Schlaraffenland, S. 97.

nenten Unterversorgung mit Information im Allgemeinen und mit Lektüre im Speziellen".[820] Für den Verlag bedeutete der Bücherdiebstahl jedoch nicht nur finanzielle Einbußen, sondern auch Konflikte mit dem Leipziger Messeamt, das den Verlag für den Kontrollverlust verantwortlich machte. Angesichts der leeren Regale forderte das Messeamt im Frühjahr 1974 den Verlag dazu auf, gegen den Diebstahl stärker vorzugehen.[821] Borchers nahm die Beschwerde als Unterstellung wahr, der Verlag verfolge damit eine „Provokation gegen die Buchmesse, gar gegen die DDR".[822] Sie wandte sich an die Zollbehörde und an die Kriminalpolizei, die den Stand zwar beaufsichtigte, die Diebstähle damit aber nicht verhinderte. Schließlich stellte Suhrkamp nur noch wenige Exemplare auf, um den Bücherverlust zu beschränken. Noch an ihrem Abreisetag bemerkte Borchers dazu im Reisebericht:

> In Zukunft werden wir nur noch Remittenden-Exemplare mitnehmen. Eine bestimmte Menge wird nicht ausgestellt und ist von vornherein für den Verbleib, also für den Verkauf, vorgesehen. [...]
>
> Der andere, zur Ausstellung bestimmte Teil wird auch aus Remittenden-Exemplaren zusammengestellt, die ohnedies das Lager füllen. [...] Die Konsequenz kann nicht sein, sich als Aussteller zurückzuziehen. Aller Mühsal im Kleinen und Großen zum Trotz ist die Zusammenarbeit letztlich in unserem Interesse.[823]

Im Gegensatz zu den Reiseberichten zuvor, in denen die Präsenz auf der Messe als Engagement für die Liberalisierung der DDR (1964), für die Aufrechterhaltung eines deutsch-deutschen Programms (1969) oder für die Belange der ostdeutschen Autor:innen (1973) dargestellt wurde, macht die Stellungnahme deutlich, dass Borchers inzwischen ganz klar mit einer Kosten-Nutzen-Rechnung argumentierte. Borchers' Vorschlag, Remittenden auszustellen, sollte demnach Kosten reduzieren. Die Verlagspraxis entsprach damit nur in Teilen der von Zeckert festgestellten „westliche[n] Toleranz gegenüber Bücherdiebstählen", nur insofern nämlich, als sie gegenüber der Alternative, nicht an der Messe teilzunehmen, als geringeres Übel wahrgenommen wurde.[824] Entgegen der Darstellung Unselds sowie ähnlicher Annahmen des Messeamts, lag die Motivation der Verlagspraxis auch nicht primär in der ideologischen Agitation des Verlags. Eine viel wesent-

820 Ebd., S. 100.
821 Vgl. Elisabeth Borchers an Hans-Joachim Haack (Leipziger Messeamt), Brief vom 15.04.1974. In: DLA, SUA: Suhrkamp.
822 Ebd.
823 Elisabeth Borchers: Reisebericht Leipzig, 9. – 13.03.1974. In: DLA, SUA: Suhrkamp.
824 Zeckert: Die Internationale Leipziger Buchmesse, S. 45.

lichere Rolle spielten jetzt also die Kalkulation des Materialverlusts und des Konflikts mit der DDR auf der einen Seite und des Gewinns von sozialem und symbolischem Kapital durch die auf der Messe erweiterten und verstärkten Netzwerke auf der anderen Seite.

Borchers schrieb zudem einen Beschwerdebrief über die Vorfälle an das Leipziger Messeamt. Der Verantwortliche Hans-Joachim Haack wies ihr gegenüber alle Anschuldigungen von sich und verdeutlichte, dass die Beaufsichtigung der Stände und damit auch die Verantwortung für den Bücherdiebstahl Sache des Verlags sei:

> Bei allem Verständnis für Ihre Probleme, die durch den Publikumsbesuch an Ihrem Messestand auftreten, müssen wir Sie bitten, daß bei einer Teilnahme Ihres Verlages an den künftigen Leipziger Messen das äußere Bild Ihres Standes dem der anderen Verlage gleichkommt.[825]

Die handschriftlichen Annotationen Unselds auf dem Brief geben Aufschluss über dessen Haltung zur Ausstellungspraxis. Über der Formulierung, es handele sich um Probleme des Verlags („Ihre Probleme“) und nicht des Messeamts, notierte Unseld das Wort „tenor“ und verwies damit auf den abweisenden Ton des Briefs. Unterstrichen hat er außerdem den Konsekutivsatz, der es zur Bedingung der Teilnahme machte, dass der Verlag für seine Bücherschau selbst verantwortlich sei. Unselds handschriftlicher Kommentar, „die wollen uns gar nicht!“,[826] fiel dementsprechend resignativ aus. Weder Borchers noch Unseld, so belegt dieser konkrete Fall, sahen in den Diebstählen das Potential einer subversiven Praxis, das ostdeutsche Lesepublikum mit Literatur zu versorgen, obwohl das angesichts der von Verlag und Verleger programmatisch vertretenen Ideale nicht überraschend gewesen wäre.

Unseld, der den Archivdokumenten zufolge nach 1973 die Messe nicht mehr besucht hat, wog auch im darauffolgenden Jahr noch den finanziellen und praktischen Aufwand mit den langfristigen ökonomisch-strategischen Vorteilen der Leipziger Messe ab: „Die Kosten an der Buchmesse Leipzig liegen bei rund DM 6500,– und dies als Durchschnitt der letzten 3 Jahre. Die Überlegung ist jetzt einfach, ob das dafür steht, ich meine jetzt nicht nur den Betrag von DM 6500,–, sondern die Mühen, die wir aufwenden.“[827] Im SUA finden sich eine ganze Reihe von Berichten über die „Mühen“, die die Verlagspräsenz auf der Messe und andere

825 Hans-Joachim Haack an Elisabeth Borchers, Brief vom 10.05.1974. In: DLA, SUA: Suhrkamp.
826 Handschriftlicher Kommentar von Siegfried Unseld in: ebd.
827 Siegfried Unseld an Elisabeth Borchers und Rolf Staudt, Notiz vom 27.05.1975. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

Reisen in die DDR mit sich brachten. Borchers notierte, sie hätten ihr „gelegentlich die Laune verdorben", und sprach von „Ermüdungserscheinungen" nach der Auseinandersetzung mit dem Messeamt.[828] Eigentlich begann die Mühe aber schon an der innerdeutschen Grenze. Borchers bezeichnete den Übergang als „deprimierend. Ich brauchte (jeweils) 1 1/2 Stunden."[829] Nach Verhandlungen mit dem Henschel Verlag über einen Subvertrieb von Theaterstücken im Sommer 1970 fasste sie die Verständigungsschwierigkeiten mit der DDR zusammen: „Telefonverbindung gleich Null. Unmöglich langer Postweg. Erschwert durch Zensur. Sendungen kommen einfach nicht an. Unzulängliche Information oder besser keine."[830] Dennoch war sie der Meinung: „Fest steht, daß wir umsichtig arbeiten müssen, wenn wir konkurrenzfähig im Sinne der DDR bleiben wollen."[831] Die Präsenz in Leipzig war demnach vor allem für die Kommunikation und Aufrechterhaltung konstruktiver Geschäftskontakte und damit für die Unterhaltung eines deutsch-deutschen Verlagsprogramms von Bedeutung. Nachdem sich die politische Diskussion um den Literaturaustausch beruhigt hatte und dieser nun in offiziellen Strukturen verlief, war es nicht länger nötig noch möglich, die Messepraktiken als politische Demonstration oder Agitation zu vermarkten.

1976: Rückzug von der Messe

Unselds Abwägungen über die Teilnahme an der Messe waren möglich, weil der Verlag Mitte der siebziger Jahre regelmäßigen Briefkontakt mit Autor:innen sowie Verlagen unterhielt. Vorrangig Borchers erfuhr auf diese Weise von geplanten Werken und Neuerscheinungen. Sie hatte bereits 1974 darauf hingewiesen, dass der Erfolg im Lizenzhandel oft auf jahrelangen Beziehungen basiere und weniger von der Anwesenheit in Leipzig abhängig sei.[832] Dennoch dienten gerade die persönlichen Gespräche nicht nur der Bindung an den Verlag, sondern aufgrund der erwähnten Kommunikationshindernisse vor allem inoffiziellen Absprachen und dem Austausch, vorbei an der staatlichen Post- und Telefonüberwachung.[833] Darüber hinaus nutzte Suhrkamp die Messe auch für den Lizenzhandel mit der eigenen Produktion.

---

828 Elisabeth Borchers: Reisebericht Leipzig, 9. – 13. 03. 1974. In: DLA, SUA: Suhrkamp.
829 Elisabeth Borchers: Reisebericht Ost-Berlin, 29. 05. – 1. 06. 1970. In: DLA, SUA: Suhrkamp.
830 Ebd.
831 Ebd.
832 Vgl. Elisabeth Borchers: Reisebericht Leipzig, 9. – 13. 03. 1974. In: DLA, SUA: Suhrkamp.
833 Vgl. Teil III, Kapitel 4.

Borchers diskutierte auf der Leipziger Messe 1976 mit dem Verlag Volk und Welt und dem Büro für Urheberrechte über die Lizenzvergabe für *Ulysses* von James Joyce, denn Suhrkamp hatte ein Jahr zuvor eine neue Übersetzung des Werks von Hans Wollenschläger veröffentlicht. Aufgrund der hohen Produktionskosten verlangte Suhrkamp 60.000 Mark für die Ulysses-Lizenz. In der DDR aber auch in der bundesdeutschen Presse nahm man allerdings an, die Verhandlungen seien eine Verhinderungstaktik Suhrkamps, die den Konkurrenzdruck einer günstigeren DDR-Ausgabe kompensieren solle.[834] Jürgen Gruner, Verlagsleiter von Volk und Welt, bezeichnete das Vorgehen Suhrkamps gar als „politischen Akt".[835] Zu den Missstimmungen mit Volk und Welt und dem öffentlich ausgetragenen Streit um die *Ulysses*-Lizenz hinzu kamen erneut die „absurde Situation am Stand, die Zumutungen beim Grenzübertritt, die dürftigen Quartierlösungen", so dass schließlich auch Borchers den Aufwand für die Messe einschränken wollte.[836]

Nach den Erfahrungen des Jahres 1976 entschied der Verlag, nicht mehr mit einem eigenen Stand auszustellen.[837] Stattdessen reisten Borchers und Rolf Staudt, Leiter der Herstellungsabteilung, als Suhrkamp-Delegation nach Leipzig, um sich dort mit Verlagen und Autor:innen zu treffen und über die aktuelle Literaturproduktion auf dem Laufenden zu bleiben. Die Präsenz des Herstellungsleiters war von Bedeutung, weil dieser vor Ort mit den DDR-Verlagen Koproduktionen und Tauschverträge verhandeln konnte. So einigten sich die Verlagspartner über Einbandgestaltung, Typographie oder Papierwahl und über die Aufgabenteilung bei der Buchproduktion. Staudts Messeberichte belegen gerade aus der technisch-materiellen Perspektive die Verflechtung der Publikationsprozesse zwischen Ost und West.[838] Im Fall von Ingeborg Weber-Kellermanns Kulturgeschichte der Kindheit sollte Suhrkamp zum Beispiel den fertigen Satz und die Lithographien liefern und die Edition Leipzig für den

834 Vgl. Heidi Dürr: Kein Ulysses für die DDR. Schroffe Töne und eine gelassenere Wirklichkeit. In: Die Zeit vom 26.03.1976: http://www.zeit.de/1976/14/kein-ulysses-fuer-die-ddr/komplettansicht (zuletzt eingesehen am 5.05.2022).

835 Elisabeth Borchers: Reisebericht Leipzig, 22.03.1976. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

836 Borchers: Reisebericht Leipzig, 22.03.1976. Vgl. auch Siegfried Lokatis: Ulysses als Devisenfrage. In: Barck/S.L. (Hg.): Fenster zur Welt, S. 193–196, hier S. 193f.

837 Vgl. Borchers: Reisebericht Leipzig, 22.03.1976.

838 Vgl. Rolf Staudt: Addenda zum Leipziger Buchmesse-Bericht von Frau Borchers, 21.03.1974; R.S.: Bericht Messe Leipzig, 18.03.1977; R.S.: Bericht Messe Leipzig, 16.03.1978; R.S.: Reisenotizen Leipzig, 28.–30.03.1984. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

Druck und die Bindung verantwortlich sein.[839] Die Buchobjekte, die daraus entstanden sind, liefern den materiellen Beleg für die vielfältigen Austauschbeziehungen der Literatur im geteilten Deutschland.

Ohne eigenen Stand war der Suhrkamp Verlag von den Ausstellungskosten befreit und nicht länger von der Ausstellungszensur durch die Zollverwaltung betroffen.[840] Das neue Arrangement gab Borchers außerdem die Möglichkeit, sich frei auf der Messe zu bewegen. Ihre Ausführungen in den Reiseberichten belegen nicht nur, dass die Teilnahme des Verlags an der Leipziger Messe immer wieder verhandelt wurde. Sie zeugen Anfang der achtziger Jahre ebenso von einer generellen Wandlung der Messe. In den sechziger und siebziger Jahren hatte das Treffen in Leipzig noch als Möglichkeit für ostdeutsche Autor:innen gegolten, sich mit ihren westdeutschen Verlagen auszutauschen und mit den neuesten Veröffentlichungen zu versorgen. In Folge der Biermann-Ausbürgerung im Herbst 1976 waren jedoch viele arrivierte Autor:innen des literarischen Felds in die innere oder tatsächliche Emigration gegangen und blieben den Messen fern. Zudem etablierte sich ab Ende der siebziger Jahre eine inoffizielle Literaturszene, die ihre ganz eigenen Publikations- und Kommunikationspraktiken entwickelte. 1981 stellte Borchers entsprechend fest: „Eine Messe ohne Autoren, es sei denn, die nun nachkommenden erkennt man nicht mehr, von den zukünftigen ganz zu schweigen."[841]

Darüber hinaus äußert sich in dieser Bemerkung, dass Suhrkamp keine außerordentlichen Maßnahmen traf, um sich über literarische Entwicklungen zu informieren. Zumindest lassen sich auch im Archiv keine Spuren davon finden, dass der Verlag darüber, was in inoffiziellen Zeitschriften publiziert wurde, als Typoskripte und im Privatdruck kursierte, Notiz genommen hätte. Vielmehr stellt es sich so dar, dass Borchers zwar ein Gespür dafür hatte, dass der Verlag mehr tun müsste, um auf dem literarischen Feld der DDR informiert zu sein. Man verließ sich aber, aus pragmatischen Gründen, wie der Hinweis auf den Zeitfaktor vermuten lässt, auf die bestehenden Kontakte und deren Auskünfte: „Man müßte sehr viel Zeit haben, um zu sondieren, auf allen Ebenen. Dazu kommt es nicht. Und es wird sich in Zukunft wohl auch nicht ändern lassen."[842] Die Entwicklungen im literarischen Feld der DDR verfolgte Borchers nur anhand der Verlagsproduktionen. So hielt sie 1982 nach einem Gespräch mit Eberhard Günther vom

839 Vgl. Staudt: Reisebericht Leipzig, 16.03.1978. Es handelt sich um den Titel *Die Kindheit. Eine Kulturgeschichte*, der 1979 im Frankfurter Insel Verlag erschien. Eine Parallelausgabe in der DDR wurde nicht realisiert.

840 Vgl. Zeckert: Die Internationale Leipziger Buchmesse, S. 41.

841 Elisabeth Borchers: Reisebericht Leipzig, 24.03.1981. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

842 Ebd.

Mitteldeutschen Verlag fest: „Der Verlag gibt sich große Mühe mit jungen Autoren, doch wo nichts ist…“[843] Um ihre Haltung bezüglich der Leipziger Messe zu unterstützen, notierte sie, dass auch der Luchterhand Verlag in jenem Jahr zum ersten Mal keinen eigenen Stand mehr hatte – dessen ‚DDR-Lektorin‘ allerdings in Westberlin lebte und aus der DDR damit erreichbarer war als ihre Konkurrentin in Frankfurt a. M. – und die Autoren der DDR der Messe nach wie vor fernblieben.[844] Dennoch nahm Borchers weiter jährlich an der Messe teil und hoffte auf eine Verbesserung der Lage,[845] denn fest stand nach wie vor, dass Gegenwartsliteratur der DDR Bestandteil des Verlagsprogramms bleiben sollte. 1988 verstärkte dann Lektor Döring die Delegation für die Leipziger Buchmesse wieder.[846]

Aufgrund der lückenhaften Überlieferung im SUA lässt sich die Bedeutung der Leipziger Messe in den achtziger Jahren nicht umfassend beurteilen. Die sinkende Frequenz der Messeberichte kann allerdings als Indiz für die geringere Bedeutung der Verlagspräsenz auf der Leipziger Buchmesse gelten.[847] Dem überlieferten Archivmaterial nach zu schließen, nahm Unseld seine Reisetätigkeit in die DDR erst wieder auf, als er Mitte der achtziger Jahre in Ostberlin über die Planung und Vermarktung der *Großen Berliner und Frankfurter Ausgabe* verhandelte. Während der Umbruchszeit für Buchhandel und Verlagswesen nach dem Mauerfall und der deutschen Vereinigung setzte er sich dann dafür ein, dass die Leipziger Messe ein anderes Profil entwickelte als die Buchmesse in Frankfurt.[848]

Was methodisch aus der Analyse des Materials hervorgeht, ist, dass der Ansatz meiner Untersuchung sich in Bezug auf das Verhältnis zur Leipziger Buchmesse als besonders ergiebig erweist. Deren Bedeutung für den Suhrkamp Verlag und damit für die Geschichte der deutsch-deutschen Literatur lässt sich, wie ge-

843 Borchers: Reisebericht Leipziger Messe, 13. – 16. 03. 1982.

844 Vgl. ebd.

845 Vgl. ebd.

846 Döring wurde die Einreise am Leipziger Flughafen jedoch verwehrt. Vgl. Christian Döring: Protokoll meines ca. 45-minütigen DDR-Aufenthaltes im Abfertigungs-Warteraum des Flughafens Leipzig am 13. 03. 1988, Reisebericht vom 14. 03. 1988. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

847 Ab 1984 gibt es keine Berichte mehr von Elisabeth Borchers, erst 1988 berichtete wieder Christian Döring von seiner Abweisung am Leipziger Flughafen. Die Messeberichte von Rolf Staudt enden ebenfalls im Jahr 1984. Unseld dokumentierte 1973 zum letzten Mal seinen Besuch auf der Leipziger Messe. Inwiefern der Archivbestand repräsentativ für die tatsächliche Präsenz der Verlagsakteure ist, kann zu diesem Zeitpunkt nicht abschließend beantwortet werden (Stand der Erschließung im Herbst 2020). Weitere Hinweise auf Suhrkamps Rolle auf der Leipziger Buchmesse ließen sich vielleicht den Akten des Börsenvereins der DDR sowie der Staatssicherheit entnehmen.

848 Vgl. Siegfried Unseld: Reiseberichte Berlin und Leipzig, 1984 – 1992. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

sehen, anhand des vorliegenden Materials aus dem Verlagsarchiv überzeugend chronologisieren und diskutieren. Die Perspektive auf die Rolle des Verlags auf der Buchmesse Leipzig verengt allerdings den Blick, weil Suhrkamp nicht immer schon an den Buchmessen bzw. an der Diskussion um die Messen im geteilten Deutschland und auch nicht an allen Aspekten des innerdeutschen Handels beteiligt war. Herausarbeiten lässt sich allerdings, wie der Verlag – hier vor allem der Verleger und die reisenden Mitarbeiter:innen – sich in diesen Diskurs einfügten, welche Argumente sie aufnahmen und wie sie sich und den Verlag positionierten. Buchmessen erweisen sich aus dieser Sicht als Laboratorien der Literatur im geteilten Deutschland, in denen das deutsch-deutsche literarische Feld mit Akteuren aller Bereiche – Leserschaft, Autor:innen, produzierender und vertreibender Buchhandel, zuständige Behörden und politische Entscheidungsträger, Geheimdienste – zusammentraf. Patricia F. Blume spricht auch von einem „Motor des Buchsystems".[849] Auf engem Raum und innerhalb weniger Tage verdichteten sich dort die Konflikte und Kooperationen, die den Literaturaustausch der jeweiligen Zeit prägten.[850]

5 Literatur der DDR verlegen. Lektionen

Im Vergleich mit den zögerlichen, teils verspäteten Annäherungen an die Literatur der DDR in den späten fünfziger und beginnenden sechziger Jahren stellen die Lobreden aus späterer Zeit (siehe oben) Unseld als einen nicht nur für den Literaturaustausch, sondern allgemein für die Belange der ostdeutschen Autor:innen engagierten, flexibel agierenden Verleger dar. Zwar wurden Praktiken, Einstellungen und Wertmaßstäbe immer wieder verändert und den Bedingungen im geteilten Deutschland angepasst, spätestens ab Ende der sechziger Jahre galt es aber als Selbstverständlichkeit, ein deutsch-deutsches Verlagsprogramm und

849 Patricia F. Blume: Von Überzeichnungen, Schwerpunkttiteln und Blindbänden. Die Rolle der Leipziger Buchmessen für den Buchhandel der DDR. In: P.F.B./Thomas Keiderling/Klaus G. Saur (Hg.): Buch Macht Geschichte. Beiträge zur Verlags- und Medienforschung. Festschrift für Siegfried Lokatis zum 60. Geburtstag. Berlin/Boston 2016, S. 113 – 128, hier S. 113.

850 Eine geteilte Geschichte der Buchmessen in Frankfurt und Leipzig, ihrer Interdependenzen sowie der Bedeutung einzelner Akteure ist noch nicht geschrieben. Allerdings steht die Herausgabe des DDR-Bands der *Geschichte des deutschen Buchhandels im 19. und 20. Jahrhunderts* kurz bevor, den Siegfried Lokatis, Christoph Links und Karl G. Saur vorbereiten, der die umfangreichen Arbeiten vor allem Blumes, geb. Zeckert zur Leipziger Buchmesse ergänzen wird. Die Dokumentation und Analyse der Suhrkamp'schen Messepraxis mag somit die allgemeine Geschichte der Leipziger Buchmesse und des innerdeutschen Buchhandels um die Fokussierung auf einen westdeutschen Kollektivakteur bereichern.

steten Umgang mit den Autor:innen der DDR zu pflegen. Der Suhrkamp Verlag vollzog im Laufe der Zeit also Lernprozesse, sowohl in seinem Verhältnis zur DDR als auch in seiner Verlagspraxis, die es im Folgenden beispielhaft und in ihrer Dynamik nachzuzeichnen gilt. Die wichtigsten Ratgeber:innen im Verlag, das hat die Untersuchung bereits gezeigt, waren neben den Mitarbeiter:innen, die sich auf den Gebieten der literarischen Entwicklungen, der Herstellung oder des Marketings auskannten, vor allem die Verlagsautor:innen und deren Kontakte. 2002 rühmte Volker Braun auf der Totenfeier für Unseld dessen Lern- und Innovationsfähigkeit, stellvertretend für den Verlag, gerade auch in Bezug auf die DDR: „was göschen oder cotta für das beginnende 18. jahrhundert, war unseld für das ausgehende 20. er ließ sich von autoren maßstäbe setzen: und verschaffte diesen wirkung. das war, in der stickigen bundesrepublik, ein zivilisatorischer akt.“[851]

Den Lernprozess im Umgang mit Autor:innen der DDR veranschauliche ich an Fallbeispielen aus den ersten Jahren des Literaturaustauschs. Im Fokus steht zunächst die Bewertung von literarischen Texten anhand der Auswahlkriterien für die ersten Romanmanuskripte von Johnson *Ingrid Babendererde* und *Mutmassungen über Jakob* Ende der fünfziger Jahre. Daran anschließend zeige ich zwei der relevanten Praktiken im Umgang mit Literatur der DDR: zum einen die Assoziation[852] von Texten und Autorennamen an den Marketingplänen für Bloch und Johnson im Sommer 1959 sowie zum anderen die Konspiration zwischen dem Verlag und seinen Autor:innen am Beispiel der Verhandlungen über die erste Veröffentlichung von Fries’ *Der Weg nach Oobliadooh* (1966).

Diese Szenen der Verlagsgeschichte sind im Sinne Jaeggis Störmomente der Verlagspraxis, in denen das implizite und praktische Wissen des Verlags artikuliert, relativiert und neu formuliert wurde.[853] Sie belegen gleichzeitig die Anfänge der Verlagspraxis im geteilten Deutschland. Hatte der Verlag in den fünfziger Jahren vor allem mit Brecht und seinem Umfeld in der DDR in Kontakt gestanden, musste er, um Gegenwartsliteratur der DDR zu verlegen, auf die Lebens- und Arbeitsumstände der Autor:innen und deren jeweilige Positionierung achten, also mit anderen Praxiszusammenhängen in der DDR kalkulieren. Insofern stellen die Szenen aus den Verlagsbeziehungen zu Johnson, Bloch und Fries Schlüsselmomente der Verlagspraxis im geteilten Deutschland dar, in denen der Verlag Praktiken, Einstellungen und Wertmaßstäbe in einem Lernprozess entwickelte, die den Literaturaustausch in den folgenden Jahren prägen sollten.

---

851 Volker Braun: Werktage 2. Arbeitsbuch 1990 – 2008. Berlin: 2014, S. 658.

852 Unter dem Begriff ‚assoziieren‘ fasse ich die Verbindung von Autorennamen (im Sinne von Marken) bzw. Werken auf der Grundlage von Gemeinsamkeiten für die Zwecke der Verlagspraxis. Vgl. ausführlich Teil III, Kapitel 1.

853 Vgl. Jaeggi: Kritik der Lebensformen, S. 128.

Die Verlagspraxis erweist sich damit als ein flexibles Geflecht von Praktiken und Einstellungen oder anders gesagt: Der Umgang mit Autor:innen der DDR bewirkte eine Transformation der Lebensform des Verlags.[854] Zum ersten Mal setzte sich Unseld und damit der Verlag mit einer Literatur auseinander, die im literarischen Feld der DDR entstanden war. Johnsons Texte konfrontierten den Verlag zum Beispiel mit einer Ästhetik und Inhalten, die nicht nur von der Literatur der BRD abwichen, sondern im westdeutschen Literaturverständnis der Zeit als unzeitgemäß und sogar reaktionär wahrgenommen wurden.[855] Am Umgang mit dieser Differenz, auch in Ermangelung eines strukturierten Literaturaustauschs, offenbart sich die Herausbildung DDR-spezifischer Verlagspraktiken. Das gilt vor allem im ersten Jahrzehnt der Verlegerzeit Unselds. So zeigt sich, dass der Beginn eines lebendigen, gegenseitigen Literaturaustauschs nicht nur programmatisch, sondern konstitutiv mit Unselds Beginn als Suhrkamp-Verleger zusammenhängt. Die Grundbedingung für einen stetigen Lern- und Erfahrungsprozess im Verlag war eine generelle Flexibilität in den Prozessen der Literaturproduktion und -verbreitung: bei der Kommunikation, bei der Auswahl von Texten, in der Gestaltung des Werbematerials, bei Vertragsabschlüssen und Erscheinungsterminen – ohne dass dabei das traditionelle Image des Verlags sowohl ideell als auch materiell auf dem Spiel standen. Entscheidend für den Lernprozess waren die Informationen aus dem Verlagsnetzwerk und vor allem auch der direkte Kontakt zu den Autor:innen. Immer wieder hielt Unseld dieses Moment fest: „Ich sprach mit Müller ausführlich über die ziemlich verheerende Situation der Schreiber in der DDR.“[856]

Um den Wandel in der Lebensform des Verlags im geteilten Deutschland nachvollziehen zu können, gehe ich vorab auf ein Dokument im SUA ein, in dem die Haltung Unselds zur Literatur der DDR und dem Literaturaustausch in den fünfziger Jahren zum Ausdruck kommt, noch bevor Suhrkamp im Frühjahr 1959 mit Johnson und Bloch die ersten in der DDR entstandenen Werke veröffentlichte.

5.1 *Kunst im Dienst*

Im SUA hat sich ein 23-seitiges Typoskript unter dem Titel *Kunst im Dienst. Die kulturelle und intellektuelle Situation in der Deutschen Demokratischen Bundesrepublik* erhalten, das Unseld, damals zuständig für die deutschsprachige Literatur

854 Vgl. ebd., S. 132.
855 Vgl. Kapitel 5.2.
856 Siegfried Unseld: Reisebericht Berlin, 15. – 18.05.1969. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

sowie die Werbung und den Verkauf, laut Datumsangabe 1956 in Bonn oder für einen Anlass in Bonn geschrieben hat.[857] Es weist handschriftliche und typographische Korrekturen auf, vermutlich aus eigener Hand. Ob es sich um einen Bericht an eine Organisation, eine Fassung eines zu publizierenden Essays oder trotz des Umfangs von knapp 8.000 Wörtern um ein Vortragsmanuskript handelt, lässt sich derzeit nicht überprüfen. Die ausführliche Darstellung deutscher Verhältnisse im historisierenden Präteritum sowie einige englische Übersetzungen deutschsprachiger Zitate verweisen aber darauf, dass das Zielpublikum ein internationales gewesen sein könnte.[858] In dem überlieferten Text geht es um eine Bilanz der ersten zehn Jahre der DDR-Kulturpolitik sowie um die zeitgenössische Situation im literarischen Feld der DDR. Unselds Quellen scheinen vorrangig veröffentlichte Schriften,[859] Medienberichte und -bilder[860] sowie Gesetze gewesen zu sein; nichts verweist darauf, dass er die DDR-Verhältnisse aus eigener Anschauung oder aus Gesprächen kannte.[861] Der Text gibt umfassend Einblick in den Wissenshorizont des Verlegers, liefert Hinweise auf Lektüren und Diskurse, die Unseld zu dieser Zeit beschäftigten, und ist aus diesem Grund im Anhang abgedruckt.[862] Für meine Analyse ist hier jedoch nicht der gesamte Inhalt von Rele-

857 Da Unseld von Brecht noch im Präsens schreibt und der Autor am 14. August 1956 starb, muss es sich um einen Text aus dem Frühjahr 1956 handeln.

858 Eventuell handelt es sich um einen Text für das *Kuratorium Unteilbares Deutschland*, in dem Unseld sich auch in späteren Jahren noch engagierte. Vgl. Kapitel 1.2. Das Kuratorium *Unteilbares Deutschland* war ein am 14. Juni 1954 unter der Präsidentschaft von Paul Löbe gegründeter Zusammenschluss von führenden Vertretern der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Diese überparteiliche „Volksbewegung für die Wiedervereinigung" hatte sich zum Ziel gesetzt, Kontakte zwischen den getrennten Gebieten zu pflegen, den Willen zur Wiedervereinigung aufrecht zu erhalten und die Jugend in diesem Sinne zu erziehen (Christoph Meyer: Deutschland zusammenhalten. Wilhelm Wolfgang Schütz und sein „Unteilbares Deutschland". In: Deutschland Archiv online, 25.07.2014: www.bpb.de/188966 (zuletzt eingesehen am 5.05.2022)).

859 Unseld zitiert verschiedene Autoren und Intellektuelle, um seine Argumente zu belegen, darunter Günter Eich, Johannes R. Becher, Wladimir Majakowski, Lenin, Karl Marx und andere.

860 Unseld beschreibt zu Beginn seines Texts ein großformatiges Plakat, das auf dem 4. Schriftstellerkongress der DDR hinter dem Präsidium des Schriftstellerverbands auf dem Podium hing. Es gab damals eine Meldung des *Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes* (*ADN*) mit einem Foto des Kongresses vom 10.01.1956, das diese Szene zeigt. Vgl. Unseld: Kunst im Dienst. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 1.

861 Dem Briefwechsel mit Uwe Johnson zufolge reiste Unseld erst 1959 zum ersten Mal in die DDR (vgl. Johnson/Unseld: Der Briefwechsel, S. 17).

862 Eine historisch-kritische Kommentierung des gesamten Textes, die gerade für Unselds Haltung im Literaturaustausch aufschlussreich wäre, ist erst dann sinnvoll, wenn Unselds Privatarchiv samt seiner Privatbibliothek der Forschung zur Verfügung steht.

vanz, sondern vor allem die Argumentationsstruktur des Textes, seine Quellen und Thesen, die ich im Folgenden wiedergebe.

Die Problematik, sich überhaupt zur Situation in der DDR zu äußern, stellte Unseld an den Beginn seiner Überlegungen:

> Wer es unternimmt, über die geistige Situation einer Hälfte seines eigenen Landes zu berichten, begegnet einer doppelten Schwierigkeit. Die erste liegt im Versuche selbst. Abgesehen davon, daß ein solcher Bericht weder Momentaufnahme noch historischer Rückblick sein sollte (was ist Gegenwart, was Vergangenheit? Was ist schon überholt und was wird geschehen?) der Gegenstand [!] über den ausgesagt werden soll [!] ist nichts Fixierbares, nichts Feststehendes [!] sondern Fluktuierendes. Wird es möglich sein, ihm objektiv zu begegnen, wenn eine zu große Distanz ohne Interesse ist, Identifizierung aber unmöglich ist? Die zweite Schwierigkeit aber liegt darin, daß ein Deutscher, der über die gespaltene Hälfte seines Vaterlandes Wesentliches aussagen soll, allzuleicht in die politische Gefahr einer Anerkennung dieser Gespaltenheit gerät.[863]

Zunächst wird deutlich, dass Unseld Deutschland als ein Ganzes und die Halbierung „seines eigenen Landes“, also die Teilung Deutschlands als Verlust darstellte. Der geschichtsphilosophische Einwand, worüber und wie zu berichten sei, bewirkt eine doppelte Distanzierung. Zum einen wies Unseld daraufhin, dass kulturelle Phänomene einem stetigen Wandel unterliegen und sich darüber weder rück- noch vorausblickend eindeutige Aussagen machen lassen. Dadurch mussten aber auch Unselds eigene Auskünfte und Standpunkte zur Lage der Literatur und der Intellektuellen in der DDR als vorläufig bzw. revidierbar gelten. Er machte sich und was er schrieb also unangreifbar, indem er die Möglichkeit von Irrtum und Veränderung offenhielt. Zum anderen problematisierte Unseld die Frage, welche Haltung sich gegenüber dem Gegenstand einnehmen lasse – weder distanzierend noch identifizierend – und positionierte sich damit in einem ideologischen Diskurs, der die Auseinandersetzung mit der DDR als Anerkennung des Staats und damit der deutschen Teilung thematisierte. In einer Zeit, in der die Einheit Deutschlands in beiden Teilen noch zur Staatsdoktrin gehörte, beugte er somit dem Eindruck vor, Befürworter des sozialistischen Staats und damit eines geteilten Deutschlands zu sein. Allein das Reden über und das Wissen von den Verhältnissen der DDR, so suggeriert der Text, hätte ihm von seinem westlichen Publikum als Zustimmung ausgelegt werden können.

Seine Ausführungen formulieren eine Herausforderung westdeutscher Verlagspraxis, die der Suhrkamp Verlag generell, aber auch bei jedem neuen Text und jeder Autorin, jedem Autor wieder annahm: Wie sollte man sich zur Literatur und den Autor:innen der DDR stellen, die potentiell Teil eines deutsch(sprachig)en

863 Unseld: Kunst im Dienst. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 1.

Programms sein konnten, und dabei sowohl die Bedingungen des literarischen Felds der DDR als auch der BRD kalkulieren? Wie war eine Auseinandersetzung mit der DDR, geschäftliche und persönliche Kontakte zu Intellektuellen, die die Idee eines sozialistischen Gesellschaftssystems unterstützten, möglich, ohne gleichzeitig die deutsche Teilung als unwiderrufliches Faktum zu bestärken bzw. in den Verdacht zu geraten diese Ideen zu teilen?

Indem Unseld die Erkenntnis- und Darstellungsmöglichkeiten erwähnte, setzte er sich selbst in größtmögliche Distanz zum literarisch-intellektuellen Feld der DDR, stellte es als fremd, einer anderen Welt oder Zeit zugehörend dar. Seine Überlegungen verweisen hier bereits in den fünfziger Jahren auf Verständnisschwierigkeiten im Literaturaustausch, die im Umgang mit Literatur der DDR immer wieder verhandelt wurden, wie noch zu zeigen sein wird. Der Verlag begegnete dieser Wahrnehmung später mit der Auswahl von für den Literaturaustausch geeigneten Texten, mit (re)kontextualisierenden Nachworten, erläuternden Anmerkungen, etc. Er griff damit zu Praktiken, die auch im kulturellen Transfer und der Transformation von fremdsprachiger Literatur zum Tragen kamen und kommen.[864] Damit einher ging die Vorstellung, Autor:innen der DDR hätten eine grundsätzlich verschiedene Denk- und Schreibweise zumal unter anderen Bedingungen der Text- und Buchproduktion, die auch ein Faktor bei der Bewertung von Manuskripten war.

Die Unsicherheit, über den anderen Teil Deutschlands zu sprechen, äußert sich auch in der tastenden mehrfachen Benennung des Staats, über den Unseld referierte: „im östlichen Teil Deutschlands, in der Deutschen Demokratischen Republik!“[865] Zunächst nur als geographisch im Osten liegenden Teil eines ganzen Deutschlands bezeichnet, fügte er danach den vollständigen offiziellen Namen hinzu, um die reale Existenz des Staates auch noch mit einem Ausrufezeichen zu bestätigen. Am Rand des Dokuments zitiert jedoch ein handschriftliches „Mitteld.“[866] die Bezeichnung ‚Mitteldeutschland‘, die zur Vermeidung der offiziellen

864 Vgl. Einert: Die Übersetzung eines Kontinents, S. 168 – 170; Kemper: Kulturtransfer und Verlagsarbeit, S. 8 – 14. Vgl. zum Transformationsbegriff, verstanden als (zeitliche und räumliche) Wandlungsprozesse zwischen einer Referenz- und einer Aufnahmekultur, die dabei – unter dem Begriff der Allelopoiese – wechselwirkend sowohl konstituiert, konstruiert und modelliert werden, auch Lutz Bergemann u. a.: Transformationen. Ein Konzept zur Erforschung kulturellen Wandels. In: Hartmut Böhme (Hg.): Transformationen. Ein Konzept zur Erforschung kulturellen Wandels. München 2011, S. 39 – 56, S. 39 f.

865 Unseld: Kunst im Dienst. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 1.

866 Handschriftlicher Kommentar in: ebd.

Staatsbezeichnung bis in die sechziger Jahre gewählt wurde, um den Status des geteilten Deutschlands als vorübergehend und die Grenzfrage, auch in Bezug auf die Oder-Neiße-Grenze, als ungeklärt zu deklarieren. Ein Rechenschaftsbericht des *Kuratoriums Unteilbares Deutschland*[867] klärt, was genau gemeint war: Die DDR wurde als Mitteldeutschland bezeichnet, mit Ostdeutschland waren die ehemals deutschen Ostgebiete gemeint, die seit dem Potsdamer Abkommen zu Polen und der Sowjetunion gehörten.[868] Im Gegensatz dazu glich die Verwendung der offiziellen Staatsbezeichnung ‚DDR' einer Anerkennung der Existenz des Staats, aber auch der deutsch-polnischen Grenzziehung durch die Alliierten, welche die BRD offiziell erst 1970 anerkannte. In Unselds Sprachwahl äußert sich sein Bewusstsein von den deutschlandpolitischen Verhältnissen: Mit dem „östlichen Teil" als Bezeichnung für die DDR erkannte er implizit die Oder-Neiße-Grenze an, mit der offiziellen Staatsbezeichnung auch die Existenz der DDR. Ob es sich bei dem handschriftlichen Zusatz um eine Korrektur handelt, die in einer späteren Fassung eingearbeitet wurde, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen. Die Annotation verweist aber zum einen auf die zeitgenössische politische Diskussion und zum anderen auf Unselds pragmatische und damit im Kontext bundesdeutscher Ostpolitik fortschrittliche Haltung zur DDR in den fünfziger Jahren, für die er sich dann in den sechziger Jahren auch öffentlich engagierte.

Bereits im Titel *Kunst im Dienst* klingt ein Unterschied zwischen den literarischen Feldern in Ost und West an: Unseld erwähnte Äußerungen von (Kultur-)Politikern wie Johannes R. Becher und Otto Grotewohl zur Ideologie eines sozialistischen Kunstschaffens, zum engen Zusammenhang von Kunst und Politik und deren gegenseitiger Beeinflussung, und kam aufgrund dessen schon zu Beginn des Textes zu dem Schluss, dass der Kunstschaffende in der DDR seine künstlerische Freiheit aufgebe: „Seine Kunst ist die Magd des politischen Gedankens."[869] Während sich die Kunst in der Bundesrepublik in einem „freien Spiel der Kräfte" bewege und die Künstler dabei „freilich [...] das harte Brot dieser Freiheit essen und die oft herbe und kühle Luft atmen müssen", so Unseld, habe der ostdeutsche Autor „seine finanzielle Besserstellung und materielle Sicherung mit einer Einschränkung seiner künstlerischen Freiheit" erkauft.[870] Aus seiner Sicht brachte die DDR also keine autonome Kunst hervor, sondern es entstanden

867 Der Rechenschaftsbericht enthält Vorworte der Bundespräsidenten Heinrich Lübke und Theodor Heuss (vgl. Unteilbares Deutschland. Ein Rechenschaftsbericht 1954 bis 1960. Zusammengestellt von Herbert Hupka. Köln: 1960, S. 4).

868 Vgl. ebd., S. 7.

869 Unseld: Kunst im Dienst. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 1.

870 Ebd.

dort nur Werke, die sich dem kulturpolitischen Auftrag stellten, den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft zu fördern.

Am Ende der Einleitung beschrieb Unseld ein großformatiges Plakat, das auf dem 4. Schriftstellerkongress der DDR hinter dem Präsidium des Schriftstellerverbands auf dem Podium hing:

> Über den Häuptern der vielköpfigen Versammlung an der Stirnwand des Präsidiums reckte sich in kühner Fotomontage das Emblem des Kongresses auf: ein hochgereckter muskulöser Arm, der Arm eines von den Werken der Anwesenden oft besungenen Traktoristen oder Hochofenarbeiters, wuchs über den Strom des Demonstrationszuges, über den Wall der Fahnen und Spruchbänder hinaus und seine kräftig geäderte [!] Finger hielten ein riesiges Buch, in dessen aufgeschlagenen Seiten die Losung der ostdeutschen Literatur geschrieben war: „Die Bücher von heute sind die Taten von morgen".[871]

In der darauffolgenden Interpretation und Kontextualisierung des Spruchs schwingen Sympathie für sozialistische Ideen – er zitierte aus einer Rede Brechts – und ein Wunschdenken mit, bedenkt man Unselds Erinnerungen an seine eigene Lesebiographie und die Bedeutung von Literatur für seine Entwicklung nach dem Krieg: „[Der Spruch] verweist auf die enge Verbindung des Lesens mit dem Handeln, der Kunst mit dem Leben."[872] Obwohl es um das Literaturverständnis in der DDR ging, lassen sich Unselds Ausführungen als Appell eines westdeutschen Literaturproduzenten an sein (westliches) Publikum lesen, zumindest in Bezug auf die Überzeugung, dass von Literatur eine Wirkung ausgeht:

> Die Literatur, die in Westdeutschland eine gemäßigte Rolle in der Öffentlichkeit spielt, hier, im Osten ist sie eine bedeutende, umworbene und in den Vordergrund gerückte öffentliche Angelegenheit. Bücher sollen ja nicht nur, wie andernorts auch, Leben widerspiegeln, sondern sie sollen unmittelbar zu Taten und zu einer spezifischen Gesinnung anregen.[873]

Er wies aber darauf hin, dass diese Wirkung in der DDR eben nicht nur als ein Effekt, sondern als eigentlicher Daseinszweck von Kunst gesehen werde. Kunst, so Unseld, sei dort ein staatliches Erziehungsmittel und stehe allein im Dienst der Politik.

Zur Darstellung der Entwicklung in der DDR verwendete Unseld Vokabular und Formulierungen, die an die Zeit des Nationalsozialismus erinnern. Durch den Vergleich zwischen DDR und BRD, der die politische und gesellschaftliche Differenz aufzeigen sollte, erscheint die DDR somit nicht als antifaschistischer Staat,

871 Ebd.
872 Ebd.
873 Ebd.

sondern als Staat mit totalitären Zügen, in denen sich die Strukturen des Deutschen Reichs fortsetzen. So sprach Unseld von einem „Gleichschaltungsprozeß", der „dem einzelnen Menschen seine eigene, persönliche Entscheidungsfreiheit immer mehr" entzogen habe.[874] Alle Lebensbereiche, so führte Unseld aus, seien dem gesellschaftlichen Fortschritt unterstellt. Er erwähnte die Macht der Partei, „Aufmärsche und Kundgebungen", „Plakate und Spruchbänder", die dem „einsamen Grübler" nicht genug Zeit ließen, „sich eine eigene Welt zu schaffen".[875] Daran wird deutlich, dass Unseld hier ein Verständnis von Literatur vertrat, die aus der Schöpfungskraft eines autonom gedachten Autors entstand und nicht aus dessem Wirken in gesellschaftlichen Kontexten.

Obwohl er dem Rationalismus und Kollektivismus sowie dem einheitlichen Menschenbild der sozialistischen Lehre in ihrem Totalitarismus widersprach, richtete sich seine Kritik nicht gegen sozialistische Ideen *per se*, sondern gegen deren realpolitische Umsetzung und Praxis in der DDR. Das wird daran deutlich, dass er einen Unterschied zwischen den Kunstschaffenden in der DDR und den vom Nationalsozialismus verfolgten linken Intellektuellen machte, die mit ihrer kosmopolitischen Haltung die Avantgarden der zwanziger Jahre bereichert hätten. Die in der DDR geforderte „Staatsbejahung" und die Ablehnung des Formalismus verhindere jedoch eine Orientierung an und eine Fortsetzung des künstlerischen Schaffens der literarischen Moderne.[876] So hielt er die von Brecht, Seghers, Arnold Zweig, Ludwig Renn, Johannes R. Becher im Exil verfassten, aber in der DDR publizierten Texte für bedeutende Werke. Dass diese Autor:innen in der DDR kein weiteres Werk geschaffen hätten, sei Ausdruck für „die Unmöglichkeit, in einem unfreien System schöpferisch frei arbeiten zu können".[877]

Ein weiteres Problem sah Unseld in einem fundamentalen Unterschied zwischen dem ost- und dem westdeutschen Literaturverständnis: „Es ist sehr schwer, die dem neuen, sozialistischen Realismus huldigenden Veröffentlichungen ostdeutscher Schriftsteller gerecht zu beurteilen. Der Graben, der die beiden Teile Deutschlands trennt, spiegelt sich am deutlichsten in dieser Literatur wieder, zu der ein westdeutscher Leser keinen Zugang finden kann."[878] Das Zitat suggeriert die Homogenität einer westdeutschen Leserschaft und verweist auf Unselds Literatur- und Lektüreverständnis.[879] Ihm schwebte ein „Leser" vor, der mit dem Text in Interaktion tritt und einen direkten Bezug zwischen Kontextwissen und

874 Ebd.
875 Ebd.
876 Ebd.
877 Ebd.
878 Ebd.
879 Vgl. hierzu auch Michalzik: Unseld, S. 123.

Primärtext herstellt. Seiner Meinung nach bestand allerdings nicht nur ein ideologischer, sondern auch ein literarischer Unterschied zwischen beiden Teilen Deutschlands, der ein Textverständnis unmöglich machte.

Außerdem konstatierte Unseld eine Krise der Literatur der DDR, die daher rühre, dass die Kulturpolitik „ihr Idee und Richtung auf ein einheitliches Menschenbild [gebe], in dem Individuelles wenig Raum hat" und damit auch der individuelle künstlerische Ausdruck, der für ihn Bedingung literarischer Innovation war.[880] Ausnahmen sah er im Bereich der Lyrik bei Fühmann, Kunert und Huchel, deren Werke er als Verleger später veröffentlichte oder zumindest dafür in Erwägung zog. Vor allem Huchel sei sich in „seiner eigenen lyrischen Art treu geblieben".[881] In Kunert erkannte er auf Grundlage des 1950 im Aufbau Verlag erschienenen Gedichtbands *Wegschilder und Mauerinschriften* die „größte lyrische Hoffnung der ostdeutschen Literatur".[882] Bei der Einschätzung der Werke in Prosa (Seghers, Ludwig Renn und Arnold Zweig) und Drama (Brecht, Friedrich Wolf und Erwin Strittmatter) entspricht sein Urteil der Verlagspraxis der fünfziger Jahre. Unseld war der Meinung, die erwähnten Autor:innen hätten ihre bedeutenden Werke in der Zeit des Exils geschrieben, neuere Texte hätten kaum Erfolg. Auf welches literarische Feld und welche Art des Erfolgs sich seine Einschätzung bezog, erklärte er nicht.

Der Text belegt die These, der Suhrkamp Verlag sei zu Beginn, d. h. in den hier besprochenen fünfziger Jahren, ein Verlag der Remigrant:innen gewesen und zwar nicht nur als Wiedergutmachungsgestus in der Folgezeit des Nationalsozialismus, sondern auch als Abgrenzungs- und im selben Moment Vereinnahmungspraxis der Literatur der DDR.[883] Die von Unseld erwähnten Namen und Titel erscheinen als autonome Akteure im literarischen Feld der DDR und gehörten somit, so suggeriert der Text, eigentlich in eine westlich demokratische Tradition. Abschließend ging er auf die Bedeutung Brechts als Lyriker und Dramatiker ein und erläuterte dessen kontroverse Position als österreichischer Staatsbürger, Marxist und Kritiker des SED-Staats, die sich auf die Aufführung und Verbreitung seiner Stücke auswirke: „Verbot und Begeisterung betrifft in unseren Tagen sein Werk."[884]

Gerade in der Erwähnung von Theateraufführungen Brechts und den Bedingungen der Buchproduktion lässt sich Unselds Ausführungen die Verlagsperspektive ablesen. Ein Vergleich der Verlagspraxis in den fünfziger und sech-

880 Unseld: Kunst im Dienst. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 1.
881 Ebd.
882 Ebd.
883 Vgl. Teil I, Kapitel 1949; Michalzik: Unseld, S. 90.
884 Unseld: Kunst im Dienst. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 1.

ziger Jahren lässt annehmen, dass die Politisierung des literarischen Felds in den sechziger Jahren auch Auswirkungen auf die Haltungen und Einstellungen hatte, die die Verlagspraxis im geteilten Deutschland prägten, und vor deren Hintergrund Werke von Autor:innen der DDR nicht nur als Ausdruck einer Ideologie, sondern auch als Literatur anders beurteilt wurden. Wie sich vor diesem Hintergrund die Bewertung von Johnsons ersten Manuskripten innerhalb des Verlags unterschiedlich darstellte und mit der Zeit wandelte, werde ich im folgenden Kapitel behandeln.

5.2 Erste Lektion: Auswahlkriterien (*Johnson*)

Im Frühjahr 1957, ein knappes Jahr nachdem Unseld den Text über die kulturelle Situation der DDR geschrieben hatte, erhielt der Suhrkamp Verlag das Manuskript zu Johnsons *Ingrid Babendererde* von Hans Mayer, Dozent in Leipzig und Förderer des jungen Autors, nachdem drei Verlage der DDR eine frühere Fassung abgelehnt hatten.[885] Im Verlag begutachteten die Lektoren Guggenheimer und Unseld den Text, bevor Suhrkamp ihn schließlich ablehnte. Von Guggenheimer sind im Verlagsarchiv Gutachten zu Johnsons Manuskripten erhalten, neben *Ingrid Babendererde* auch zu *Mutmassungen über Jakob*. An ihnen wird deutlich, dass er derjenige war, der sich im Verlag für die Veröffentlichung der Texte einsetzte. Guggenheimer wirkte neben seiner Tätigkeit als Lektor auch als Übersetzer und Literatur- und Theaterkritiker.[886] Von Unseld sind keine Gutachten erhalten; er äußerte sich allerdings mehrfach in anderen Kontexten zu den Gründen seiner Ablehnung des ersten Manuskripts. An *Ingrid Babendererde* störte Unseld der provinzielle Handlungsort, der Optimismus der jugendlichen Protagonisten und die Verwendung des Dialektalen, die ihn an die volkstumsverherrlichende Literatur des Nationalsozialismus erinnerte. Dass der Verlag den kritischen Bezug des Texts zum ‚Kirchenkampf' der SED gegen die Junge Gemeinde im Jahr 1953 nicht in Betracht zog, lässt sich aufgrund der erhaltenen Gutachten und Briefe vermuten: Er kommt darin nicht vor.[887] Erst als Unseld selbst Verleger war und Johnson ein zweites Manuskript vorlegte, lernte er diesen als Autor zu schätzen,

885 Johnson schickte die dritte Fassung des Textes an den Aufbau Verlag, den Hinstorff Verlag und den List Verlag (vgl. Carsten Gansel: „es sei EINFACH NICHT GUT SO". Uwe Johnsons „Ingrid Babendererde. Reifeprüfung 1953". In: Text + Kritik 65/66 (2001), S. 50 – 68, hier S. 56).

886 Vgl. Walter Maria Guggenheimer: Alles Theater. Frankfurt a. M. 1966.

887 Vgl. Fabrizio Cambi: Uwe Johnson: Ingrid Babendererde. Reifeprüfung 1953. In: Elena Agazzi/Erhard Schütz (Hg.): Handbuch Nachkriegskultur, Berlin u. a. 2016, S. 377 – 380.

der sich in seinen Texten mit zeitgenössischen Problemen im geteilten Deutschland auseinandersetzte, und entsprechend vermarktete er ihn dann auch.

Verschiedene Aspekte der Lektoratspraxis werden an der Bewertung der Manuskripte Johnsons deutlich, die auch in der weiteren Entwicklung der Beurteilung, ob ein Text, der in der DDR entstanden war, im Verlag erscheinen sollte oder nicht, entscheidend waren. Sie treten in diesem Fall zum ersten Mal auf. Insofern stellt die Verlagsbeziehung zu Johnson, so die These, für die Verlagspraxis im geteilten Deutschland ein Schlüsselmoment dar. Zu den Entscheidungskriterien über Annahme oder Ablehnung gehörte die Kalkulation der politischen Implikationen einer Publikation für den Autor, wie sich vor allem an den Überlegungen zum Wohnort Johnsons zeigt, und der sonstigen Auswirkungen auf das Verlagsnetzwerk, hier vor allem in der Beziehung zur Brecht-Erbin Weigel. Des Weiteren rechnete der Verlag mit der westdeutschen Leserschaft. Es war entscheidend, ob der Text nach Einschätzung des Verlags dem zeitgenössischen Buchmarkt entsprach und genügend Bezugspunkte für das westdeutsche Publikum bot. Besonders deutlich wird dies an der Bewertung der Textstellen im mecklenburgischen Platt. Darüber hinaus verdeutlichen die Überlegungen des Verlags ganz generell die unterschiedliche Entwicklung in den beiden literarischen Feldern. Was in der DDR mit Bezug auf bestimmte Ereignisse, Ideen und Diskussionen geschrieben wurde und dort erfolgsversprechend war, musste im westdeutschen Buchmarkt nicht unbedingt und auch nicht zeitgleich Anerkennung bringen.[888]

Im Verlag also las zunächst Guggenheimer das Manuskript von *Ingrid Babendererde* und fällte ein kritisches, aber positives Urteil. In seinem Gutachten erwähnte er die konspirativen Umstände, durch die das Manuskript des Autors über eine Westberliner Adresse[889] an den Verlag gelangt sei, und das im Verlag nun vertraulich behandelt wurde. Weil Johnson den politischen Bezug und seine Kritik nur am persönlichen Erleben der Figuren, ihren Gedanken und Handlungen gestaltet, ohne den Erzähler explizit das politische System oder die gesellschaftlichen Verhältnisse kommentieren zu lassen, sprach sich Guggenheimer trotz politischer Erwägungen für eine Publikation aus:

> Ich möchte sagen, ich scheue an sich Unternehmen, die so aussehen, als tue man Feindliches gegen die DDR, und den Oberflächlichen auf beiden Seiten wird es scheinen, als geschähe das mit diesem Buch. Aber das ist nun nicht zu ändern. Daran sind die Leute drüben

888 Vgl. Teil III, Kapitel 2.1.

889 Über Eberhard Seel in Berlin-Wilmersdorf.

> selbst schuld. In diesem Buch ist alles vordergründig Politische auf das unausweichlich Persönliche reduziert. Und eben dieses darf nun wirklich nicht verschwiegen werden.[890]

In einem Manuskript aus dem Archiv, das von 1965 stammt und die Ablehnung von Johnsons erstem Roman bespricht, argumentierte Unseld ähnlich, jedoch zu Ungunsten des Texts: „[I]ch wollte auch kein Buch gegen die DDR [...] in unserem Verlag haben."[891] Guggenheimer kritisierte weiterhin die Dominanz des Norddeutschen, nicht nur die plattdeutschen Textstellen, sondern auch „ein gewisses Kokettieren mit Verschlossenheit, indirekter Aussage, Versonnenheit, Verschmitztheit, Herbheit und derlei."[892] Während die Westberliner Mitarbeiterin Margarete Franck und Unseld, wie noch zu zeigen sein wird, vor allem die häufige Verwendung des Plattdeutschen sowie den Handlungsort in der mecklenburgischen Provinz als Begründungen für ihre Einschätzung angaben, dass der Text in Westdeutschland auf wenig Verständnis stoßen werde, kam Guggenheimer zu anderem Urteil: „Wenn mich eine so geschilderte Welt und Atmosphäre verzaubert, statt mich zu befremden oder zu irritieren, dann muß [Herv. im Original, A. J.] es normale Leser gewinnen."[893]

Als positive Aspekte nannte Guggenheimer Aufbau und Darstellung – damit meinte er zum Beispiel die verschiedenen Zeitebenen der Erzählung, die sprachliche Technik und Charakterisierung der Figuren – sowie die „Anständigkeit" des Textes.[894] Zum einen stünden die positiven Figuren im Vordergrund, während moralisch zweifelhafte Figuren erzählerisch und sprachlich marginalisiert würden und zum anderen sei das Buch von einer optimistischen Grundhaltung geprägt, obwohl es für die Hauptfiguren, die in den Westen flüchten, kaum Hoffnung gebe. Guggenheimer spekulierte deshalb mit einer Fortsetzung der in *Ingrid Babendererde* angelegten Figurenkonstellation und nahm somit die weitere Werkentwicklung Johnsons vorweg: „Wenn man daran denkt, was aus dem ‚Dreieck' dieser jungen Menschen gemacht werden könnte!"[895]

Neben der literarischen Qualität war für den Lektor auch die gesellschaftliche Funktion des Textes entscheidend, der seiner Meinung nach eine positive Wirkung auf die deutsch-deutsche Verständigung haben würde, weil „jeglicher

---

890 Walter Maria Guggenheimer: Uwe Johnson: Ingrid Babendererde, Gutachten vom 24.04.1957. In: DLA, SUA: Suhrkamp. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 4.

891 Siegfried Unseld: Missverständnisse um Ingrid. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

892 Guggenheimer: Uwe Johnson: Ingrid Babendererde, Gutachten vom 24.04.1957. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 4.

893 Ebd.

894 Ebd.

895 Ebd.

Nonsens politischer Geschäftigkeit“ und „die landläufigen westlichen Vorurteile“ gar nicht erwähnt würden:

> [D]as wäre endlich ein Buch, das wirklich für das Verständnis arbeiten würde, nicht durch Werbung (es wirbt für gar nichts), sondern durch Eliminierung alles Nebensächlichen, aller falschen und nur phrasenhaften Gegensätze. Man möchte sagen, wenn das gelesen ist, kann man beiderseits anfangen über das Entscheidende miteinander zu reden.[896]

An Guggenheimers Meinung wird die Funktion deutlich, die Johnsons erste Texte im Verlag hatten: Sie wurden zunächst als Schilderung der Verhältnisse in der DDR, als Meinungsäußerung des Autors zur deutschen Teilung wahrgenommen und sollten ost-westdeutsche Gespräche abseits vom politischen Diskurs anstoßen. Umso wichtiger war als Bewertungskriterium die Frage, ob die westdeutsche Leserschaft einen Zugang zum Text finden würde.

Nachdem auch Suhrkamp das Manuskript begeistert gelesen hatte – „[e]s juckt mich danach, ein Buch daraus zu machen“,[897] schrieb er am 11. Juni 1957 an den Autor – schickte er es zur Lektüre an seine Westberliner Büroleiterin Franck. Anscheinend hatte Suhrkamp der Schluss der Erzählung besonders gut gefallen; er wie auch Guggenheimer und Franck kritisierten allerdings die sich gegen Ende häufenden und langen, plattdeutschen Stellen, die in ihrer Einschätzung Lektüre und Verständnis des Texts erschwerten.[898] Franck wog in ihrer Beurteilung die Authentizität der plattdeutschen Sprache in Bezug auf den ländlichen Handlungsort mit den Rezeptionsbedingungen einer urbanen, westdeutschen Leserschaft ab. Aufgrund der deutschen Teilung ging Franck davon aus, dass sich getrennte Erfahrungswelten und damit unterschiedliche Lektüreinteressen entwickelt hätten. Sie hielt es daher für schwierig, für den thematisch und sprachlich regionalen Text in der BRD eine Leserschaft zu finden. Außer Acht blieb dabei, dass sich der plattdeutsche Sprachraum auf den Norden und nicht den Osten Deutschlands ausbreitete und auch in Westdeutschland weite Bevölkerungsteile der plattdeutschen Sprache mächtig waren.

Der Suhrkamp Verlag war zu dieser Zeit ein elitärer, kleiner Verlag, der sich an ein ausgewähltes, gebildetes Publikum richtete.[899] Erst mit Unselds Verlagsübernahme wendete sich das Programm einer breiteren Leserschaft zu. Francks Überlegungen zu einem möglichen Zielpublikum und der Verkäuflichkeit des Textes verdeutlichen, dass der Verlag mit einer Literatur konfrontiert war, die ihn

896 Ebd.
897 Peter Suhrkamp an Uwe Johnson, Brief vom 11.06.1957. In: DLA, SUA: Suhrkamp.
898 Vgl. Margarete Franck an Peter Suhrkamp, Brief vom 18.07.1957. In: DLA, SUA: Suhrkamp.
899 Vgl. Gerlach: Die Bedeutung des Suhrkamp Verlags für das Werk von Peter Weiss, S. 60.

nicht nur inhaltlich und sprachlich, sondern auch in seiner Produktions- und Vertriebspraxis vor eine Herausforderung stellte: „Es wäre schön, wenn das Buch gedruckt würde, doch wer kauft es. Der durchschnittliche Westdeutsche will das alles garnicht wissen. der [!] Ostdeutsche würde es mit brennendem Interesse lesen, darf es aber nicht besitzen, :bleiben [!] die aus Ost nach West gewechselten Studenten, die alle kein Geld haben.“[900] Franck kalkulierte zwischen der künstlerischen Originalität des Textes und den Verkaufs- und Verbreitungsmöglichkeiten einer Buchpublikation. Schließlich befürwortete sie die Publikation vor allem aus literarischen Gründen und nicht, weil sie davon ausging, aus diesem Text könne ein auflagenstarkes Buch werden.

Nachdem die Reaktionen von Guggenheimer und Franck auf das Manuskript trotz einiger Bedenken positiv ausgefallen waren, traf sich Suhrkamp Mitte Juli mit Johnson in Westberlin. Johnson resümierte das Gespräch in einem Brief an den Verleger und hielt dessen Kritikpunkte am Text fest, die sich unter dem Schlagwort „Mangel an Welt“ zusammenfassen ließen.[901] Darunter verstand Johnson drei Aspekte seines Textes: der nordisch-sagahafte Gestus, der Fokus auf das Private, in dem das Politische aufgeht, womit er – so bemerkte er selbstkritisch – der pädagogischen Aufgabe sozialistischer Heimat-Literatur entspräche, und der Titel, der ebenfalls auf das Regionalsprachliche und Naturverbundene verweist, auf den Johnson allerdings nicht verzichten wollte. Im Nachwort zur schließlich erst postum veröffentlichten Erstausgabe des Romans 1985 fügte Unseld dem Katalog einen weiteren Punkt hinzu: Johnson sei nicht imstande gewesen, die westdeutsche Wirklichkeit zu vermitteln. Der Grund sei „das extrem stilisierte [...] Wissen von kapitalistischen Lebensformen“ gewesen, das Johnson sich nicht durch eigene Anschauung, sondern Lektüre angeeignet hätte.[902]

Im Verlag war vor allem der Regional- und Naturbezug ein viel diskutierter Aspekt. Für die Dominanz des Norddeutschen hatte Guggenheimer Kürzungen und Veränderungen vorgeschlagen. Im Epilog des Gutachtens setzte er sich aber für die Notwendigkeit des Naturbezugs ein: „Sommerhitze, Wasserkühle, Wolken und Hügel gehören einfach unlösbar mit zu diesen Menschen und ihren untergründig sich vorbereitenden Entschlüssen und Handlungen.“[903] Selbst noch im Gutachten zu den *Mutmassungen über Jakob*, das Guggenheimer zwei Jahre später,

900 Franck an Suhrkamp, Brief vom 18.07.1957.

901 Uwe Johnson an Peter Suhrkamp, Brief vom 21.08.1957. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

902 Siegfried Unseld: Nachwort. In: Uwe Johnson: Ingrid Babendererde. Reifeprüfung 1953. Mit einem Nachwort von Siegfried Unseld. Frankfurt a.M. 1985, S. 249 – 264, hier S. 259.

903 Guggenheimer: Uwe Johnson: Ingrid Babendererde, Gutachten vom 24.04.1957. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 4.

am 18. März 1959 verfasste, rechtfertigte er das Setting der Johnson'schen Texte gegen eine Kritik am Natürlichen:

> was hier passiert, die art, die leute, die sprache, die sympathien – das alles fällt unter das, was manche leute Blut und Boden nennen. ich halte das für ein leeres schreckgespenst, für eine literarische jargon-atrappe. mir sind leute (schreiber), von denen man spürt, dass sie wissen, was wald und nebel ist (diesmal nicht see und sonne) sehr lieb.[904]

Mit „Wald und Nebel" ist der *Jakob*-Roman gemeint, mit „See und Sonne" verwies Guggenheimer auf Szenen wie die Segelpartie aus *Ingrid Babendererde*. Der Begriff „Blut und Boden" ging auf Diskussionen mit Unseld zurück, den Guggenheimer mit „manche leute" vermutlich mitmeinte und der den Text abgelehnt hatte. In dem schon erwähnten Archiv-Manuskript von 1965 zur Rechtfertigung seiner Ablehnung erklärte Unseld:

> Meine Einwände [...] bezogen sich auf den mir schal erscheinenden Optimismus dieser Jugend; mir, der ich ein anderes „Deutsches Jungvolk" hinter mir hatte, wurde hier einfach zu viel von der „Freien Deutschen Jugend" geredet. [...] In der Hitze des Disputs muß dann auch das Wort von Blut und Boden gefallen sein.[905]

Im Nachwort von 1985 schilderte Unseld, welche Gründe sein Votum gegen den Text hatte:

> Sicher waren es außerliterarische Kriterien, die mir damals den Zugang zum Text versperrten. Das Fremde des Milieus, die vertrackte Provinzialität dieser Kleinstadt, die vielen Textpassagen im Mecklenburger Platt [...] Ich konnte damit nichts anfangen [...] die ganze, so kompliziert geschilderte Geschichte transportierte für mich [...] mit einem Wort zu wenig Welt. [...] [K]urz, ich wehrte mich gegen eine parteiliche Atmosphäre, der ich hoffte, für immer entronnen zu sein, und irrtümlicherweise wurde mir diese Darstellung nicht als Kritik des Autors deutlich.[906]

Unseld erklärte seine Wahrnehmung des Textes mit der historischen Rezeptionssituation und plausibilisierte seine Ablehnung mit dem literarischen Zeitgeist, der sich von der das Volkstum verherrlichenden Literatur des Nationalsozialismus abgrenzen wollte. Vor diesem Hintergrund und dem Verständnis Unselds von der totalitären Literaturproduktion in der DDR erschien Johnsons Text, suggeriert das Nachwort, nicht nur als Übernahme der bekannten Literaturvorgaben des SED-

904 Walter Maria Guggenheimer: bericht guggenheimer. über uwe johnsons neuen roman. Gutachten vom 18.03.1959. In: DLA, SUA: Suhrkamp. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 5.
905 Unseld: Missverständnisse um Ingrid.
906 Unseld: Nachwort, S. 258.

Regimes einer im sozialistischen Sinne engagierten Literatur, sondern paradoxerweise auch als reaktionärer Rückzug ins Private und Naturhafte. Bereits die Äußerung Unselds aus dem Jahr 1965 belegt allerdings, dass er sein Urteil über den ersten Text revidierte.

Als entscheidendes Kriterium für oder gegen eine Veröffentlichung kam 1957 die Situation des Autors in der DDR hinzu. Johnson war inzwischen aus Leipzig in die Hauptstadt Ostberlin gezogen, und sein Manuskript hatte mehreren Verlagen vorgelegen, der Text und sein Autor waren also bekannt.[907] Suhrkamp erklärte dem Autor, „dass ich die Veröffentlichung in meinem Verlag für letztes Frühjahr übernommen hätte, wenn Sie an Ihrem Ort geblieben wären und das Erscheinen unter einem Pseudonym möglich war."[908] Allein eine Inkognito-Produktion des Buchs hätte den noch unpublizierten Autor in Ostberlin vor Repressionen schützen können. Eine weitere Überlegung war schließlich, inwieweit ein Text mit Bezug zu einem historischen Ereignis Bestand haben könnte. Bereits im Dezember 1957 war Suhrkamp der Meinung, dass „der Roman so rasch durch die allgemeine Entwicklung entwertet" worden sei.[909]

Im Vergleich des Nachworts der Buchausgabe von 1985 mit seinen im Archiv liegenden Vorfassungen wird deutlich, wie Unseld sein initiales Unverständnis konstruktiv so umformulierte, dass es zum einen als Ausdruck der Wirkung und zum anderen als Anerkennung der Poetik Johnsons wirkt. Unseld verglich den unverstandenen Autor mit den „großen Erzählmeister[n] des Jahrhunderts", Marcel Proust und James Joyce, deren unkonventionelle Darstellungsweise ebenfalls nicht dem allgemeinen Geschmack der Zeitgenossen entsprochen habe.[910] Unseld nutzte somit die Publikationsgeschichte, um in direkter Ansprache der Leserschaft das Werk nun als „erste literarische Chronik" zu vermarkten, „die den unübersehbaren Prozeß des Auseinanderlebens der Menschen in den beiden geteilten deutschen Staaten schildert. War deshalb dieser Text damals seiner, unserer Zeit voraus?"[911] Die Ablehnung des Manuskripts lastete er damit den historischen Verhältnissen an, unter deren Resultat die Verlagspraxis und damit die Fehlbewertung eines literarisch avancierten Texts erscheint. Die Widmung des

907 Zur Rezeptionsgeschichte von Ingrid Babendererde in den fünfziger Jahren vgl. High Ridley: „Nach einem Lenz, der sich nur halb entfaltet". Aspects of the Reception of Uwe Johnson's *Ingrid Babendererde*. In: Deidre Byrnes/John E. Conacher/Gisela Holfter (Hg.): German Reunification and the Legacy of GDR Literature and Culture. Leiden/Boston 2018, S. 107–123.

908 Peter Suhrkamp an Uwe Johnson, Brief vom 4.12.1957. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

909 Ebd.

910 Unseld: Nachwort, S. 260.

911 Ebd., S. 262.

Nachworts „Für Corinne Müller. Abiturientin des Jahres 1985“[912] ist gleichzeitig der Versuch, den historischen Text zu aktualisieren. Durch die Verbindung der Abiturientinnen Ingrid Babendererde von 1953 und Corinne Müller von 1985 verweist die Widmung auf den sich stets wiederholenden Konflikt zwischen Heranwachsenden und den sie umgebenden Autoritäten. Der Zeitbezug des Texts, den der Verlag Ende der fünfziger Jahre noch problematisierte, wird damit zu einer beispielhaften Geschichte ausgeweitet.

Die Verlagsverbindung zwischen Suhrkamp und Johnson blieb trotz der Ablehnung bestehen, der Autor informierte den Verleger über den Fortschritt seiner Arbeiten[913] und schickte Anfang 1959 das Manuskript zu *Mutmassungen über Jakob* an den Verlag. Wiederum begutachtete zuerst Guggenheimer den Text. Er hielt nicht nur an seinem Urteil über den Autor und sein Schaffen fest, sondern attestierte darüber hinaus: „der autor hat, sich selbst erstaunlich treu bleibend, erstaunliche fortschritte gemacht.“[914] Erneut erwähnte er wertschätzend den komplexen Aufbau der Erzählung und Johnsons sprachlichen Stil, war aber der Meinung, dass die „handlung einiger klärung bedarf“.[915] Er schlug hierfür „helfende titel oder untertitel“ vor.[916] Im Gutachten und weiteren internen Notizen drängte Guggenheimer auf Veröffentlichung des Textes, denn er hielt das Erscheinungsdatum für den Erfolg des Buchs für relevant: „diese ganzen DDR-probleme bleiben interessant, wenn sie einmal so menschlich gestellt sind. nachträglich aber, wenn sie de facto überholt sind, äusserlich, zumindest, kommt auch die menschlich-überdauernde fassung nicht mehr an.“[917] Sein Votum orientierte sich also am politisch-gesellschaftlichen Zeitgeschehen, auf das der Text Bezug nahm.

Im Vergleich der beiden Gutachten Guggenheimers wird deutlich, dass sich die Überlegungen und Entscheidungskriterien 1957 und 1959 entsprechen. Was sich mit dem zweiten Manuskript allerdings änderte, waren die Lebenssituation des Autors, der nach Westberlin zog, und der Verleger. Kurze Zeit nach dem Tod Suhrkamps im März 1959 warnte Franck den neuen Verleger Unseld vor möglichen

912 Corinne Müller schrieb wenige Jahre später ihre Dissertation über die Trennung Suhrkamps vom S. Fischer Verlag (vgl. Müller: Ein bedeutendes Stück Verlagsgeschichte).

913 Vgl. Uwe Johnson an Peter Suhrkamp, Briefe vom 1.01. und 15.08.1958. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

914 Guggenheimer: bericht guggenheimer. über uwe johnsons neuen roman. Gutachten vom 18.03.1959. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 5.

915 Ebd.

916 Ebd.

917 Ebd.

Auswirkungen einer Johnson-Publikation für den gesamten Verlag, dessen Kontakte zu Brecht ein Garant für die Beziehungen zur DDR gewesen waren:

> [W]enn der Verlag jetzt ein Buch herausbringt, das so gegen den Osten geschrieben ist, wie wird der Osten das schlucken. Wenn ein so amerikanisch orientierter Verlag wie z.Bsp. Fischer das machte, wäre es etwas anderes als bei uns, die wir doch über Brecht-Weigel, Aufbau-Verlag und Akademie Beziehungen zu freundschaftlicher Arbeitsgemeinschaft pflegen.[918]

Zwei Bedingungen der Verlagsentscheidung sprach Franck an: den Zeitpunkt der Veröffentlichung (ob damit der Verlegerwechsel oder eine bestimmte historische Konstellation gemeint war, bleibt unklar) und die Beziehungen des Verlags in die DDR – zwei Faktoren, die die Verlagspraxis im Umgang mit der DDR immer wieder prägten. Im Antwortschreiben stimmte Unseld Franck in ihren Bedenken zur Reaktion der DDR auf Johnsons Roman zu. Auch er kalkulierte die Position, die der Suhrkamp Verlag durch dessen Autor Brecht im deutsch-deutschen Literaturaustausch hatte:

> Es ist ja nicht so sehr Kritik der dortigen Verhältnisse in erster Linie, sondern eben ihre Darstellung [!] und mein Argument Frau Weigel gegenüber (ich habe mir das sehr genau überlegt!) wird sein, daß eben nur wir den Roman bringen könnten. Würde ein anderer Verlag ihn bringen, so würde der Roman zweifellos politisch-propagandistisch ausgelegt. Dies ist aber bei einer Publikation durch uns nicht der Fall.[919]

Unselds Argument bezieht sich zum einen auf die Form und zum anderen auf die Wahrnehmung von Kritik in der Literatur. Dahinter steht auch die Frage, ob die ungeschönte Darstellung von Verhältnissen auch eine Kritik derselben beinhaltet, ein Aspekt, den Ost und West Unselds Einschätzung zufolge unterschiedlich beurteilten. Bemerkenswert an Unselds Überlegungen ist nicht nur, dass das Verlagsprogramm und in diesem Zusammenhang auch Unselds Entscheidung über die Veröffentlichung von Johnsons Roman *Mutmassungen über Jakob* Ende der fünfziger Jahre ein Diskussionspunkt im Verhältnis zu Weigel war, wie das Zitat belegt. Als Erbin Brechts hatte sie nicht nur einen entscheidenden Einfluss auf die Edition und Verbreitung der Werke Brechts, die ein wichtiges finanzielles Standbein des Verlags darstellten. Unseld machte Verlagsentscheidungen von ihrer Zustimmung und Unterstützung abhängig,[920] wie in diesem Fall die Publi-

918 Margarete Franck an Siegfried Unseld, Brief vom 27.04.1959. In: DLA, SUA: Suhrkamp.
919 Siegfried Unseld an Margarete Franck, Brief vom 29.04.1959. In: DLA, SUA: Suhrkamp.
920 Unseld erhob gegenüber Enzensberger Einspruch gegen den Abdruck von Günter Grass' Theaterstück *Die Plebejer proben den Aufstand* im *Kursbuch 1*, in dem Grass die Rolle Brechts im Arbeiteraufstand des 17. Juni 1953 verarbeitete. Er verhandelte während der Vorbereitungen zum

kation eines DDR-kritischen Textes. Aufschlussreich ist auch, dass Unseld der Ansicht war, die Publikation von Johnsons Werk in West wie Ost ließe sich mit der ‚richtigen' Nachbarschaft Brechts bei Suhrkamp begründen, dessen Wirkung abmildern oder zumindest steuern.

Unseld kalkulierte die Interessen des Verlags: ein konstruktives Verhältnis zu den relevanten Akteuren der DDR, um die Herausgabe der Brecht-Werke nicht zu behindern, und die Chance mit einer literarischen Neuheit aus der DDR symbolisches und ökonomisches Kapital zu akkumulieren. Von einem literarischen Entdeckerimpetus in Bezug auf die Literatur der DDR ist hier allerdings nur wenig zu spüren. Seine Abwägungen sind nur ein Beispiel von vielen dafür, dass der Suhrkamp Verlag seine Entscheidungen, nicht nur in dieser frühen Phase und nicht nur in Bezug auf die Werkpolitik im Fall Brechts, von den (potentiellen) Entwicklungen in der DDR abhängig machte. In der Rekonstruktion der Publikationsgeschichten zu Johnsons Texten wird außerdem deutlich, dass Unseld sich als Verleger letztendlich nicht nur von seinem persönlichen Umgang mit einem Autor aus der DDR, sondern auch von der Einstellung seiner Lektoren Guggenheimer und Boehlich überzeugen ließ, den Autor und seinen zweiten Roman in den Verlag aufzunehmen.[921]

Die politischen Implikationen der Publikation steuerte der Verlag durch sein Marketing: In der Ankündigung der *Mutmassungen über Jakob* betonte der Verlag die literarische Gattung des Romans, um diesen vor der Wahrnehmung als literarische Reportage, getarnt als fiktionaler Text zu schützen: „‚Mutmassungen über Jakob' ist der erste Roman, der das Leben in der Zone von innen her schildert, kein politisches Buch, auch keine Anklage, sondern ein Roman[...]."[922] In veränderter Konstellation – als Verleger und mit Johnsons Umsiedlung nach Westberlin – konnte Unseld 1959 nun den zweiten Text Johnsons publizieren und zwar gerade unter dem Label ‚gesamtdeutscher Autor',[923] also unter Verzicht auf eine einseitige staatlich-ideologische Festlegung und Vereinnahmung, und damit auch den Beginn eines deutsch-deutschen Verlagsprogramms markieren.[924] Im Klap-

Kursbuch auch über die Verlängerung der Verträge mit den Brecht-Erben und musste zwischen seiner Beziehung zu Weigel und dem Eingreifen in die Gestaltung des ersten *Kursbuchs* abwägen, das durch den Konflikt beinahe nicht zustande gekommen wäre. Grass zog das Stück schließlich zurück, um es auf Anraten der Dramaturgie des Schiller-Theaters zu überarbeiten (vgl. Marmulla: Enzensbergers Kursbuch, S. 77–84).

921 Vgl. Kapp: Uwe Johnson und Walter Boehlich, S. 62.

922 Neue Bücher im Herbst 1959. Zitiert nach Fellinger/Reiner (Hg.): Siegfried Unseld. Berlin 2014, S. 91.

923 Zum Label ‚gesamtdeutsch' vgl. Teil I, Kapitel 1959.

924 Die Vermarktung Johnsons korrespondierte mit der Rezeption des Autors durch die Literaturkritik. Enzensberger schrieb in den *Frankfurter Heften:* „Es ist hier das Erscheinen des ersten

pentext der ersten Auflage der *Mutmassungen über Jakob* heißt es: „Das Buch, in dem zum ersten Male die politischen Umstände der beiden Deutschland ohne Absage an sie als literarische Wirklichkeit aufgefasst werden, hinterlässt Unruhe.“[925] Eine Neuigkeit war der Roman nicht nur als Debüt eines aus der DDR emigrierten Autors und als erstes Beispiel eines ‚gesamtdeutschen‘ Romans „ohne Absage“ an einen der beiden Teile Deutschlands, sondern auch als eine der ersten Publikationen des neuen Verlegers. Der Klappentext spiegelt dabei die politische Haltung des Verlags: Johnsons Text setzt sich mit den realen Verhältnissen im geteilten Deutschland auseinander, ohne sie aber als unveränderlich zu konstituieren, während der Verlag mit diesem Buch am deutsch-deutschen Literaturaustausch teilzunehmen begann, aber dennoch an der kulturellen Einheit festzuhalten proklamierte. Johnsons *Mutmassungen* können im Kontext der Verlagspraxis folglich als „Wendepunkt“ im Literaturverständnis gelten, wie bereits Christoph Kapp am Verhältnis Boehlichs zu Johnson verdeutlicht hat.[926]

5.3 Zweite Lektion: Assoziationen (*Bloch, Johnson, Brasch, Braun*)

Neben Johnsons Roman veröffentlichte Suhrkamp im Herbst 1959 auch zum ersten Mal Werke von Bloch. Seit 1952 erschien im Verlag die Zeitschrift *Morgenblatt für Freunde der Literatur*,[927] die sich in ihrer letzten Sonderausgabe am 2. November 1959 anlässlich der Veröffentlichung von *Spuren* und *Prinzip Hoffnung* dem Leipziger Philosophen widmete. Neben Theodor W. Adorno hatte auch Bloch

---

deutschen Romans nach dem Kriege anzuzeigen, das heißt des ersten Romans, der weder der west- noch der ostdeutschen Literatur angehört, für die unsere Verwaltungssprache die groteske Bezeichnung ‚gesamtdeutsch‘ bereithält.“ (Enzensberger: Die große Ausnahme, S. 910). Günter Blöcker bezeichnete *Mutmassungen über Jakob* in der FAZ als „Roman der beiden Deutschland“. (Blöcker: Roman der beiden Deutschland). Vgl. Gillet/Köhler: Ansichten über Ansichten, S. 289; Nicolai Riedel (Hg.): Uwe Johnsons Frühwerk. Im Spiegel der deutschsprachigen Literaturkritik. Dokumente zur publizistischen Rezeption der Romane „Mutmaßungen über Jakob“, „Das dritte Buch über Achim“ und „Ingrid Babendererde“. Bonn 1987.

925 Johnson/Unseld: Der Briefwechsel, S. 29.

926 Kapp: Uwe Johnson und Walter Boehlich, S. 59.

927 Das *Morgenblatt für Freunde der Literatur* war eine achtseitige Verlagszeitung, die von 1952 bis 1959 zuerst monatlich, später ein- bis zweimal pro Jahr erschien und sowohl essayistische Beiträge der Verlagsmitarbeiter:innen oder -autor:innen als auch Textauszüge aus der aktuellen Verlagsproduktion enthielt. Mit dem Titel knüpfte Suhrkamp eine Traditionslinie zur Kulturzeitung *Morgenblatt für gebildete Stände*, ab 1837 *Leser*, die zwischen 1807 und 1865 in der Cotta’schen Verlagsbuchhandlung erschien (vgl. Sabine Peek: Cottas Morgenblatt für gebildete Stände. Seine Entwicklung und Bedeutung unter der Redaktion der Brüder Hauff (1827–1865). In: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel Frankfurt a. M. 42 (1965), S. 947–1064).

selbst seine Mitarbeit an der Publikation zugesagt. Nachdem Adorno jedoch bei einer internationalen Feier zu Ehren Hegels die Delegation der Hegelgesellschaft der DDR beleidigt hatte, musste Bloch seinen eigenen Beitrag im Mai 1959 zurückziehen, um nicht im selben Heft wie Adorno zu publizieren. „Wenn er jetzt sozusagen mit Adorno Hand und Hand aufträte, würde das für ihn sehr bedenkliche Folgen haben können“,[928] erklärte Franck dem Verleger die Situation Blochs. Ihre Einsicht in die Regeln des literarisch-wissenschaftlichen Felds der DDR hatte mit der geographischen Nähe zu Ostberlin und der damit gegebenen Möglichkeit des direkten und regelmäßigen Austauschs mit relevanten Akteuren zu tun. Sie gab dem Verleger wichtige Hinweise für den Umgang mit den Erstpublikationen von Johnson und Bloch und spielte folglich als Beraterin gerade in den Anfängen des Literaturaustauschs eine entscheidende Rolle. Unseld reagierte zunächst verärgert und drohte mit Konsequenzen für die weitere Zusammenarbeit:

> Bloch hat mir seine Mitarbeit am „Morgenblatt“ schriftlich zugesagt. Ich werde davon nicht abgehen und gerade nach Ihren Ausführungen darauf bestehen, daß er diesen Beitrag für das „Morgenblatt“ schreibt. Wenn nicht, lasse ich das ganze Projekt „Prinzip Hoffnung“ daran scheitern.[929]

Unseld ging es darum, das Werk Blochs mit einem originalen Kommentar des Autors und gewichtet mit dem intellektuellen und kulturellen Kapital Adornos in Westdeutschland einführen zu können. Blochs persönliche Situation in der DDR stand dem jedoch im Wege. Unselds Plan veranschaulicht die Praxis des Verlags, etablierte Verlagsautor:innen als Beiträger:innen zu nutzen – in Zeitschriftenheften, für Vor- und Nachworte –, um neue oder weniger bekannte Autor:innen einzuführen und durch Assoziation der Autor:innen und Werke sowohl für diese als auch für den Verlag und seine literarisch-wissenschaftlichen Milieus zu werben. Der Fall Bloch verdeutlicht nicht nur eine Kontinuität der Verlagspraktiken in Bezug auf Lizenzautor:innen der DDR, sondern vor allem, dass der Verlag seine assoziierenden Publikations- und Werbepraktiken an die Bedingungen im geteilten Deutschland anpassen musste. Dass Unseld „gerade“ auf der Einhaltung schriftlicher Vereinbarungen bestand, hängt vermutlich mit seiner kritischen Haltung zu den Verhältnissen in der DDR zusammen, die ich an seiner Rede *Kunst im Dienst* dargelegt habe. Seine Formulierung zeigt den Unwillen, sich aufgrund von politischen Unterdrückungsmaßnahmen der DDR in der eigenen Praxis beeinflussen zu lassen.[930] Seiner eigenen Werteordnung entsprechend, musste er für

928 Margarete Franck an Siegfried Unseld, Brief vom 18.05.1959. In: DLA, SUA: Suhrkamp.
929 Siegfried Unseld an Margarete Franck, Brief vom 21.05.1959. In: DLA, SUA: Suhrkamp.
930 Vgl. Teil III, Kapitel 4.

die Meinungsfreiheit Adornos und Blochs eintreten. Gleichzeitig verdeutlicht das Fallbeispiel, welche Konsequenzen sich aus dem Literaturaustausch für einzelne Akteure und Publikationen ergeben konnten und wie weit die Interdependenz von Publikationen, Haltungen und politischen Konsequenzen im geteilten Deutschland reichte. Ein Blick in die entsprechende Ausgabe des *Morgenblatts* belegt, dass Unseld sich umstimmen ließ: Sie enthält keinen Text von Adorno, dafür aber einen Beitrag von Bloch. Anscheinend kam der Verleger zur Einsicht, dass die Assoziation Blochs mit Adorno zu dieser Zeit nicht nur dem Autor, um dessen Werk es ja ging, sondern auch dem symbolischen Kapital des Verlags in den deutsch-deutschen Beziehungen schaden würde.

Noch hatten Verlag und Verleger aber kein Bewusstsein und keine Sensibilität für Publikationsstrategien im Literaturaustausch entwickelt. Denn nur wenige Monate nach der Bloch-Adorno-Kontroverse kam es wegen der Assoziation von Autoren wiederum zum Konflikt. Diesmal ging es um die gemeinsame Präsentation von Johnson und Bloch am Suhrkamp-Stand auf der Frankfurter Buchmesse im Herbst 1959. Unseld plante am Stand durch die gerade erschienenen Bücher, verschiedene Werbemittel und Namenszüge auf die beiden neuen Verlagsautoren aufmerksam zu machen: „Bekanntlich leben wir ja im Zeitalter des Indiskreten, und da auch wir, um unsere Bücher anzubringen, gelegentlich mit den Wölfen heulen müssen, sündigen wir mit.“[931] Wie bereits erwähnt, etablierte Unseld in den ersten Jahren seiner Verlegerzeit eine eigene Werbeabteilung, deren Praktiken sich mit der Zeit ausdifferenzierten. Zu Beginn aber scheint es noch Rechtfertigungsbedarf gegeben zu haben. So argumentierte er seinem Autor gegenüber, dass Werbung für den Erfolg überhaupt notwendig war und dass der elitäre, für sein zurückhaltendes Marketing bekannte Suhrkamp Verlag sich fortan und teilweise dem ‚Rudel‘ der Verlagsbranche anschließen müsste. Werbewirksam war das politische Interesse für die DDR, das sich in der Assoziation von Bloch und Johnson auf die Autoren und ihre Texte übertragen sollte. Was Unseld dabei nicht bedachte: In der ideologischen Diskussion um deutsch-deutsche Legitimationsansprüche konnte Johnsons Text, zudem von einem ‚Republikflüchtling‘[932] verfasst, der DDR als Bestätigung dienen, Johnson als Urheber einer gegen die DDR gerichteten westdeutschen Propaganda darzustellen. Im damaligen Zeitgeist implizierte die Verbindung mit dem Buch des Leipziger Professors zudem ein Einvernehmen der beiden Autoren in Bezug auf eine solche Systemkritik. Das *Prinzip Hoffnung* konnte so unter den gleichen Vorzeichen gelesen werden wie die *Mut-*

931 Johnson/Unseld: Der Briefwechsel, S. 22.

932 Im damaligen Sprachgebrauch bezeichnete ‚Republikflüchtling‘ eine Person, die ohne Erlaubnis die innerdeutsche Grenze übertreten hatte.

massungen. Johnson wies den Verleger auf die mögliche Verwicklung hin, die Bloch in der DDR in berufliche und private Schwierigkeiten bringen würde, denn „ein solches Nebeneinander wird von seinen Behörden gewiss politisch ausgedeutet werden, es mag nun auch in den Augen des Westens politisch aussehen. [...] Jedenfalls bitte ich Sie: hängen Sie mich weit weg und recht einzeln, wenn es denn sein soll."[933] Wie schon bei der Adorno-Bloch-Assoziation verzichtete der Verlag aufgrund des Hinweises seines Autors auf die Maßnahme.

Die Praxis des Assoziierens nahm unterschiedliche Formen und Funktionen an, wie noch zu zeigen sein wird, und kann als eine dominante, d. h. omnipräsente Verlagspraktik gelten. Die weiteren Beispiele werden zeigen, dass die Art und Weise der Koexistenz von Autorennamen und Texten in Verlagspublikationen oder in der Werbung von der jeweiligen Konstellation und dem jeweiligen medialen und historischen Kontext abhängig war. Der Verlag konnte mit seinen vielfältigen Möglichkeiten der Kombination und (Re-)Kontextualisierung von Texten und Autoren also je nach den jeweiligen politischen Bedingungen der DDR, der biographischen Entwicklung der Autor:innen oder ihrer Position im literarischen Feld flexibel agieren.[934]

5.4 Dritte Lektion: Kommunikations- und Informationspraktiken (*Fries*)

Das Wissen der Verlagsakteure von den realen Bedingungen des deutsch-deutschen Literaturaustauschs war, wie schon die vorhergehenden Fallbeispiele zur Wertung und Bewerbung gezeigt haben, zu Beginn der Verlegerzeit Unselds noch gering. Das änderte sich nachdrücklich mit Johnsons Verlagsautorschaft. An der Publikationsgeschichte von *Mutmassungen über Jakob* werde ich zeigen, wie die althergebrachten Kommunikationspraktiken den Verlag in Konflikte brachten, auf der Grundlage dieser Störung ein Reflexionsprozess stattfand und der Verlag im Umgang mit Autor:innen der DDR neue Praktiken der Kommunikation und Information entwickelte. An der Publikationsgeschichte von Fries' erstem Roman *Der Weg nach Oobliadooh*, der 1966 im Suhrkamp Verlag erschien und erst 23 Jahre später auch in der DDR veröffentlicht werden sollte, verdeutliche ich anschließend, dass eine Besonderheit der adaptierten Kommunikations- und Informationspraktiken im geteilten Deutschland war, dass sie teilweise konspirativen Charakter annahmen.[935]

933 Johnson/Unseld: Der Briefwechsel, S. 23.
934 Vgl. Teil III, Kapitel 1.
935 Vgl. Teil III, Kapitel 5.

In den Anfängen der Beziehung des Verlags zu Johnson im Frühjahr 1959 wird deutlich, wie sich der Verlag in seiner Praxis an den Umgang mit Autor:innen und Texten der DDR anpasste. Klaus Baumgärtner, ein Freund Johnsons, überbrachte am 17. Februar 1959 das zweite Manuskript des Autors der Leiterin des Berliner Verlagsbüros, Margarete Franck, die es noch am selben Tag weiter nach Frankfurt leitete. Im Begleitbrief sprach sie über Johnson als „eine Art junger Yacine der Ostzone".[936] ‚Ostzone' war eine im Jahr 1959 gängige, aber dennoch abwertende Bezeichnung für die DDR, weil sie die Existenz eines zweiten deutschen Staats negierte und diesen historisch und legitimatorisch in den Status der sowjetischen Besatzungszone zurückwarf. Sie zeugt von einem Sprachbewusstsein, das von einem westdeutschen, ideologisch geführten Diskurs geprägt war. Mit dem Vergleich meinte Franck den algerischen Autor Kateb Yacine, dessen Roman *Nedschma* in der Übersetzung von Guggenheimer 1958 im Suhrkamp Verlag erschienen war.[937] Der Roman wurde Ende der fünfziger Jahre als literarische Sensation gefeiert, weil er aus algerischer Sicht von den politischen Ereignissen zum Ende des Zweiten Weltkriegs erzählte, und weil Yacine mit den Konventionen des französischen Romans experimentierte.[938] Der Vergleich lässt vermuten, dass Johnsons Text Franck aus ähnlichen Gründen, wegen der Referenz zur deutsch-deutschen Wirklichkeit und der ästhetisch-formalen Qualität, interessierte. Zudem beruhte auch Yacines Roman auf autobiographischen Erlebnissen, beide waren bereits als Schüler in Proteste involviert gewesen und auch Johnson überlegte, wie Yacine, der 1957 Frankreich verlassen musste, aus der DDR auszureisen.

In ihrem Brief an Suhrkamp erwähnte Franck, das zweite Manuskript sei besser als das erste, das der Verlag abgelehnt hatte, und mahnte um größte Vorsicht in Bezug auf den Namen des Verfassers, weil sie negative Konsequenzen für Johnson befürchtete, sollte durch die Kontrolle des Geheimdiensts bekannt

936 Margarete Franck an Peter Suhrkamp, Brief vom 17.02.1959. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

937 Vgl. Kateb Yacine: Nedschma. Frankfurt a.M. 1958. Auch Guggenheimer verglich das Manuskript des Algeriers mit Johnsons Text: „yacine ist dagegen, stellenweise, ein kinderspiel." Guggenheimer: bericht guggenheimer. über uwe johnsons neuen roman. Gutachten vom 18.03. 1959. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 5.

938 Dieter E. Zimmer urteilte anlässlich der deutschen Übersetzung in der *Zeit*: „Es ist ein Roman voller Rätsel, und selbst für einen an Faulkner geschulten Leser nicht leicht zu bewältigen. Lohn aber für die Mühen ist nicht nur, Algerien gleichsam von innen kennenzulernen. Das geschieht beiläufig. Doch weniger aus politischem oder einfach exotischem Interesse liest man einen Roman weiter, der es seinem Leser gewiß nicht leicht macht, sondern weil man bald spürt, daß man es mit einem Werk von nicht alltäglichem Rang zu tun hat." (Dieter E. Zimmer: Algerien im Roman. Die Sprache des Unbewußten – Schweigen oder das Unsagbare sagen. In: Die Zeit vom 15.05.1959: http://pdf.zeit.de/1959/20/algerien-im-roman.pdf (zuletzt eingesehen am 5.05.2022)).

werden, dass dieser mit einem westdeutschen Verlag verhandelte. Sie nannte deshalb eine Westberliner Adresse, an die das Manuskript und eine Antwort des Verlags zurückgesendet werden könne.[939] Unseld schickte seine Antwort jedoch nicht an die angegebene Adresse, sondern an Benno Slupianek, den damaligen Leiter des Brecht-Zentrums in Ostberlin.[940] Da Unseld generell über das bestehende Verlagsnetzwerk kommunizierte, gehe ich davon aus, dass er zur Übermittlung der Post gewohnheitsmäßig die Kontakte aus dem Umfeld Brechts nutzte, ohne über weitere Konsequenzen informiert zu sein. Franck berichtete wenige Wochen später in einem Brief an Unseld, dass Baumgärtner von dessen Verhaltensweise „völlig bestürzt und verstört" gewesen sei.[941] Nicht nur habe Unseld Slupianek involviert, den Baumgärtner „für solche Dienste auf das schärfste ablehnt", sondern auch „unbekümmert laut bei den Brechtleuten mit mir [Baumgärtner, A.J.] über Johnson" gesprochen.[942] Baumgärtner erkläre sich Unselds Verhalten, schrieb Franck, mit den mangelnden Informationen über den anderen Teil Deutschlands. Zustimmend fügte sie hinzu: „Aber in Westdeutschland ahnt man ja nicht, was hier los ist."[943] Der Fall verdeutlicht auf der einen Seite das Misstrauen und die konspirative Praxis im literarischen Feld der DDR, bei der die Beteiligten Namen, neue Manuskripte und westdeutsche Kontakte aus Angst vor politischen Konsequenzen geheim zu halten versuchten. Auf der anderen Seite zeigt Unselds Vorgehen, wie wenig er diese Praktiken kannte bzw. ein Bewusstsein für die Auswirkungen seines Handelns auf seine Verlagskontakte hatte.

Entweder hatte Unseld die Anweisung Baumgärtners nicht gelesen oder er hatte sie übergangen. So oder so verließ sich Unseld auf seine gängigen Ansprechpartner und Vertrauenspersonen im Umfeld Brechts, zu dem die Erben, das Berliner Ensemble sowie die Mitarbeiter des Brecht-Zentrums gehörten, mit denen der Verlag seit Jahren eng zusammenarbeitete. Franck, die allein durch ihren Standort in Westberlin und den direkten Kontakt besser über die Bedingungen in der DDR Bescheid wusste, erklärte Unseld „den Grad des Ernstes und der Angst",[944] die mit dem Kontakt zu Suhrkamp verbunden waren: Johnson würde keine Reiseerlaubnis erhalten, um sich mit dem Verleger in Frankfurt zu treffen,

939 Franck an Suhrkamp, Brief vom 17.02.1959.

940 Klaus Baumgärtner hinterließ die Adresse von Annemarie Baumann in Steglitz, die vermutlich wie Klaus und Sabine Baumgärtner auch zum Freundeskreis Uwe Johnsons in den fünfziger Jahren gehörte (vgl. ebd.).

941 Margarete Franck an Siegfried Unseld, Brief vom 24.04.1959. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

942 Ebd.

943 Ebd.

944 Ebd.

heimlich fliegen sei zu gewagt und wenn es eine Veröffentlichung geben sollte, dann nur unter Pseudonym und getarnt als Übersetzung. Auf keinen Fall wollte Johnson die DDR verlassen, ließ Franck den Verleger wissen, sondern erst ein drittes Manuskript fertig stellen, bevor er sich entschied.[945] Franck erläuterte, dass Baumgärtner und Johnson von Slupianek mit Misstrauen beobachtet würden, bei mangelnder Vorsicht wären der Autor und dessen Verbindung sofort erkannt.[946]

Der ausführliche Bericht Francks war notwendig, wie sich herausstellte, weil Unseld die gesetzlichen Bestimmungen nicht kannte und sich der möglichen Konsequenzen einer westdeutschen Publikation, von westdeutschen Kontakten und Reisen eines unveröffentlichten Autors der DDR nicht bewusst war. Er bat Franck um Vermittlung eines Treffens in Westberlin, obwohl er nach wie vor eine Reise Johnsons nach Frankfurt für unbedenklich hielt: „Ich kann mir kaum denken, daß der Weg mit dem Flugzeug Gefahren für ihn bringt."[947] Die wenigen Briefe, die zu den Verhandlungen über die Aufnahme von Johnsons Roman zwischen Berlin und Frankfurt wechselten, zeigen das Erfolgsprinzip des Verlegers Unseld: Er lernte vor allem von seinen Verlagskontakten, hier in Bezug auf die Besonderheiten in der Kommunikation mit Autor:innen der DDR.

In der Auseinandersetzung mit dem zeitgenössischen literarischen Leben in der DDR entwickelte der Verlag auch neue Informationspraktiken, die einerseits über den institutionellen Kontakt zu DDR-Verlagen, andererseits über persönliche Kontakte zu Personen in wichtigen Positionen liefen. Als Enzensberger 1960 für das von ihm herausgegebene *Museum für moderne Poesie* international nach Autor:innen suchte, stellte er fest,

> daß unser Kontakt mit den Verlagen in der DDR äußerst mangelhaft ist; am Beispiel einiger Neuerscheinungen, die für mein ‚Museum' von Bedeutung sind, wurde mir der völlige Mangel an Informationen über die dortige Buchproduktion klar. Wenigstens mit den drei wichtigsten Verlagen, Rüttgen und Loening, Volk und Welt, Aufbau, sollte, wenn die dortige Schlamperei es erlaubt, ein regelmäßiger Katalogaustausch angestrebt werden.
>
> Peter Huchel versprach mir von sich aus, mich auf Neuerscheinungen hinzuweisen, von denen er glaubt, daß sie von Interesse für uns sein könnten.[948]

Enzensberger, der zu dieser Zeit als Lektor bei Suhrkamp angestellt war, erwähnte die beiden Arten, durch die der Verlag den Literaturaustausch steuern sollte:

945 Ebd.
946 Vgl. ebd.
947 Siegfried Unseld an Margarete Franck, Brief vom 28.04.1959. In: DLA, SUA: Suhrkamp.
948 Hans Magnus Enzensberger: Reisebericht Leipzig vom 26.–31.03.1960. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

durch Beziehungen zu DDR-Verlagen und über die Buchproduktion der DDR sowie über Empfehlungen und Hinweise der Autor:innen, mit denen Suhrkamp Kontakte pflegte. In diesem Fall war mit Huchel zudem ein Akteur des literarischen Felds der DDR angesprochen, der als Chefredakteur der Zeitschrift *Sinn und Form* ein Forum für junge Literatur leitete und dementsprechend Informationen über neue Autor:innen bzw. die laufende Literaturproduktion verwaltete. Der Verlag verließ sich somit bei der Erweiterung des literarischen Programms auf sein Netzwerk. Klaus Wagenbach erinnerte sich in einem Gespräch mit Roland Berbig und Florian Petsch an Unselds Art den Verlag aufzubauen: „[D]ie Autoren zusammenzuhalten und zugleich als Lektoren zu beschäftigen und zugleich auch dazu zu veranlassen, andere Autoren anzuwerben. Das war schon eindrucksvoll."[949]

Zwischen beiden literarischen Feldern gab es zu Beginn der sechziger Jahre noch keinen regelmäßigen, geschweige denn offiziellen Austausch von Informationen und Lizenzen oder regelmäßige Reisen und gegenseitige Besuche. Der Frankfurter Börsenverein des Deutschen Buchhandels hielt sich an die offizielle Kulturpolitik, die von der Hallstein-Doktrin beeinflusst war, und viele Verlage waren noch nicht in den Literaturaustausch involviert.[950] Zwar gab es deutsch-deutsche Kontakte, die Verlage im geteilten Deutschland verfolgten, aber noch keinen gezielten und systematischen Austausch über Neuerscheinungen, Optionen und Lizenzen. In Ermangelung einheitlicher Strukturen und Regelungen entwickelte Suhrkamp eigene Praktiken im Literaturaustausch. Obwohl der Verlag seit den fünfziger Jahren in Verbindung mit der DDR stand, hielt Unseld erst im Februar 1965 die gesetzlichen Vorgaben seitens der DDR für den Lizenzhandel mit der BRD in einem Reisebericht fest.[951] Noch im Mai 1969 suchte Unseld nach erfolgreichen Methoden für die Autorenakquise, wenige Jahre vor der Etablierung eines Lektorats für Literatur der DDR und vor dem Grundlagenvertrag, der den Grundstein für deutsch-deutsche Literaturbeziehungen legte: „[W]ir müssen vielleicht durch Vermittlung des Henschel-Verlages oder einzelner Leute dort [...] an Autoren herankommen."[952]

949 „Johnson, ziemlich deutsch." Klaus Wagenbach im Gespräch über Uwe Johnson, geführt von Roland Berbig und Florian Petsch. In: R.B. u. a. (Hg.): Uwe Johnson, S. 133 – 156, S. 142.

950 Vgl. Kapitel 4.

951 Unseld erfuhr bei einem Gespräch in Leipzig bei der Deutschen Buch-Export- und Import-GmbH (DBG, auch DBE), dass die Lizenzen für Autorenrechte über das Büro für Urheberrechte und die Liefergeschäfte mit der Bundesrepublik über die DBG abgewickelt wurden (vgl. Siegfried Unseld: Reisebericht Leipzig, 7. – 9. 02. 1965. In: DLA, SUA: Suhrkamp).

952 Siegfried Unseld: Reisebericht Berlin, 15. – 18. 05. 1969. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

Nach Johnsons Übersiedlung nach Westberlin im Sommer 1959 hielt der Autor Kontakt zu seinen Leipziger Freund:innen, zu Autor:innen und Kolleg:innen in Ostberlin und setzte sich weiterhin mit Themen der deutschen Teilung auseinander. Seine Romane wie *Das dritte Buch über Achim* oder *Jahrestage* sprechen von Biographien, die von der DDR geprägt sind. Er reagierte öffentlich auf Ereignisse in der DDR wie den Mauerbau und setzte sich durch die Vermittlung des Autors Fries an den Suhrkamp Verlag oder durch das Anthologie-Projekt *Das ostdeutsche Jahr*[953], das Diskussionen der ostdeutschen Medien einem westdeutschen Publikum zugänglich machen sollte, für den literarischen Austausch ein. In der engen Zusammenarbeit und Freundschaft von Autor und Verleger lernte Unseld die Verhältnisse der DDR besser kennen: Durch die Lektüre seiner Texte, die Unseld in Bezug auf die *Mutmassungen über Jakob* als „meine erste Reise in das Innere der DDR“[954] bezeichnete, durch Gespräche, Besuche bei Johnsons Freunden in Ostberlin und durch Konflikte seines Autors, in die Unseld als Verleger involviert war, wie die Kesten-Affäre.[955]

Vor allem im Umgang mit Autor:innen, die in der DDR leben und arbeiten wollten und in beiden Teilen Deutschlands publizierten, stellte sich der Verlag in seiner Praxis auf die Bedingungen des literarischen Felds der DDR ein, um sich am Literaturaustausch zu beteiligen. Dies zeigt sich besonders eindrücklich an den Verhandlungen mit Fries Mitte der sechziger Jahre. Im September 1964 hatte Johnson, der das Manuskript mit der Bitte um Beurteilung erhalten hatte, zwei Kapitel an Boehlich geschickt, um es von diesem und Walser prüfen zu lassen.[956] Von vornherein wiesen Verlag und Gutachter auf die politisch-juristischen Auswirkungen einer Veröffentlichung hin. Walser gab in seinem Gutachten die „Reaktion der DDR“ zu bedenken: „Man muß kein Polizist sein, um diesen Autor in Leipzig [...] ausfindig zu machen. Ich hoffe zwar, die DDR hat nichts gegen dieses Bild [gemeint ist der Roman, A.J.] einzuwenden, aber ich weiß das natürlich

953 Uwe Johnson plante 1965 eine Chronik *Das ostdeutsche Jahr 1966* über Politik und Gesellschaft der DDR, zusammengestellt aus Zeitungs- und Zeitschriftentexten, die in der *edition suhrkamp* erscheinen sollte. Das Projekt wurde nicht verwirklicht (vgl. Johnson/Unseld: Der Briefwechsel, S. 416–425).

954 Ebd., S. 17.

955 Im November 1961 stellten der italienische Verleger Giangiacomo Feltrinelli und Uwe Johnson die italienische Übersetzung der *Mutmassungen über Jakob* in Mailand vor. Hermann Kesten, der den Autor am Abend präsentiert hatte, warf ihm später in der *Welt* vor, in der Diskussion den Bau der Berliner Mauer gerechtfertigt zu haben. Johnson, Feltrinelli und Unseld konnten die Vorwürfe durch Tonbandaufnahmen der Diskussion jedoch entkräften (vgl. ebd., S. 167–169).

956 Vgl. Uwe Johnson an Walter Boehlich, Brief vom 3.09.1964. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

nicht.“[957] Im Verlag war man von den Erfahrungen mit Johnson und Bloch geprägt, die aus der Befürchtung heraus, die Publikation ihrer Texte könnte zu erschwerten Arbeits- und Lebensbedingungen in der DDR führen, in die BRD umgesiedelt waren. Johnson erwähnte deshalb nicht den Namen des Autors und bat um eine „vertrauliche Handhabung“.[958]

Im November 1965 traf sich Unseld in der Wohnung von Manfred Bierwisch in Ostberlin zu Verhandlungen mit Fries über dessen Roman *Der Weg nach Oobliadooh*. Auch Johnson war anwesend, dessen Schritte in der DDR vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) überwacht und auch in diesem Fall abgehört wurden.[959] Das SUA enthält in der Autorenablage zu Johnson den Bericht des Geheimen Informanten.[960] Der Verlag hatte anscheinend kurz nach der Wiedervereinigung in den Unterlagen des MfS nach Spuren der Überwachung recherchiert. Darauf verweist der Adressstempel des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Archiv des BStU), der noch eine vierstellige Postleitzahl zeigt, die am 1. Juli 1993 in eine fünfstellige Zahl umgewandelt wurde. Trotz der stark interpretativen Darstellungsweise und der denunziatorischen Funktion des Berichts, die auf dem Abhörsystem der DDR beruhte, können einzelne Aspekte als Indiz zu Inhalt und Ablauf des Treffens herangezogen werden. Der wahre Inhalt des Gesprächs lässt sich nicht überprüfen, da die zu Grunde liegenden Tonbänder der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind. Unseld hat das Gespräch aber in einem Reisebericht festgehalten.[961]

Generell ging es um die Publikationsmodalitäten des Romans von Fries und die möglichen Konsequenzen einer Veröffentlichung bei Suhrkamp, ohne dass das Buch in der DDR erscheinen sollte. Nach der Verhaftung von Wolfgang Harich[962] und dem Ausschluss Heiner Müllers aus dem Schriftstellerverband,[963]

957 Walser: Zu Der Weg nach Oobliadooh, Gutachten o.D. Siehe Anhang, Dokumente, Nr. 7.

958 Johnson an Boehlich, Brief vom 3.09.1964.

959 Vgl. zur Überwachung des Suhrkamp Verlags durch die Staatssicherheit Teil III, Kapitel 4.1.

960 Vgl. Informationsbericht vom 16.12.1965. Auszug aus einem GI-Bericht vom 22.11.1965. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

961 Vgl. Siegfried Unseld: Reisebericht Berlin, 19. – 25.11.1965. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

962 Wolfgang Harich wurde aufgrund seiner systemkritischen Aktivitäten im Umfeld des Aufbau Verlags im November 1956 verhaftet und zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt (vgl. Frohn: Literaturaustausch, S. 142f.).

963 Müllers Stück *Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande* geriet in die Kritik, weil es ein zu negatives Bild vom Leben auf dem Land darstellte. Nach der Uraufführung an der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst wurde es abgesetzt und durfte nicht in *Sinn und Form* abgedruckt werden. Müller wurde aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossen, was einem Berufsverbot gleichkam (vgl. Matthias Braun: Drama um eine Komödie. Das Ensemble von SED und

beide zu dieser Zeit Autoren bei Suhrkamp, war im Verlag bekannt, welchen Gefahren ein non-konformer Schriftsteller in der DDR ausgesetzt war. Fries stand kurz vor Abschluss seiner Promotion an der Akademie der Wissenschaften und war ein unveröffentlichter Autor. Die Gesprächspartner diskutierten deshalb, welche Konsequenzen eine nicht genehmigte, westdeutsche Publikation haben konnte. Unseld war laut Informationsbericht der Meinung, dass die Gefahr im Vergleich zur Situation Johnsons 1959 inzwischen geringer sei. Man überschätze das Interesse für die Publikation im Westen, für das Auffinden des Autors und die Gefahrenlage an sich. Bierwisch soll daraufhin Unseld mit einer eigenen Anekdote von der Kontrolle und Überwachung der Behörden überzeugt haben.[964]

In seinem Reisebericht hielt Unseld die Unsicherheiten in der Rechtslage bei grenzüberschreitenden Verhandlungen fest:

> Wir diskutierten zwei Stunden lang die besondere Verfahrensweise, also die Frage, ob das Manuskript einfach mir gegeben werden kann, oder ob es an einen mitteldeutschen Verlag einzuschicken sei, oder ob diese Frage mit Gysi oder Abusch oder sonst mit jemandem besprochen werden soll.[965]

Die Teilnehmer der Diskussion einigten sich zur problemlosen Abwicklung des Publikationsprozesses auf eine gemeinsame Darstellung der Vorgänge. Da Fries das Manuskript dem Mitteldeutschen Verlag bereits zur Begutachtung geschickt hatte, einigte man sich darauf, zu behaupten, der Autor hätte bereits auf der Leipziger Buchmesse, also acht Monate zuvor, dem Suhrkamp Verlag das Manuskript überreicht. Kurz nachdem der Autor das Manuskript auch an den DDR-Verlag geschickt habe, sei aber Unseld mit einem Vertragsangebot auf ihn zugekommen, der die DDR und die sozialistischen Länder ausklammern würde.[966] Zum ersten Mal vereinbarte die Produktionsgemeinschaft von Verlag und Autor nicht nur eine konspirative Praxis, sondern einigte sich auch auf eine vertragliche Sonderbehandlung, die dem Autor ermöglichte, sein Werk als Originalausgabe und nicht in Lizenz von Suhrkamp in der DDR publizieren zu können. Auch die Verlagsverträge für Lizenzautor:innen der DDR beinhalteten in der Folge diese Rechteteilung. Dabei vertrat Suhrkamp jeweils die Nutzungsrechte für die BRD

Staatssicherheit, FDJ und Ministerium für Kultur gegen Heiner Müllers „Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande“ im Oktober 1961. Berlin 1996).

964 Vgl. Informationsbericht vom 16.12.1965. Auszug aus einem GI-Bericht vom 22.11.1965.

965 Unseld: Reisebericht Berlin, 19. – 25.11.1965.

966 Vgl. ebd.

und das westliche Ausland, den DDR-Verlagen blieben die Rechte für die DDR und die damals sozialistischen Länder.[967]

Zunächst plante der Verlag eine Veröffentlichung des Romans im Herbstprogramm 1966. Als jedoch bekannt wurde, dass die DDR den Literaturaustausch mit dem Ausland, d. h. auch mit der BRD, unter stärkere staatliche Kontrolle stellen wollte,[968] verschob Unseld den Publikationstermin auf den 1. März. Er unterrichtete seinen Buchgestalter Willy Fleckhaus über die Gründe seiner Entscheidung:

> Ich mußte mich während der Weihnachtstage entscheiden, den Roman eines in der DDR lebenden Autors, der für die zweite Hälfte 1966 als Bombe oder doch Knüller vorgesehen war, in das Programm des ersten Halbjahres einzustellen. Das hat politische und taktische Gründe. Ich möchte Sie bitten, zu diesem Manuskript einen Umschlag zu zeichnen. [...] Da die Vertreter schon unterwegs sind, eilt natürlich die Sache sehr.[969]

Damit der Roman von Fries ohne den Umweg über die Genehmigung der DDR-Behörden veröffentlicht werden konnte, zog Suhrkamp den Publikationstermin vor. Das Gesetz, das bestimmte, dass jede Nutzung von Urheberrechten außerhalb der DDR vom Büro für Urheberrechte genehmigt werden musste, stammt vom 7. Februar 1966, ausgegeben wurde es am 19. Februar.[970] Im Fall Fries konnte der Verlag also mit dem Termin vom 1. März 1966 argumentieren, dass alle Verlagsprozesse so weit vorangeschritten seien, dass Suhrkamp bei dieser Veröffentlichung die neuen Bedingungen nicht mehr einhalten konnte.

Die konspirativen Elemente der Verlagspraxis sind spezifisch für den deutsch-deutschen Literaturaustausch bzw. für die Beziehungen des Verlags zu totalitären Staaten. Stichproben im SUA belegen, dass Suhrkamp im Verhältnis zu rumänischen und russischen Autoren zur Zeit des Kalten Kriegs ebenso verfuhr.[971] Den Verhandlungspartnern im Gespräch um die Fries-Publikation war vermutlich nicht bewusst, dass sie abgehört wurden. Zumindest findet sich darüber keine Notiz in den Archiven und auch die Offenheit der Gespräche weist darauf hin. Im

967 Vgl. ebd.

968 Vgl. Hans Magnus Enzensberger an Volker Braun, Brief vom 7.02.1966. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

969 Siegfried Unseld an Willy Fleckhaus, Brief vom 7.01.1966. In: DLA, SUA: Suhrkamp.

970 Vgl. Anordnung über die Wahrung der Urheberrechte durch das Büro für Urheberrechte vom 7. Januar 1966. GBl. DDR Nr. 21, Ausgabetag: 19. Februar 1966. In: Büro des Ministerrats (Hg.): Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik. Teil II, Jahrgang 1966. Berlin: 1966, S. 107 f.

971 Gemeint sind die Verlagsbeziehungen zu Mircea Dinescu und Konstantin Asadowski.

Laufe der Zeit lernten die Verlagsakteure jedoch, dass auch der Suhrkamp Verlag und seine Beziehungen in die DDR überwacht wurden.[972]

972 Vgl. Teil III, Kapitel 5.